

**Heft 197**

Ausgabe 4 | 2013

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



# spow

## **Global Player**

**– globalisierte Wertschöpfung im Umbruch?**

Michael R. Krätke

**Globale Wertschöpfungsketten in und nach der Großen Krise**

Florian Butollo, Boy Lühje

**Das Foxconn Modell im Umbruch?**

Thomas Seibert

**Aus der Vorhölle der globalen Wertschöpfung**

Klaus Hahnzog

**Debatte: Ist die demokratische Kontrolle von Geheimdiensten möglich?**

Martin Kutscha

**Debatte: Parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste – ein vergilbtes Feigenblatt**

## Kurzum | von Felix Welti

Zu den Termini, die den Weg dieser Zeitschrift seit dem „Projekt Moderner Sozialismus“ Ende der 80er Jahre begleitet haben, zählt auch das „*Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur*“. Man müsse eine „lebendige Architektur sozialer Bündnisse und sozialer Beziehungen“ schaffen, in denen es um „die Beteiligung der Individuen, der sozialen Schichten und breiten Massen an den Investitionsprojekten und Umbaumaßnahmen, an den wissenschaftlich-technischen, sozialkulturellen und politisch-administrativen Leistungen“ gehe (zitiert aus den „53 Thesen“). Bündnisse nicht nur entlang von „Klassenlinien“ oder aus Widerstandskämpfen heraus, sondern entlang von Projekten zu denken, war dabei der entscheidende Punkt (s. zur „Diskursgeschichte“ auch spw 194).

Neue Aktualität bekommt diese Denkfigur, wenn man dem in dem letzten Heft thematisierten „Pfadwechsel! Strategien für eine sozial-ökologische Zeitenwende“ folgt und sich nach den Trägern eines solchen Pfadwechsels fragt. In jüngerer Zeit wird der Formierung der technischen Intelligenz (also Ingenieurs- und anderen technischen Berufen) wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt – nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines in Deutschland manifesten Bedarfes an diesen Qualifikationen, sondern auch mit Blick auf ein neues Selbstbewusstsein in der technischen Intelligenz, die ihre professionellen Kompetenzen auf alternative Pläne und Projekte richtet (so Franz Walter in: FR vom 29.10.2012 und Claus Leggewie in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2013). Entscheidend im Sinne des „Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ wird zweierlei sein:

Erstens muss es zu einer Verschränkung mit den sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen kommen, was in einer globalen und gesellschaftlichen Gesamtschau auf die Perspektiven von Energie und Umwelt ebenso



↳ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

unverzichtbar ist wie in der Stadt- und Landschaftsplanung oder im Wohnungsbau. Und zweitens geht es analog dazu auch um die Formierung einer „bio-sozialen Intelligenz“ jener Berufe und Kompetenzen, die sich mit der Entwicklung von Menschen in ihrer Persönlichkeit befassen und für gesundheits- und sozialwirtschaftliche Umbauprojekte die professionelle Basis bieten – allerdings in einem Spektrum, das derzeit von der Medizin über die Psychologie bis zur Pädagogik heillos fragmentiert ist. **Kurzum:** *Der Pfadwechsel erfordert progressive Professionalität.*

Bei aller Betonung von Projekten und Kompetenzen – gesellschaftliche Dynamik kann ein künftiges „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ vor allem dadurch gewinnen, dass wir es in europäischer Dimension mit „einer neuen, gut ausgebildeten Generation“ zu tun haben, „denen die neoliberale Politik die Partizipation an Wohlfahrt und Politik verweigert“ (so Michael Vester und Max Reinhardt in der letzten spw). Dieser Kontrast zwischen dem kreativen Potenzial der jungen Intelligenz und den politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen stellt sich bei uns sicherlich anders dar als in Südeuropa: Deutschland steht gerade aufgrund seiner derzeitigen wirtschaftlichen Stärke dafür, wie man vorhandene Möglichkeiten für sozial-ökologische Investitionen und Reformen ungenutzt verstreichen lässt. Umso mehr – **kurzum** – muss man das „*Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur*“ aus der europäischen Perspektive denken. ■

## ■ Meinung

Berlin bleibt Mieterstadt | Björn Böhning ..... 4

## Debatte:

Ist die demokratische Kontrolle von Geheimdiensten möglich?

| Klaus Hahnzog ..... 6

Parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste – ein vergilbtes

Feigenblatt | Martin Kutschka ..... 7

## ■ ■ Im Fokus: Global Player – globalisierte Wertschöpfung im Umbruch?

Einleitung zum Schwerpunkt | Kai Burmeister, Lars Neumann, Stefan Stache ..... 8

Globale Wertschöpfungsketten in und nach der Großen Krise

| Michael R. Krätke ..... 13

Das Foxconn Modell im Umbruch? | Florian Butollo, Boy Lüthje ..... 20

Aus der Vorhölle der globalen Wertschöpfung | Thomas Seibert ..... 26

Unternehmenssteuerung und Flexibilisierung in der Automobilindustrie:  
Von der geplanten Flexibilität zur Re-Hierarchisierung von Arbeit

| Hajo Holst ..... 32

Prekarität und Informalität im argentinischen Automobilsektor

| Stefan Schmalz, Natalia Berti, Madeleine Holzschuh, Johanna Sittel, Claudia Tomadoni ..... 38

Gemeinsam regeln, statt deregulieren | Florian Moritz ..... 45

Gerechte Steuerpolitik statt Steuerwettbewerb | Wilfried Kurtzke ..... 50

## ■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik : Wachstum in Zeiten hoher Verschuldung

| Arne Heise ..... 55

Die aktuelle Zahl: 16 Stunden | Claudia Bogedan ..... 57

Arbeit sicher und fair verlangt den politischen Kurswechsel

| Jan Machnig, Hans-Joachim Schabedoth ..... 58

## 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Paul Levi und die spw | Michael R. Krätke ..... 61

Der Juso-Vorsitzende Franz Lepinski | Thilo Scholle ..... 66

Rezension: Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und

Gesellschaftlicher Wandel 1959 – 1969 | Thilo Scholle ..... 70

## Rezension:

Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung

und Wirtschaftsdemokratie. | Bernd Röttger ..... 72

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell ..... 75

Meldungen: Tagungsankündigung: ProMS Nord Sommertagung

31.08.-01.09.2013 in Kiel ..... 77

Fünf Fragen an... Yasmin Fahimi ..... 78

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)

Klaus Dörre (Jena)

Iris Gleicke (Schleusingen)

Michael Guggemos (Frankfurt am Main)

Oliver Kaczmarek (Kamen)

Michael R. Krätke (Lancaster)

Uwe Kremer (Dortmund)

Detlev von Larcher (Weyhe)

Uwe Meinhardt (Stuttgart)

Benjamin Mikfeld (Berlin)

Susi Möbbeck (Magdeburg)

Andrea Nahles (Weiler)

Florian Pronold (Deggendorf)

René Röspe (Hagen)

Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)

Carsten Sieling (Bremen)

Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)

Thomas Spies (Marburg)

Michael Vester (Hannover)

Felix Welti (Lübeck)

Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht

Claudia Bogedan

Björn Böhning

Kai Burmeister

Cordula Drautz

Ole Erdmann

Björn Hacker

Sebastian Jobelius

Lars Neumann

Michael Reschke

Sarah Ryglewski

Thilo Scholle

Holger Schoneville

Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister

Lars Neumann

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache

Telefon 0177 -525 049 8

redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH

Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund

Telefon 0231-2 02 00 11

Telefax 0231-2 02 00 24

spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski

Hans-Joachim Olczyk

Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund

Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,

IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,

BIC: PBNKDEFF, USt.-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 39,-

(bei Bankeinzug Euro 37,-)

Auslandsabonnement Euro 42,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei

Monaten zum Jahresende.

Postvertriebsstück, keine Nachsendung.

Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.

ISSN 0170-461-K 5361

©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2013.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: fotolia.com © Antrey

Bildnachweis: S.55 www.fotolia.com

©ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:

Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn

1.-3. Tausend, August 2013

## Berlin bleibt Mieterstadt

von Björn Böhning

*Chancen und Risiken, Positiv- und Negativauswirkungen, Offenheit und Abwehr – in der Berliner Wohnraumpolitik liegen Gegensätze so eng beieinander wie kaum sonst in städtischer Politik.*

Berlin ist Knotenpunkt zwischen Ost- und Westeuropa, „Place to be“, günstige Studentenstadt: Unzählige Gründe ziehen Menschen in die Hauptstadt. Sie wollen hier leben, studieren, arbeiten oder eine neue Heimat finden. Jedenfalls wollen Sie hier wohnen. Das stellt die Wohnungspolitik vor enorme Herausforderungen. Die SPD muss in allen Städten die Wohnungs- und Mietenpolitik wieder oben auf die Tagesordnung setzen.

### Gemeinsames Wachstum, gemeinsame Herausforderungen

Berlin erwartet in den kommenden Jahren einen drastischen Bevölkerungsanstieg. Dieser führt zu steigenden Mieten, diese wiederum führen zu der Frage, wie mit den Folgen des Hauptstadtbooms umzugehen ist. Aus dem Wachstum müssen wir Konsequenzen ziehen, um es zu einem menschlichen Wachstum zu machen. Eine gestaltende und gerechte Mietenpolitik – ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik – ist hier gefragt.

Wohnen ist nicht nur menschliches Grundbedürfnis. Die Frage, wie die Menschen in der Stadt leben, bestimmt auch den sozialen Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen keine verlorenen Stadtteile, keine Verdrängung in die Randbezirke, kein Gefälle zwischen den Stadtgebieten. Wir wollen und brauchen sozialen Zusammenhalt in der Stadt.

Die Berliner Regierung hat sich dies zur zentralen Aufgabe gemacht. Allein politische Handlungen reichen aber nicht: Der Berliner



↳ Björn Böhning (35) ist Chef der Berliner Senatskanzlei.

Foto: © Landesarchiv Berlin

Senat schloss ein Bündnis mit den großen Wohnungsbaugesellschaften. Die Stadt unterstützt die Wohnungsbaugesellschaften finanziell, im Gegenzug verpflichten sich diese zum mieterfreundlichen Wirtschaften.

### Mehr Wohnraum, bezahlbare Mieten

Moderne Wohnungsbaupolitik braucht einen Strategiemix, um bezahlbares Wohnen und gute Quartiere auf der einen, ebenso wie modernen Neubau und gemischte Quartiere auf der anderen Seite miteinander vereinbaren zu können:

Schlicht, aber wirksam: Berlin schafft Wohnraum, ohne lange Vorlaufzeit. Bis 2016 sollen durch private und öffentliche Bauvorhaben insgesamt 30.000 neue Wohnungen entstehen. Landeseigene Liegenschaften werden vergünstigt oder kostenlos abgegeben, wenn Wohnraum errichtet wird. Um lange Verwaltungswege zu verhindern, sollen Genehmigungsverfahren angepasst werden.

Sicherlich werden nicht alle neuen Wohnungen in den Szene- und In-Bezirken liegen, zumindest einige von ihnen sollen aber in zentraler Lage sein. Hierin liegt auch eine Chance für weniger begehrte Stadtteile; deren Attraktivität wird gesteigert. Kieze abseits der Innenstadt werden gefördert, durch neue Schulen, verbesserte Infrastruktur und breitere Freizeitangebote. Dabei stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt: In Projekten, wie dem Quartiersmanagement und Nachbarschafts-

zentren haben sie es selbst in der Hand, ein lebenswertes Umfeld zu schaffen. Struktur-schwache Bezirke werden von Beginn an von jenen gestaltet, die sie beleben. Die Schaffung neuer Wohnumfelder wird zur Chance für die ganze Stadt.

Neue Wohnräume genügen nicht, Mieten müssen stabil gehalten werden. Daher hat der Berliner Senat beschlossen, dass Mieten im Normalfall um maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden dürfen und damit die Möglichkeiten des Mietrechts ausgeschöpft.

Um Liegenschaften für mögliche Wohnungen in der Stadt zu erhalten, wurde zudem das Clusterverfahren eingerichtet: Landeseigene Grundstücke werden nur verkauft, wenn eine Prüfung nach fachpolitischen Gesichtspunkten ergibt, dass eine landeseigene Nutzung – etwa für städtischen Wohnungsbau oder für Schulen bzw. Kitas – im konkreten Fall nicht vorzugswürdig ist.

### Der Bund ist gefragt

Wohnungspolitik fällt in wesentlichen Teilen in die Kompetenz des Bundes. Wie schon in Berlin ist eine Zusammenstellung unterschiedlicher Maßnahmen auch auf Bundesebene erforderlich, um der steigenden Anspannung des Wohnungsmarktes entgegenzuwirken. Es ist gut, dass die SPD dies zum Thema des Bundestagswahlkampfes macht.

Zu einer guten Mietenpolitik gehört, dass staatseigenes Bauland nicht schlicht zum Höchstpreis verkauft wird. Beim Verkauf von Flächen muss die Art der Nutzung eine Rolle spielen. Daneben muss Wohnraum für Bevölkerungsgruppen geschaffen werden, die mit den Schwierigkeiten des Wohnungsmarktes besonders zu kämpfen haben. Hierzu gehören Studierende, ältere Mitmenschen oder Behinderte. Deutlich wird: Zur Wohnungsbaupolitik gehört nicht nur die Errichtung von Wohnhäusern, sondern auch eine ausreichende Infrastruktur.

Eine gerechte Gestaltung der Mieten ist eine weitere Voraussetzung für einen sozialen Wohnungsmarkt. Wir brauchen eine Mietsteigerungsbremse, nicht nur für bestehende Mietverträge, sondern auch für Neuvermietungen.

Viele Neumieter sind einer weiteren ungerechtfertigten Belastung ausgesetzt: Sie müssen den Makler zahlen, auch wenn sie ihn nicht bestellt haben. Wenn Vermieter und Makler einen Vertrag miteinander abschließen und der Mieter – an diesem Vertrag unbeteiligt – für die Zahlung der Maklergebühr einsteht, dann wird offensichtlich: Hier tragen Mieter Lasten, die vom Vermieter getragen werden müssten. Nach dem Bestellerprinzip zahlt immer jener, der bestellt. Dieses Bestellerprinzip brauchen wir auch für Maklergebühren.

Außerdem muss der Bund wieder auf altbewährte Instrumente zurückgreifen, namentlich den sozialen Wohnungsbau. Dieser muss umfassend gefördert und ausgebaut werden.

### Besonders die Großstädte sind betroffen

Nicht nur, aber doch in besonderem Maße die Bewohner der Großstädte würden von diesen Regelungen und Instrumenten profitieren. Gerade Städte wie Berlin, Hamburg und München haben mit hohen Mieten zu kämpfen. Einige Bundesländer nutzen die kleinen Spielräume, um ihr landesweites Mietrecht zu verschärfen. Für eine umfassende und dem aktuellen Missstand angemessene Reform des Mietrechts bedarf es aber grundlegender Gesetzesänderungen auf Bundesebene.

Nachfrage bestimmt den Preis? Dieses wirtschaftliche Gesetz muss gerade für den Wohnungsmarkt politisch und rechtlich modifiziert werden. Andernfalls wird Wohnen in der Stadt zum Luxusgut, das für die breite Bevölkerung unzugänglich ist. Sozialdemokratische Stadtpolitik muss Mieterpolitik sein – im Interesse einer sozialen Daseinsvorsorge für alle. ■

## Debatte: Ist die demokratische Kontrolle von Geheimdiensten möglich?

von Klaus Hahnzog

Die demokratische Kontrolle ist möglich. Das setzt allerdings den politischen Willen und einen radikalen Umbau der Dienste voraus. Wer meint „nicht kontrollierbar, deshalb abschaffen“ ist einfach auch realitätsfern. Das zeigt zum einen die Globalisierung. Wären die deutschen Dienste weg, blieben dennoch – hoffentlich wesentlich veränderte – Zugriffsmöglichkeiten von außen. Um das zu erreichen, müsste die derzeitige Bundesregierung allerdings wirklich für unsere deutschen Grundrechte kämpfen und nicht das Trauerspiel zwischen Nichtwissen und Nichtskönnen bieten. Allerdings fehlt es da schon an einer Verantwortung, die am Grundgesetz mit seiner zentralen Basis den Grundrechten orientiert ist. Danach gibt es kein – wie der Bundesminister Friedrich entlarvender Weise fordert „Supergrundrecht Sicherheit“. Gerade für uns Sozialdemokraten steht bei unseren drei Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ die Freiheit an erster Stelle. Oder wie Benjamin Franklin zum Nachdenken gab: Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

Würde man den Verfassungsschutz abschaffen, würden seine Befugnisse auf die Polizei übergehen, was fatal wäre. Denn dann würde das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei wegfallen. Dies stellt einen großen Schritt auf dem unseligen Weg zu einer Geheimpolizei à la Gestapo oder Stasi dar. Ich freue mich, dass auch Burkhard Hirsch in die gleiche Richtung argumentiert: Das Bundeskriminalamt würde allmählich ein Bundesicherheitshauptamt. Entscheidend für dringend notwendige Änderungen der Struktur, der Kontrolle und auch der Arbeitsweise der



☞ Dr. Klaus Hahnzog ist Bayerischer Verfassungsrichter und u. a. langjähriger früherer ASI-Bundesvorsitzender, ehemaliger Bürgermeister in München, MdL a. D. und ehemaliger Vorsitzender des Verfassungsausschusses.

Foto: © www.spd-landtag.de

Verfassungsschutzämter sind vor allem: Neonazistische Umtriebe müssen ernst genommen werden. Pannen wie bei den NSU-Morden dürfen nicht mehr vorkommen. Der Verfolgungswahn gegenüber demokratischen Aktivitäten unter dem angeblichen Gesichtspunkt „Linksextremismus“ muss beendet werden. Die Kontrollbefugnisse der Parlamente müssen durch Stärkung der Rechte Einzelner in den Kontrollgremien, Mitarbeiter sowie Einschränkung des Geheimbereichs erweitert werden. Es sollte Verfassungsschutzbeauftragte ähnlich wie den Wehrbeauftragten geben und einen Beirat mit breiter Verantwortung im bürger-schaftlichen Bereich.

Ganz wichtig ist der Verzicht auf V-Leute. Diese Art des Einsatzes geheimdienstlicher Mittel ist abzuschaffen. SPD und Grüne gehen im Schlussbericht zum NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags in diese Richtung, leider aber nur abgeschwächt: „grundsätzlich verzichten“. In den verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen ist erschreckend deutlich geworden, dass V-Leute mehr schaden als nützen. Bei dem Einsatz gegen den so genannten „Linksextremismus“ fehlt jegliches Demokratieverständnis. Ein Verfassungsschutz ohne zwingend erforderliche Reformen bewirkt nur die Einschüchterung vieler, auf die eine demokratische Gesellschaft angewiesen ist. Wache und aktive Bürger sind aber ein notwendiger Verfassungsschutz. ■

☞ Der Artikel ist eine stark gekürzte Fassung. Der vollständige Text steht unter [www.spw.de](http://www.spw.de). Kurzfassung: Sascha Howind.

## Debatte: Parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste – ein vergilbtes Feigenblatt

von Martin Kutscha

Die Geschichte der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste in Deutschland ist die Geschichte ihres Versagens. Keiner der zahlreichen Skandale des Verfassungsschutzes bis hin zum scheinbar unerklärlichen Blackout bei der Suche nach den Naziterroristen der „NSU“ wurde durch die Mitglieder der diversen parlamentarischen Kontrollgremien aufgedeckt. Wie auch? Zwar sind im Jahre 2009 die Untersuchungsrechte des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages in einigen Punkten gestärkt worden. Nach wie vor aber lässt sich dessen Arbeit nur als ein Stochern im Nebel einer Arkanbehörde mit zahlreichen geheimen „Mitarbeitern“ beschreiben. Und wenn es brenzlich wird, ist „zufällig“ die wichtige Akte gerade geschreddert worden.

Im Übrigen sind die Parlamentarier per Gesetz zur Geheimhaltung verpflichtet. Die parlamentarischen Kontrolleure sind also immer noch nichts anderes als „blinde Wächter ohne Schwert“, wie es ein langjähriger Kenner der Praxis, der Bielefelder Staatsrechtler Christoph Gusy treffend formuliert hat. Tatsächlich sollte die Einrichtung parlamentarischer Kontrollausschüsse für die Geheimdienste eine Art politisches Trostpflaster für die fehlende gerichtliche Kontrolle in diesem Bereich sein; dies verdeutlicht schon der 1968 durch die Notstandsgesetze eingefügte letzte Satz des Art. 10 Grundgesetz. Ein demokratischer Rechtsstaat zeichnet sich aber gerade dadurch aus, dass die Ausübung der Staatsgewalt der wirksamen Kontrolle durch unabhängige Gerichte und damit auch dem Zwang zur Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit unterliegt. In



⇨ Prof. Dr. Martin Kutscha lehrt Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin und ist u. a. Vorstandsmitglied der Humanistischen Union und der IALANA.

Foto: © lukrezia-jochimsen.de

einem solchen System demokratisch-öffentlicher Verantwortlichkeit sind Geheimdienste per se ein Fremdkörper.

Auch stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, ob der Schutz der Verfassung in den Händen solcher Institutionen wirklich gut aufgehoben ist. Hauptadressat der Verfassung ist schließlich die Staatsgewalt selbst, sie soll durch Verfahrensregeln sowie durch die Verbürgung von Freiheitsrechten für die Bürgerinnen und Bürger an die Kette gelegt werden. Gerade in unserem Grundgesetz wurden in deutlicher Reaktion auf die Inhumanität des überwundenen Nazistaates die Grundrechte an den Anfang gestellt, noch vor die Bestimmungen über den Charakter des Staates in Art. 20. „Schutz der Verfassung“ bedeutet demnach vor allem, über die Einhaltung dieser verfassungsmäßigen Freiheitsgewährleistungen durch die staatliche Exekutive zu wachen. Ob ein Teil eben dieser Exekutive diese Aufgabe wirklich erfüllen kann, darf füglich bezweifelt werden. Die Praxis der jahrelangen Bespitzelung und Ausforschung linker Oppositioneller einerseits und das dubiose Verhalten des Verfassungsschutzes gegenüber der Neonaziszene andererseits sprechen für das Gegenteil. Auch bei der Spionageabwehr, einer weiteren gesetzlichen Aufgabe des Verfassungsschutzes, lässt der Erfolg entscheiden zu wünschen übrig: Statt gegen die massenhafte Überwachung durch das US-amerikanische Spähprogramm „Prism“ einzuschreiten, übt man sich in willfähriger Kumpanei mit „befreundeten“ Diensten. Fazit: Einen solchen „Verfassungsschutz“ brauchen wir nicht! ■

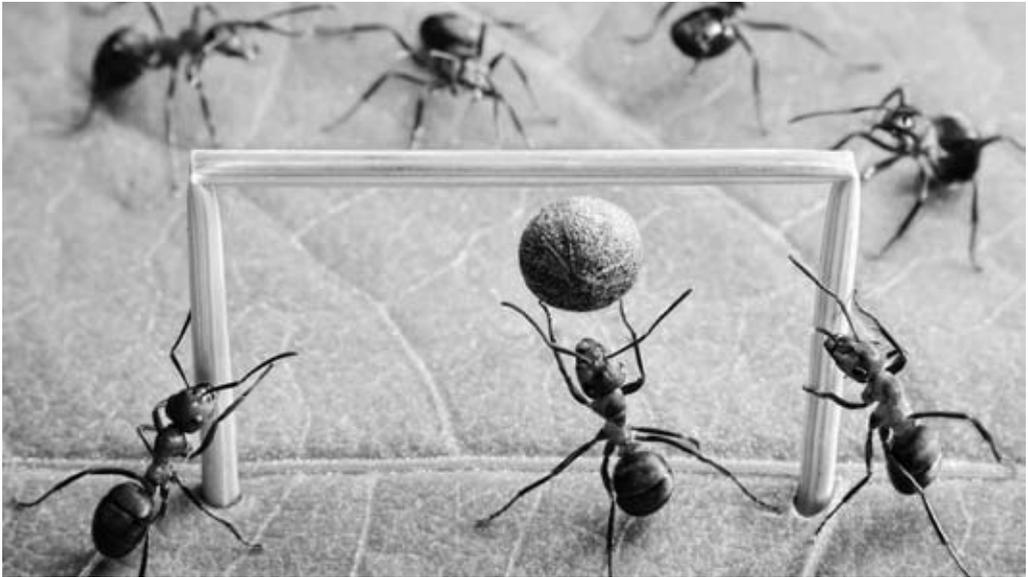
## Global Player

### – globalisierte Wertschöpfung im Umbruch?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Lars Neumann und Stefan Stache

Foto: www.fotolia.com, © Antrey



Die Empörung der hiesigen Konsumenten schlägt einmal mehr hohe Wellen. Apple Inc. lässt wesentliche Komponenten vom chinesischen Zulieferer Foxconn fertigen, der seine Arbeitskräfte unter mehr als fragwürdigen Bedingungen beschäftigt. Europäische Textilhändler beziehen ihre Produkte von ostasiatischen Herstellern. Im April diesen Jahres stürzte das Fabrikgebäude eines Zulieferers ein – dabei starben mehr als tausend Menschen in den Trümmern. Der heimische Verkauf von in Deutschland produzierter Babymilch wird kontingentiert, weil die Nachfrage aus und der private Export nach China den deutschen Markt leer räumen.

All dies scheint eine hervorragende Bestätigung der Einschätzung zu sein, die beispielsweise Michael Sommer im Sammelband „Roadmaps 2020“ vertritt: „Gewerkschaften gehörten

zu den Globalisierungskritikern der ersten Stunde. An der grundsätzlichen Kritik der Gewerkschaften am neoliberalen Modell der Globalisierung hat sich bis heute nichts geändert.“<sup>1</sup> Argumentativ unweit entfernt heißt es im spw-Schwerpunkt „Globalisierung und Politik“ aus dem Jahr 1997: „Kapitalistischer Globalismus als Klassenprojekt – Zunächst ist von entscheidender politischer Bedeutung zu erkennen, daß dieser jetzt als Sachzwang (*gemeint ist die Globalisierung Anm. d. Verf.*) dargestellte Prozess in Wirklichkeit ein politisch gezielt vorangetriebener ist – und zwar national wie international. Kapitalistische Globalisierung ist ein Klassenprojekt, Neoliberalismus/Neokonservatismus ist keine quasi-automatische Konsequenz der

<sup>1</sup> Sommer, Michael: Gerechte Globalisierung, in: Denkwerk Demokratie (Hrsg.): Roadmaps 2020. Wege zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie, Frankfurt/New York Campus-Verlag 2013

Globalisierung, sondern ein – bisher sehr ‚erfolgreiches‘ – politisches Projekt der herrschenden kapitalistischen Klassen in den Hauptländern der Triade, diese Globalisierung und damit eine massive Umverteilung von Reichtum zu ihren Gunsten durchzusetzen und ihre gesellschaftliche Herrschaft zu sichern.“<sup>2</sup>

Während der Vorbereitung des aktuellen Schwerpunktes wurde diskutiert, ob eine grundsätzlich negative Kritik der Internationalisierung und Globalisierung heute noch Bestand haben kann. Immerhin hat sich der Welthandel nach Angaben des IMK im Zeitraum 2001 bis 2012 nominal verdreifacht, preisbereinigt ist der Welthandel binnen 13 Jahren um 78 Prozent gewachsen. Die Ausfuhren aus Deutschland sind im gleichen Zeitraum um 84 Prozent gestiegen, die Einfuhren um 69 Prozent. Aus deutscher Sicht bleiben die europäischen Nachbarn Frankreich und die Niederlande (nicht zuletzt wegen der hohen Bedeutung der Seehäfen Rotterdam und Amsterdam) die wichtigsten Handelspartner. Unter den Top 10 sind noch das Vereinigte Königreich, Italien, Österreich, die Schweiz, Belgien (Zeebrügge und Antwerpen) und Polen. Schon auf den Plätzen 3 und 4 werden China und die USA sowie auf dem neunten Platz Russland geführt.

Immerhin, die Deutschen machen gerne im Ausland Urlaub. Im Jahr 2012 unternahmen sie rund 69 Millionen Wochenreisen in den Urlaub, davon 69 Prozent ins Ausland. Alleine 35 Prozent der Deutschen fuhren ans Mittelmeer, 13 Prozent nach Spanien.

Immerhin, die deutsche Lebensmittelproduktion ist inzwischen weitgehend internationalisiert. Die Wochenzeitung „Zeit“ hat in einer Recherche des Sommers 2013 einen hohen internationalen Anteil von Lebensmitteln auf Tiefkühlpizzen festgestellt. Der Pizza-Code hat „teilweise eine sehr lange Reise hinter sich. Der Knoblauch beispielsweise kommt aus Shan-

dong, einer chinesischen Provinz am Unterlauf des Gelben Flusses. Pfeffer und Chili stammen aus dem Ort Muntok an der Küste der indonesischen Insel Bangka. Und dann wären da noch Oregano aus der Türkei, Rosmarin aus dem Norden Marokkos, Basilikum aus dem Großraum Kairo. Der Thymian hingegen wächst in Aschersleben in Sachsen-Anhalt.“<sup>3</sup> Auch die ökologisch bewussten Konsumenten aus dem Prenzlauper Berg freuen sich in den Wintermonaten über Äpfel, Paprika und Gurken aus Südamerika. Von der berühmten Europareise des Joghurtbechers oder der nordafrikanischen Verarbeitung der Nordseekrabbe ganz zu schweigen.

Die Bedeutungen der USA, der EU und Japans für die Weltwirtschaft sind nach wie vor hoch. Sowohl gemessen an der Wirtschaftsleistung je Einwohner als auch am Anteil des Welthandels sind die Länder der Triade nicht wegzudenken. Gleichwohl sind Strukturveränderungen nicht zu übersehen. So befindet sich Südeuropa und damit zunehmend die gesamte Europäische Union in einer ausgeprägten Rezession. Während das Wirtschaftswachstum in der Triade insgesamt gering ist, gelingen China, Russland, Indien und Brasilien überdurchschnittliche Zuwachsraten. Diese wirken sich auch auf die Handelsverflechtungen aus. Darauf geht Michael Krätke ein, der den Süd-Süd-Handel auf dem Vormarsch sieht und einen aktuellen Überblick über globale Wertschöpfungsketten gibt.

Zwar entfallen immer noch 60 Prozent des Außenhandels der Länder der Europäischen Union auf den Intrahandel, also den Austausch von Waren zwischen Staaten innerhalb der Europäischen Union. Gleichwohl profitiert insbesondere die deutsche Volkswirtschaft von der hohen Nachfrage aus den BRIC-Staaten nach Autos, Maschinen und Anlagen und so steigt die Verflechtung Europas mit der Welt an.

Diese wenigen Zahlen, Daten und Fakten unterstreichen die hohe und voraussichtlich

<sup>2</sup> Krämer, Ralf/Rünker, Reinhold: Einleitung zum Heftschwerpunkt, in: spw 2/1997 Globalisierung und Politik

<sup>3</sup> Rohwetter, Marcus/Willmann, Urs, in: DIE ZEIT, 25.7.2013 Nr. 31

weiter steigende Bedeutung der Stichworte Globalisierung und Internationalisierung deutlich. Ein Zurück ist heute schlichtweg nicht vorstellbar.

Einer der wichtigsten Aspekte unserer Analyse des weltweiten Handels ist die Frage nach den zentralen wirtschaftlichen Akteuren. Wer sind die Macher? Wer sind die Unternehmen, die den globalen Austausch zur „Optimierung“ ihrer Wertschöpfung nutzen? Wer sind die Eigentümer dieser Unternehmen und mit welchen Interessen agieren sie am Weltmarkt?

Der Verweis auf die Wertschöpfung von Apple Inc., der Hinweis auf die globale Textilindustrie aber auch das massive Wachstum der europäischen Häfen und Logistikunternehmen unterstreichen die Bedeutung einer fundierten Bewertung des strategischen Agierens der Unternehmen und Konzerne im Welthandel - Wie agieren die Unternehmen? Wie bauen sie ihre Wertschöpfung auf und um? Mit welchen strategischen Perspektiven?

Beispielsweise hat der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Martin Winterkorn, die Bedeutung der Globalisierung anlässlich einer Investorenkonferenz im März 2013 wie folgt zusammengefasst „Der Weltkonzern Volkswagen ist ein im besten Sinne bodenständiges Unternehmen. Unsere Wurzeln sind Teil unserer Stärke. Und deshalb stehen wir zu Niedersachsen, zu Deutschland und zu Europa. Richtig ist aber auch: Die Zukunft von Volkswagen entscheidet sich mehr und mehr in China, Russland, Indien, Amerika und Südostasien. (...)„Wir bieten noch mehr regional zugeschnittene Modelle. (...) Wir bauen unser weltweites Produktionsnetzwerk weiter aus. (...) Wir machen die Volkswagen Mannschaft noch internationaler.“ Heute verkauft Volkswagen rund 60 Prozent seiner Fahrzeuge außerhalb Europas. Das Unternehmen betreibt aktuell 100 Werke weltweit, davon ein Drittel außerhalb Europas. Und, Volkswagen beschäftigt inzwischen 140.000 Mitarbeiter außerhalb Europas.

Zur richtigen Einordnung: Im Volkswagen-Konzern arbeiten rund 45 Prozent der Beschäftigten in Deutschland, die Mehrheit hingegen an ausländischen Standorten. Und der Aufbau der internationalen Produktion hat noch lange kein Ende. Volkswagen plant die Errichtung von zehn weiteren Werken in nächster Zukunft, davon alleine sieben in China. Scania startet in 2013 ein Montagewerk in Indien. MAN nimmt in Kürze ein neues Werk in St. Petersburg in Betrieb und Volkswagen baut in Kaluga ein Motorenwerk. Audi baut ein Werk im mexikanischen San José Chiapa. *Hajo Holst* geht am Beispiel der Automobilindustrie näher auf den Zusammenhang zwischen der finanzierten Unternehmenssteuerung und der Organisation von Arbeit in Unternehmen und entlang von Wertschöpfungsketten ein.

Der Aufstieg der Schwellenländer schlägt sich bislang noch nicht in neuen dominierenden Unternehmen nieder. Die Liste der aktuell größten Unternehmen – gemessen an der Börsenkapitalisierung – zeigt mit Exxon Mobil, Apple, Google und Microsoft viele bekannte Namen aus den USA. Erst auf Platz 9 und 10 finden sich mit der Industrial and Commercial Bank of China sowie mit Petro China Unternehmungen aus China. Und dennoch: sind Die Strukturveränderungen in einzelnen Branchen und Industriesegmenten inzwischen kaum mehr zu übersehen.

Beispielsweise haben die beiden chinesischen Staatsunternehmen CNR und CSR binnen weniger Jahre den Weltmarkt für bahntechnische Produkte auf den Kopf gestellt. Inzwischen führen sie die Rangliste der weltweit wichtigsten Unternehmen der Bahnindustrie noch vor langjährig etablierten Unternehmen wie Siemens, Bombardier und Alstom an. Genauso wie in der Automobilindustrie haben und werden sich die Wertschöpfungsstrukturen dieser Branche radikal verändern. Offen bleibt, wie sich mit dem weiteren Aufstieg der BRIC-Staaten auch andere Unternehmen an der weltweiten Wertschöpfung beteiligen. Offen bleibt zunächst, welche

Folgen dies für Strategien, Wettbewerb und Unternehmenskulturen haben wird.

Die Liste der Beispiele ließe sich jetzt noch um viele andere Konzerne und Player in den unterschiedlichsten Branchen erweitern. Es bleibt aber festzustellen, dass Globalisierung und Internationalisierung immer weniger einem einzigen Entwicklungspfad folgen. Die Welt ist und bleibt bunt. Die Interessen der verschiedenen Unternehmen driften immer stärker aus- und gegeneinander.

Der internationale Wettbewerb zwischen Unternehmen nimmt zu. Die Bedingungen dieses Wettbewerbs scheinen immer neue Skandale möglich zu machen. Umso wichtiger ist uns die Frage, welche Konsequenzen diese Entwicklungen für die Kapitalverteilung, Arbeitsbedingungen sowie Nachfrage-, und Umweltentwicklung hat und haben wird.

Das Wissen um die Realität globaler Wertschöpfung ist der Ausgangspunkt unserer Debatte. Genaue Einblicke in verschiedene Regionen und Branchen bieten einige Artikel dieses Schwerpunkts. *Thomas Seibert* berichtet unter der Überschrift „Aus der Vorhölle der globalen Wertschöpfung“ von einer Reise nach Bangladesch und die Arbeitsbedingungen der dortigen Textilindustrie. Eine deutsch-argentinische Autorengruppe um Stefan Schmalz stellen die Hierarchien von Arbeit im argentinischen Automobilsektor dar, die insgesamt durch Prekarität und Informalität geprägt ist. Unter dem Titel „Das Foxconn Modell im Umbruch“ untersuchen Florian Butollo und Boy Lüthje die Restrukturierungen in der chinesischen IT-Industrie.

Im eingangs bereits erwähnten Artikel beschreibt *Michael Sommer* die Bewertungsraster einer nachhaltigen Entwicklung der Globalisierung mit „der längst überfälligen Erfolgskontrolle der Globalisierung (bei der) die Arbeitsmärkte im Zentrum der Überlegungen stehen müssen. Der entscheidende Prüfstein für die ökonomische, soziale und humanitäre

Qualität der Globalisierung ist die Frage nach deren Konsequenzen für die arbeitenden und Arbeit suchenden Menschen.“

Schließlich war es für uns von entscheidender Bedeutung, die Handlungskorridore reformorientierter Regulation näher zu beleuchten. Beispielsweise nennt *Benjamin Mikfeld* im Werkbericht Nr. 1 des Denkwerks Demokratie als erste Leitplanke progressiv-demokratischer Diskursallianzen „eine ökonomische Innovations- und Modernisierungsstrategie, die sich durchaus an langfristigen und ambitionierten Nachhaltigkeits-Zielen orientiert, aber ihren realpolitischen Ausgangspunkt im deutschen Export- und Produktionsmodell mit all seinen Interessen, Strukturen und Kulturen nimmt.“<sup>4</sup> Im Anschluss an diese Perspektive stellen wir uns die Frage, wo und wie reformorientierte regulierende Eingriffe ansetzen können. Wer können die Motoren dieser reformorientierten Veränderungsdynamik sein? Wer sind die Meinungsführer dieser Entwicklung?

Hierbei fällt auf, dass die gerechte Gestaltung globaler Wertschöpfung eine große Leerstelle zu sein scheint. Zwar entwickeln Gewerkschaften und Betriebsräte vielfach entlang globaler Wertschöpfungsketten Überlegungen praktischer Solidarität, aber in der Politik scheint dieses Feld derzeit unbearbeitet zu sein. Zumindest mangelt es im politischen Raum an zugespitzten Auseinandersetzungen rund um eine gerechte Weltwirtschaft und deren Regulation. Politik muss in einem ersten Schritt die Sphäre der globalen Ökonomie überhaupt erst reformorientiert regulieren wollen! Es ist die Aufgabe sozialistischer Politik, diesen Anspruch immer wieder neu aufzustellen.

Rund 20 Jahre nach Inkrafttreten des europäischen Binnenmarktes und der Schaffung der nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA)

4. Mikfeld, Benjamin: Alte und neue Wege aus der großen Krise. Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über die Zukunft von Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft (1. Werkbericht Denkwerk Demokratie), Berlin 2012, S. 13.

wird heute über ein transatlantisches Freihandels- und Investitionsschutzabkommen verhandelt. Florian Moritz erhebt in seinem Beitrag die Forderung, dass durch dieses zwischen den USA und den EU-Staaten angestrebte Abkommen keine Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherrechte eingeschränkt werden dürfen. Demnach ist unschwer zu erkennen, dass es in dem angestrebten Abkommen um alles andere als ein progressives Projekt geht. Mit etwas utopischen Überschuss betrachtet wäre jedoch genau ein solches Abkommen nötig, um gerechtes Wirtschaften durchzusetzen. Realpolitisch ist aber eher eine Auseinandersetzung um soziale und ökologische Verteidigungslinien zu erwarten.

Die grenzüberschreitende Erstellung von Waren werfen auch steuerpolitische Fragen auf. Während Nationalstaaten zum einen durch geringe Steuersätze den internationalen Steuerwettbewerb antreiben und zum anderen unter einer erodierenden Einnahmesituation leiden, nutzen multinationale Konzerne die Möglichkeiten der legalen Steuergestaltung auf radikalste Weise. Die Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung sind, so *Wilfried Kurtzke*, in der Praxis eine doppelte Nichtbesteuerung. Der Autor zeichnet in seinem Beitrag einen erstaunlichen Kurswechsel der OECD nach, der die Möglichkeiten zur Steuervermeidung für transnationale Konzerne einschränken soll und zudem Anknüpfungspunkte für die Besteuerung digitaler Geschäfte bieten soll. Kurtzke betont, dass es nicht um die falsche Alternative eines unfairen versus fairen Steuerwettbewerb gehen kann, sondern die Besteuerung stets im Konflikt mit den Wettbewerbs- und Renditestrategien von Einzelunternehmen steht. Vor diesem Hintergrund sollten weniger steuertechnische Überlegungen als verteilungspolitische Wirkungen in den Mittelpunkt der finanzpolitischen Debatte rücken. Folgerichtig sollte sich die politische Linke stärker mit internationaler Steuerpolitik auseinandersetzen.

Eine grundsätzlich negative Bewertung internationaler Wertschöpfung und globaler Offen-

heit ist nicht diskutabel und führt die Linke nicht weiter. Hier sind vielleicht auch Einschätzungen der Vergangenheit, die bis heute tragen, neu zu bewerten. Stattdessen stellt sich die Aufgabe, Internationalisierung und Globalisierung nachhaltig und solidarisch zu gestalten. Ihr neoliberaler Charakter muss im Mittelpunkt unserer Kritik stehen. Dieser Blickwinkel muss bei der Bewertung globaler Wertschöpfungsketten ansetzen und die Rohstoff- und Handelspolitik einbeziehen. Aber auch die Unternehmen selbst und deren Eigentümer gehören in den Blick. Allerdings reicht es nicht aus, maßlose Renditeforderungen zu ächten und den Vorrang sozialer sowie ökologischer Belange einzufordern. Ohne wirtschaftliche Demokratisierung – von Formen solidarischer Ökonomie, über die Mitgestaltung der einzelnen Arbeitsplätze und der Mitbestimmung, über die wirksame Begrenzung wirtschaftlicher Macht, bis hin zur demokratischen Steuerung gesamtgesellschaftlicher Investitionen – ist eine Perspektive für ein nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften kaum denkbar.

Wir sind aktuell nicht in der Lage einen geschlossenen Zielekatalog vorzustellen. Vielmehr befinden wir uns auch weiterhin in einer politischen Suchbewegung. Die im Schwerpunkt zusammengeführten Berichte aus den Regionen rücken als verbindendes Element gute Arbeit in den Fokus. Auch angesichts unterschiedlicher Ausgangsbedingungen bleibt das Ziel einer transnationalen Verständigung über Mindestarbeitsbedingungen und vor allem ihre Durchsetzung aktuell.

Weniger mit dem Ziel eines umfassenden Masterplans, sondern eher im Sinne einer Suchbewegung werden wir weiterhin die Möglichkeiten eines **sozial-ökologischen Umbaus und reformorientierter** Regulation globalisierter Wertschöpfung in spw diskutieren. ■

↳ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Lars Neumann leitet in Berlin das Büro einer Unternehmensberatung und ist Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

# Globale Wertschöpfungsketten in und nach der Großen Krise

von Michael R. Krätke



Foto: www.photocase.de, © filmset

## Die alte und die neue „Globalisierung“ – vor und nach der Großen Krise

Wer wird sich nicht an die Globalisierungsdebatten vor der letzten Jahrhundertwende erinnern? 1998, prompt zum 150. Jubiläum des Kommunistischen Manifests, wurde weltweit Karl Marx als Prophet der Globalisierung wiederentdeckt und gepriesen – in der gut bürgerlichen Wirtschaftspresse. Kaum ein klassischer Text wurde damals so oft, wieder und wieder zitiert wie jene Passagen aus dem Manifest, in denen Marx die neue Welt des kapitalistischen Weltmarkts schilderte; im Jahre 1848 in der Tat ein kühner Vorgriff auf die Zukunft des Kapitalismus.<sup>1</sup>

Mit dem Sturmwind der Globalisierung segeln, hieß die Parole. Nur wenn wir uns den Bedingungen der neuen, weltweiten Konkur-

renz anpassen, werden wir als Exportnation auf Dauer überleben können. Das war die Überlegung, strikt nationalökonomisch und merkantilistisch gedacht. Darauf beruhte die Politik der „Agenda 2010“, auch wenn die Konsequenz, die gezogen wurde – nämlich einem alteuropäischen Sozialstaat wie dem deutschen einen Arbeitsmarkt nach US-amerikanischem Muster aufzupropfen – keineswegs eindeutig aus der Prämisse folgte. Die Behauptung, die Exportnation Deutschland brauche unbedingt einen Niedriglohnssektor, sie brauche „arbeitende Arme“ und allseits „flexible“ Beschäftigung, um einen modernen Dienstleistungssektor aufzubauen, war damals so falsch wie heute; geradezu absurd daneben lagen die Vordenker der Agenda 2010 im Blick auf den Sektor, wo in der Tat Dienstleistungen exportiert werden. Auf „produktbezogene“ Dienstleistungen verstanden und verstehen sich die Champions der deutschen Exportindustrie bestens, auch ohne Agenda-Politik. Zum Planen, Ent-

<sup>1</sup> Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin 1968.

werfen, Einrichten, Beraten, Ausbilden usw. brauchen und brauchten sie keine Billiglöhner und Flexwerker, ganz im Gegenteil. Über die naiven Vorstellungen der Agenda-Strategen von internationaler Konkurrenz konnten sie nur lächeln. Anders als den rot-grünen Amateurökonom im Regierungsortat wussten sie, dass nicht Staaten, sondern Unternehmen konkurrierten und zwar keineswegs nur oder gar in erster Linie um niedrige Lohnkosten. Sie kannten die Akteure der internationalen bzw. globalen Konkurrenz, die multi- und transnationalen Konzerne. Die waren über die blindwütige „Standortkonkurrenz“ der Regierungen hochofrend. Sie erleichterte ihnen das Geschäft und ebnete der erfolgreichsten Strategie in der internationalen Konkurrenz den Weg, dem Auf- und Ausbau transnationaler bzw. globaler Wertschöpfungsketten (GVCs).

Was hat sich im Verlauf der Großen Krise, die uns seit dem Sommer des Jahres 2007 am Wickel hat, geändert? Wie wird die kapitalistische Weltwirtschaft nach dieser Großen Krise aussehen? Hat sich der Weltmarkt nicht gewaltig verändert, sind wir nicht schon Zeugen eines Umbruchs, der eine andere Globalisierung, einen anderen Kapitalismus hervorbringt als den, den wir kannten? Und nicht zuletzt: Was ist aus den Haupt- und Staatsakteuren der Weltmarktkonkurrenz, den Multis, und ihrer Erfolgsstrategie Nr. 1, den GVCs, geworden?

## Globale Wertschöpfungsketten

Global value chains (GVCs), zu Deutsch: Globale Wertschöpfungsketten, mit diesem Fachausdruck aus der internationalen politischen Ökonomie wird ein zentrales Element der heutigen Weltwirtschaft beschrieben. Eingeführt wurde dies Konzept von Managementspezialisten und komparativ arbeitenden Ökonomen, die die Praktiken multi- und transnationaler Konzerne im Einzelnen untersucht haben. Michael Porter,

Professor an der Harvard Business School, hat als einer der ersten die Bedingungen erfolgreicher Strategien in der internationalen Konkurrenz systematisch untersucht. Dazu hat er die verschiedenen Aktivitäten in jedem für einen Markt produzierenden Unternehmen, von der ersten Idee, über den Entwurf, die Produktionsplanung, den Einkauf der notwendigen Materialien usw. bis zur Vermarktung und zum schließlich Endverkauf einer Ware, als aufeinander folgende Phasen einer langen Wertschöpfungskette unterschieden. Seit jeher haben große Unternehmen diesen Gesamtprozess arbeitsteilig organisiert, in spezialisierten Abteilungen – von der Forschung und Planung bis zu Marketing und Vertrieb. Jede einzelne Phase lässt sich weiter unterteilen, so entsteht eine lange Kette von Teilprozessen mit jeweils unterschiedlichen Beiträgen zur gesamten Wertschöpfung im Unternehmen.<sup>2</sup> Die Strategie, viele dieser Teilprozesse auf unterschiedliche Standorte zu verteilen, um für jeden Teilprozess die jeweils günstigsten Bedingungen ausnutzen zu können, folgte auf dem Fuße. Erst dank der Doppelstrategie des outsourcing und offshoring (Auslagerung von immer mehr Teilaktivitäten an Externe im In- und Ausland) veränderten sich die Konzernstrukturen dauerhaft. Seit den 1990er Jahren sind die Konzepte und Strategien der Multis ständig verfeinert worden. Die Masse der Forschungsliteratur zu den GVCs wächst rasant und in den offiziellen Untersuchungen der OECD, der Weltbank, der ILO, der WTO und anderer internationaler Organisationen hat das Konzept der GVCs seit Anfang dieses Jahrhunderts seinen Eingang gefunden.<sup>3</sup>

2 Vgl. Michael Porter, *Competitive Advantage*, New York 1985; ders., *On Competition*, Boston 1998.

3 Vgl. z. B. Cattaneo, O., G. Gereffi and C. Staritz (eds), *Global Value Chains in a Postcrisis World: A Developmental Perspective*, World Bank, Washington, DC 2010; OECD, *Global Value Chains: Preliminary Evidence and Policy Issues*, Paris 2011; WTO and IDE, *Trade Patterns and Global Value Chains in East Asia: From Trade in Goods to Trade in Tasks*, Geneva - Tokyo 2011; Gary Gereffi, *The New Offshoring of Jobs and Global Developments*, ILO, Geneva 2006.

## Die neue Welt der globalen Netzwerke

Die klassische Außenhandelslehre der politischen Ökonomie – und damit begann diese Wissenschaft im Zeitalter des Merkantilismus – beruhte noch auf einer simplen Vorstellung von der Struktur internationaler Arbeitsteilung, die räumlich, geographisch deutlich getrennt war. Was in dem einen Land, an einem Ort für den Export produziert wurde, das musste anschließend, fix und fertig verpackt, über die Landesgrenzen zu einem anderen Marktort transportiert und dort an den Mann gebracht werden. Ganz selbstverständlich wurde angenommen – von den frühen Merkantilisten bis zu Ricardo und Mill – dass Unternehmen sich an einem bestimmten Ort, ihrem „Standort“ befinden und nicht an mehreren „Standorten“ zugleich sein können. Produzenten, Händler, Banken, Transporteure, sie alle hatten eine klare „Nationalität“ oder besser „Staatsangehörigkeit“, die „Standorte“ der Produktion wie die „Marktorte“ waren säuberlich geschieden. Mobil waren (mit Staatshilfe) die Arbeiter (aber nicht die Bauern), das Handels- und Finanzkapital, aber das Manufakturkapital sollte daheim am gleichen Standort bleiben und wurde notfalls vom obersten Volkswirt Staat am Auswandern gehindert, ebenso wie die hoch qualifizierten Arbeitskräfte, die man notfalls mit Gewalt festhielt.<sup>4</sup> Dass ein Produzent, ein Unternehmen an mehreren „Standorten“ zugleich sein könnte, daher die durchaus verschiedenartigen Vorteile vieler Standorte zugleich ausnutzen würde, das war nicht vorgesehen, es geschah auch nicht. Nur das internationale Handelskapital (und das jahrhundertlang damit eng verbandelte Finanzkapital) war mobil und an vielen Orten zugleich präsent; anders wäre internationaler Handel auch nicht möglich gewesen. Da aber auch das mobilste Handelskapital nicht an allen internationalen Handelsplätzen zu-

gleich sein konnte und sich auf wenige, urbane Handelszentren beschränken musste, entstanden als erstes transnationale, mitunter auch globale Handelsketten – Ketten von Warenhandelsstransaktionen zwischen Handelskapitalen, die über viele Ländergrenzen, von Region zu Region, von Kontinent zu Kontinent die wichtigen Markt- und Handelsplätze (zugleich die Knotenpunkte des Weltschiffverkehrs) miteinander verknüpften. Das Handelskapital war das erste, das transnationale Netzwerke von Filialen, Kontoren und zugleich Netze von Partnerschaften mit anderen Handelskapitalien in anderen Ländern, an anderen Orten konstruierte und unterhielt.<sup>5</sup> Mit dem Welthandel, mit Handelsketten und -Netzwerken, beginnt der Kapitalismus als Weltsystem.<sup>6</sup>

In den Multi- und Transnationalen Unternehmen der Gegenwart wird die gesamte Wertschöpfungskette von Anfang bis Ende aufgespalten und kann (im Prinzip) in beliebig vielen Einzelteilen und –abschnitten beliebig oft und beliebig weit ausgelagert werden. Indem mehr und mehr multinationale Konzerne auf diese Strategie setzen, verändert sich die Form der internationalen Konkurrenz und zugleich die Organisation ganzer Industriezweige und Weltmärkte. Dank seiner transnationalen/globalen Wertschöpfungsketten ist kein Multi noch an einen Standort allein gebunden, jedes kann an vielen Produktions- und Marktorten zugleich sein. „Global reach“, globale Reichweite hieß und heißt die Parole. Die erreicht man, indem man viele und möglichst günstige Standorte miteinander verknüpft, in einer mehr oder weniger klar hierarchischen oder quasi-marktlichen, vertragsmäßigen Verbindung, mit einer Kombination von Tochter- und Partnerunternehmen, die im Rahmen der Konzernstrategie kooperieren (zum Teil

<sup>5</sup> Und zwar noch überwiegend in der Form des Familienunternehmens.

<sup>6</sup> Wer mag, kann in den drei Bänden *The modern World-System* (1974, 1980, 1989) (dt. *Das moderne Weltssystem*) von Immanuel Wallerstein vieles Wissenswerte über die Anfänge des (Handels)Kapitalismus als Weltsystem nachlesen.

<sup>4</sup> Vgl. dazu das nach wie vor unüberholt klassische Werk von Jacob Viner, *Studies in the Theory of International Trade*, Chicago 1937.

auch konkurrieren). Entgegen der alten Logik vertikaler Integration vor- und nach gelagerter Produktionsphasen und –stufen unter einem Konzerndach setzt die neue Strategie auf vertikale Desintegration. Die meisten Zulieferer und Zuarbeiter in den transnational gespannten Kooperationsnetzen bleiben selbständige Unternehmen, Konzentration und Zentralisation des Kapitals werden entkoppelt, eine neue Art der „Zentralisation“ des Kapitals entsteht. Globale Wertschöpfungsketten mit vielen beteiligten Zulieferern an vielen Standorten zugleich lassen sich nur erfolgreich organisieren und kontrollieren, wenn ein Unternehmen die Rolle des Führers (des Kontrolleurs, Organisors, Planers) spielt, nach dessen Vorgaben sich die anderen richten. Wenn der Konzern nicht mehr alles selbst produziert und verwertet, wenn er sich zur „Unternehmensgruppe“ wandelt, daher Allianzen mit vielen Privatunternehmen an vielen Standorten zugleich kontrollieren und managen muss braucht er mehr Planung, mehr Normierung und Standardisierung als zuvor. Gleich ob die Riesen spinne im Netz, ob es sich also um ein „buyer driven“ (Nachfrage getriebenes) oder „producer driven“ (Produktion) globales Netzwerk handelt, gleich ob ein Einzelhändler wie Wal-Mart oder ein Technologie-Produzent wie GM oder GE.

Wenn die Zahl und die Reichweite der globalen Wertschöpfungsketten der Multis wachsen, verändert sich die Handelsstruktur – das Volumen des „Intra-Firm“ Handels (der Transaktionen innerhalb eines Unternehmens) nimmt ab, das Volumen des „Inter-Firm“ Handels (der Transaktionen zwischen formell selbständigen Unternehmen) nimmt zu. Gleichzeitig wächst das Volumen des Handels, der Transaktionen mit „intermediären Gütern“ (das ist alles von bereits vorbearbeiteten Rohstoffen, über Komponenten und Teilfabrikaten bis zu Halbfabrikaten und Vorprodukten verschiedenster Stufe) im Verhältnis zum Handel mit Fertigprodukten.

Und genau das zeigt die internationale Handelsstatistik: Ein rasanter Anstieg der Importe von „intermediären Gütern“, die weiterverarbeitet und weiterexportiert werden – zur nächsten Stufe in der globalen Wertschöpfungskette, an einem anderen Ort. Der Anteil der Importe von „intermediären Gütern“ an allen Weltimporten zusammen genommen beträgt mittlerweile deutlich mehr als die Hälfte (mehr als 54 Prozent).<sup>7</sup> Ein rasch wachsender Teil dieser „intermediären“ Importe besteht aus „maßgeschneiderten“ (customized) Produkten, die nur für bestimmte Kunden innerhalb eines bestimmten Netzwerks bestimmt und zu gebrauchen sind; ein weiterer Hinweis auf die zunehmende straffere Kontrolle der Zentralen über die expandierenden Wertschöpfungsketten.

Um solche Netzwerke global zu spannen, um sie zu erweitern, um sie zu kontrollieren, braucht es niedrige bzw. sinkende Transportkosten und funktionierende Kommunikationsnetzwerke; ohne ITC, ohne die Technologie des Internet, keine GVCs. Globale Wertschöpfungsketten können überdehnt werden, die Transport-, Kommunikations- und Koordinationskosten übersteigen dann den Vorteil, den das führende Unternehmen aus der Auslagerung an Zulieferer und weiterverarbeitende Unternehmen an anderen Standorten hat. Um solche Überspannungen zu vermeiden, tun die organisierenden, führenden Konzerne einiges: Sie investieren in das Netzwerk, d.h. in die ferneren und weiteren Glieder der Wertschöpfungskette. Je transnationaler, je globaler die Wertschöpfungsketten wurden, desto mehr wandelten sie sich zu den Hauptkanälen der direkten (nicht finanziellen) Auslandsinvestitionen (die in ihrer großen Masse von Multinationalen Konzernen getätigt werden). Je länger, je transnationaler sie werden, desto mehr

<sup>7</sup> Vgl. Timothy Sturgeon, Olga Memedovic, Mapping Global Value Chains: Intermediate Goods Trade and Structural Change in the World Economy, UNIDO, Working papers, Vienna 2011. OECD, Guidelines for Multinational Enterprises, Paris 2011; OECD, Moving up the (Global) Value Chain, Policy Brief July 2007, Paris.

dominieren in diesen Wertschöpfungsketten Dienstleistungen, in der Regel solche, die mit Planung, Logistik, Marketing usw. zu tun haben. Aber auch produktbezogene Dienstleistungen gehen in alle Phasen der globalen Wertschöpfungsketten ein. Noch besser: Das führende Unternehmen zieht sich auf die relativ wenigen Aktivitäten zurück, die am Anfang und am Ende der Wertschöpfungskette (also beim Erfinden, Entwerfen, Planen am Anfang einer Produktion und beim Marketing, Absatz, Kundenbetreuung am Ende) liegen – und die verhältnismäßig die höchste Wertschöpfung bringen (und am profitabelsten sind). Bei vielen Gliedern der Kette, die dazwischen liegen, im eigentlich Prozess der hocharbeitsteiligen Vorproduktion, Weiterverarbeitung bis hin zur Endfertigung, sind die führenden Unternehmen nur als Lizenzgeber, als Verleiher, Vermieter und Verpachter wichtiger Produktionsmittel dabei und streichen dafür Differentialrenten ein.

Derartige Netzwerke von multinationalen Konzernen mit Partner- und/oder Tochterunternehmen in vielen Ländern gibt es schon seit den 1960er Jahren. Anfangs waren sie klein. US-amerikanische Multis haben mit einer Strategie des „global outsourcing“ begonnen, indem sie Zulieferbetriebe im Ausland suchten bzw. die Endfertigung in Gestalt einfacher Assemblage von vorfabrizierten Teilen in die Länder verlagerten, wo sie ihre Waren absetzen wollten. Mexiko war ein beliebter Ort für diese frühen Produktionsverlagerungen. In den 1970er und 1980er Jahren folgten große Einzelhandelsunternehmen, die ihre transnationalen Warenketten zu globalen Wertschöpfungsketten erweiterten. In den letzten 15 Jahren sind derartige GVCs zusammen mit den Multi- und Transnationalen Konzernen, die sie betreiben, exponentiell gewachsen. Wie erfolgreich diese Strategie der Multi- und transnationalen Konzerne war, zeigt die internationale Handelsstatistik: Heute entfallen gut 80 Prozent von den gut 20 Billionen US-Dollar, die pro Jahr im

## PapyRossa Verlag



**W. Gehrcke /  
Chr. Reymann (Hg.)**

### Syrien

Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

978-3-89438-521-7  
187 Seiten | 9,90 Euro

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch analysiert den Konflikt, untersucht seinen Stellenwert für die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



**Ch. Wiedemann**

### Vom Versuch, nicht weiß zu schreiben

Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt

978-3-89438-494-4  
186 Seiten | 12,90 Euro

Charlotte Wiedemann nimmt ihre LeserInnen mit auf eine Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Südostasien. Und sie lässt hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was trägt der Journalismus hierzu bei?

»Ein Augenöffner« (Capital)

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de  
www.papyrossa.de

Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen umgehen, auf die GVCs, werden also von relativ wenigen multi- und transnationalen Konzernen kontrolliert.<sup>8</sup>

Der Schwerpunkt liegt geographisch (und nicht überraschend) in den wichtigsten Exportregionen und -Nationen der Welt. Im alten Europa ist der Anteil der GVCs am BSP mit 39 Prozent so hoch wie nirgends sonst. In Ost- und Südostasien, Heimat der Exportgiganten China, Korea und Japan, liegt er bei 30 Prozent, in Zentralamerika bei 31 Prozent. Alle übrigen Weltregionen fallen demgegenüber weit ab. Der Einfluss der GVCs ist nach Branchen verschieden, am höchsten liegt der Anteil der durch Exporte hinzugefügten Wertschöpfung bei der Herstellung von Computern, Büro- und Rechenmaschinen (gut 45 Prozent), an zweiter Stelle kommt der Motorfahrzeugbau, an dritter die Herstellung von Radios, Fernseher und anderen Geräten der Telekommunikation. Bei keiner wirklichen Weltmarktindustrie liegt dieser Anteil heute unter 25 Prozent.

## Krisenpolitik und Krisenfolgen

Auf dem G20 Gipfel im April 2009 haben die versammelten Welten- und Staatslenker feierlich ihre Entschlossenheit bekundet, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Gemeint waren die Fehler der Regierungen und Zentralbanken, die nach der internationalen Banken- und Kreditkrise von 1931 zum Auseinanderbrechen des Weltmarkts, zur dramatischen Schrumpfung des Welthandels und des Weltzahlungsverkehrs geführt hatten.

Auch ohne politische Dummheiten ist der Welthandel in den ersten Jahren der Krise dramatisch eingebrochen. Nach den Zahlen der Welthandelsorganisation schrumpfte er

allein im Jahre 2009 um mehr als 12 Prozent; der gesamte Rückgang in 2008/2009 belief sich auf gut 15 Prozent.<sup>9</sup> Das war ein unerhörtes Ereignis in der Geschichte des kapitalistischen Weltmarkts, dieser Einbruch übertraf alles, was die Geschichte des modernen Weltmarkts zu bieten hat. Bemerkenswert: Die globalen Wertschöpfungsketten, die veränderte Struktur der internationalen Produktion und des internationalen Handels haben dabei eine zentrale Rolle gespielt. Für die rasche Ausbreitung einer Finanzmarktkrise, die zunächst nur in einem Segment des US-amerikanischen Hypothekenmarkts losbrach, über die gesamte Weltwirtschaft haben sie eine Schlüsselrolle gespielt. Als Transmissionsriemen, als Beschleuniger, als Durchlaufherd. Das verweist auf eine weitere Besonderheit: Obwohl die führenden Konzerne ihren Alliierten in den GVCs nichts befehlen können, sondern verhandeln müssen, haben sie neben der Standardisierung sehr wirksame Hebel in der Hand, um das Ganze zu steuern, also auch um das Produktionsvolumen zurück zu fahren. Im Intra-Konzern-Handel ebenso wie im formellen Inter-Firm-Handel zwischen selbständigen Unternehmen innerhalb einer GVC spielt Kredit, der vom führenden Konzern, mitunter auch von den Alliierten in einer Kette untereinander gegeben wird, eine Hauptrolle (ebenso wie bei der Finanzierung von Investitionen in das Netzwerk bzw. die daran partizipierenden Unternehmen). Mit einem Wort, die transnationalen Konzerne, die GVCs betreiben, sind zu einer der wesentlichen und dominanten Formen des „Finanzkapitals“ geworden, da sie andere Unternehmen, die zu ihrer Gruppe gehören, per Kredit finanzieren.<sup>10</sup> Für die globalen Wertschöpfungsketten spielt der Han-

<sup>9</sup> Vgl. World Trade Organization, International Trade Statistics 2010, Washington DC 2011; World Bank, Global Economic Prospects, Washington, DC, 2010.

<sup>10</sup> Diese Formen und der sie fassende Begriff sind vom klassischen Begriff des „Finanzkapitals“, wie ihn Rudolf Hilferding 1910 prägte, wohl zu unterscheiden. Hilferding setzte noch säuberlich geschiedene Kategorien und Kapitalsorten, hier Banken, dort Industrieunternehmen, voraus. Mit der „Finanzialisierung“ schwindet der klassische Unterschied zwischen „Banken“ und „Nicht-Banken“ dahin.

<sup>8</sup> Vgl. Unctad, GVCs and Development: Investment and Value added Trade in the Global Economy, World Investment Report, Geneva 2013.

delskredit eine Hauptrolle, und der Löwenanteil des internationalen Handelskredits, der einst von darauf spezialisierten Banken kam, wird heute von den Multis selbst innerhalb ihrer Allianzen und GVCs gewährt. Das gibt ihnen zugleich die Handhabe, das Verhalten ihrer Alliierten (Zulieferer, Zwischenhändler usw.) direkt zu beeinflussen.<sup>11</sup>

Frühere Finanzkrisen, wie die Asienkrise, hatten ähnliche Auswirkungen. Auch damals wurde die Krise als Chance zum Rück-, Um- und Neubau der GVCs von den Multis beim Schopf ergriffen. Die flexible und offene Grundstruktur erlaubt es, solche Wertschöpfungsketten fast ebenso rasch ab- wie wieder aufzubauen. So geschah es auch diesmal.<sup>12</sup>

## Der Stand der Dinge

Wie die UNCTAD mit ihrem diesjährigen World Investment Report mit Hilfe einer erst kürzlich aufgebauten Datenbank der UN (allerdings mit Daten aus dem Krisenjahr 2010) gezeigt hat, ist einiges in Bewegung in den GVCs. Immer mehr Unternehmen, Produzenten aller Stufen, aus den Schwellen- und Entwicklungsländern sind daran beteiligt, ihr Anteil an der Wertschöpfung der Multis wächst. Es gibt eine Verlagerung von Nord nach Süd, von den entwickelten Industrie- und Welthandelsländern zu den Schwellen- und Entwicklungsländern, auch wenn der Schwerpunkt nach wie vor im globalen Norden, vor allem in der EU liegt. Was ihnen die amerikanischen, europäischen und japanischen Multis vorgemacht haben, das haben die neuen Multis aus den Schwellenländern in kürzester Zeit gelernt zu praktizieren. Chinesische, brasilianische, indische Weltkonzerne bauen ihrerseits mit massivem Einsatz GVCs auf. Vorläufig haben sie noch ihren Schwerpunkt in der vormaligen

„Dritten Welt“, aber längst schon reichen sie nach Europa und Nordamerika. Für die Entwicklungsländer hängt viel davon ab, ob sich ihre Unternehmen (darunter viele SMEs – mittlere und kleine Unternehmen wie in Europa auch) in die Netzwerke der von Multis aus dem Norden (oder aus den Schwellenländern) betriebenen GVCs einfügen können. Wenn bzw. soweit es ihnen gelingt, in GVCs als Partner aufgenommen zu werden, gar aufzusteigen in der Wertschöpfungskette, ist für die Weltmarktintegration ihrer Heimatländer schon etwas gewonnen.<sup>13</sup>

Bisher hat die Große Krise langfristige Trends in der Weltökonomie eher verstärkt und beschleunigt, statt gebrochen. Die GVC-Struktur der dominanten Multi- und Transnationalen Konzerne ist nach einem Einbruch konsolidiert und gestärkt worden, neue Gruppen sind entstanden. Der globale Süden wird immer wichtiger, der Süd-Süd Handel nimmt zu, und die Märkte in den Schwellen- und Entwicklungsländern sind für die Produzenten im Norden wie im Süden attraktiver geworden. Im Jahre 2000 war der Anteil des Süd-Süd Handels am globalen Handel mit „intermediären Gütern“ etwa 25 Prozent, heute ist er auf deutlich über 50 Prozent angewachsen.<sup>14</sup> Mehr und mehr spielt die Musik der GVCs im Süden. ■

---

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

11 Für einen vollständig (vertical) integrierten Konzern sieht das anders aus.  
12 Vgl. Carlo Atomonte et al., Global Value Chains During the Great Trade Collapse: A Bullwhip Effect?, Centre for Economic Performance, CEP Discussion Paper No 1131, London 2012.

13 Vgl. Margorzata Galar, Competing within global value chains, ECFIN Economic Brief, Issue 17, December 2012.

14 William Milberg, Deborah Winkler, Trade Crisis and Recovery: Restructuring Global Value Chains, World Bank Policy Research Working Paper No 5294, World Bank, Washington DC, 2010; Timothy Sturgeon, Olga Memdovic, a.a.O., S. 25.

## Das Foxconn Modell im Umbruch?

Die Restrukturierung der IT-Industrie in China und ihre Folgen für die Beschäftigten

von Florian Butollo und Boy Lühje

Foto: www.fotolia.com, © mekcar



Seit dem Sommer 2010 ist der Ursprung von iPhones und iPads kein Geheimnis mehr. Eine Serie von Selbstmorden von ArbeiterInnen bei Foxconn in China sorgte weltweit für Schlagzeilen und machte diesen bislang *incognito* operierenden Schlüssellieferanten über Nacht bekannt. Durch den Foxconn-Skandal wurde greifbar, dass die Arbeit von Millionen von ProduktionsarbeiterInnen in Ländern mit niedrigen Lohnkosten die Grundlage der virtuellen Welt bildet.

Die Ereignisse bei Foxconn reflektieren die Grenzen und die sozialen Kosten des dominanten Produktionsmodells in der IT-Branche, das von scharfem Konkurrenzdruck, hohen Flexibilitätsanforderungen und einer Abwälzung der Risiken industrieller Fertigung auf Kontraktfertiger geprägt ist. Seit der Krise 2008/09 ist dieses vor noch nicht zwanzig Jahren in den USA entstandene Produktionsmodell von erneuten Umbrüchen gekennzeichnet, was sich im Aufstieg neuer Marken, Branchensegmente

und Standorte ausdrückt. Im Folgenden werden diese Veränderungen nachgezeichnet und diskutiert, in wie weit daraus Spielraum für Veränderungen der Arbeitsbeziehungen und eine soziale Organisation der Beschäftigten in den Produktionsbetrieben entstehen könnten. Dieser Artikel stützt sich dabei auf empirische Untersuchungen der Produktionsnetzwerke und der Arbeitsverhältnisse im Perflußdelta, der bedeutendsten Standortregion der Kontraktfertigung in China.<sup>1</sup>

### 1. High-Tech und Niedriglohn – das System der netzwerkasierten Massenproduktion

Foxconn ist heute das wohl weltgrößte Industrieunternehmen mit einer Beschäftigungszahl von über 1,3 Millionen in 2012. Der spektakuläre Aufstieg dieses 1974 in Taiwan

<sup>1</sup> Dieser Artikel basiert auf den Ergebnissen eines Forschungsprojektes, das von Ende April bis Juli 2013 an der Sun Yat-sen Universität in Guangzhou durchgeführt und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Beijing gefördert wurde.

gegründeten Unternehmens ist Ausdruck von Umbrüchen in der globalen Elektronikindustrie seit den 1980er Jahren. Produktionskapazitäten der Markenunternehmen wurden großflächig ausgegliedert und an spezialisierte Firmen vergeben, deren Großbetriebe in Niedriglohnregionen aufgebaut wurden. Insbesondere seit der branchenweiten Krise in den Jahren nach 2001 ist China als der weltweit wichtigste Standort hervorgetreten.<sup>2</sup>

Die Symbiose von Apple und Foxconn ist paradigmatisch für dieses Produktionssystem, dessen Hintergrund die am *shareholder value* orientierte Zergliederung der Produktion auf Seiten der IT-Markenfirmen ist. Apple hat längst jegliche Eigenfertigung aufgegeben und beschränkt sich auf die Kontrolle der immer kürzeren Innovationszyklen, was dem Unternehmen besonders hohe Margen beschert. Foxconn, dessen Aufträge Schätzungen zufolge heute zu etwa 40 Prozent auf die Nachfrage durch Apple zurückgehen (Pun/Chan 2012),<sup>3</sup> ist Spezialist für die flexible Fertigung, einer breiten Palette von IT-Produkten für verschiedene Auftraggeber. Im Gegensatz zu den Markenfirmen an der Spitze der Technologie- und Produktionsketten zielen die Kontraktfertiger auf eine möglichst umfassende Konzentration verschiedener Fertigungsstufen (vertikale Integration), ganz ähnlich den traditionellen industriellen Großkonzernen der fordistischen Epoche. „Foxconn-City“, der zentrale Industriepark des weltgrößten Kontraktfertigers in Shenzhen, Südchina, umfasst neben etwa 15 Werkshallen für führende Markenhersteller Grossbetriebe für Metallbearbeitung, Kunststoffspritzguss und Kabelfertigung. Foxconn bietet seinen Kunden damit das Komplettpaket der Fertigung, inklusive *supply chain management*, Logistik und (in manchen Fällen) Beiträge bei der Produktentwicklung.

Bei der Beziehung zwischen Auftraggebern und Kontraktfertigern handelt es sich um ein hierarchisches Verhältnis, bei dem aber die ungleichen Partner stark aufeinander angewiesen sind. Aufgrund der Kontrolle von Technologie- und Produktionsnormen schöpfen die oftmals vollständig ohne Eigenfertigung operierenden Markenunternehmen hohe Renditen ab, während die Gewinnmargen in der Kontraktfertigung flach sind. Hoher Konkurrenzdruck, der Wettlauf zwischen unterschiedlichen Produktionsnormen, rasante Umbrüche und sektorale Krisen prägen daher seit Jahren das Bild ihrer Entwicklung. Zudem fungierten die Kontraktfertiger immer wieder als Krisenpuffer für die Markenunternehmen, die in Krisenzeiten ihre Aufträge und die Zahl ihrer Zulieferer abbauen. Das US-Unternehmen Flextronics reduzierte beispielsweise während der Krise 2009 die Belegschaft im südchinesischen Industriepark von 50.000 auf 30.000 Beschäftigte. Mittlerweile wurde die Belegschaft wieder auf etwa 60.000 Beschäftigte ausgeweitet.

Die Anforderung, hochkomplexe IT-Produkte möglichst schnell und kostengünstig zu liefern, wirkt sich auf die Beschäftigungsverhältnisse aus. Das Arbeitsumfeld in solchen Betrieben ist modern, das technologische und organisatorische Niveau gleicht dem in entwickelten Industrieländern. In einigen Bereichen entsteht auch industrielle Facharbeit. Vorherrschend ist jedoch eine massiv tayloristisch ausgerichtete Arbeitsorganisation. Fließbandproduktion mit starker Segmentierung der Arbeitsvollzüge prägt das Bild – insbesondere in Bereichen der Handbestückung und -montage wie z.B. bei Handyschalen oder der Endfertigung von PCs, Computerdruckern oder Spielekonsolen. In China machen sich die Kontraktfertiger die Segmentierung des von massiver Binnenmigration geprägten Arbeitsmarktes zu Nutze. Sie stellen in der Fertigung fast ausschließlich ArbeitsmigrantInnen an, die faktisch einen Gastarbeiterstatus haben. Niedrige Löhne, exzessive Überstunden und

<sup>2</sup> Hürtgen, Stefanie, Boy Lütjhe, Wilhelm Schumm und Martina Sproll (2009): Von Silicon Valley nach Shenzhen. Global Produktion und Arbeit in der IT-Industrie, Hamburg: VSA.

<sup>3</sup> So eine jüngere Schätzung in: Pun Ngai und Jenny Chan (2013): The politics of global production: Apple, Foxconn, and China's new working class, in: New Technology, Work and Employment, Jg. 28, nr.2, S. 100-115.

eine strikte, personalisierte Kontrolle durch VorarbeiterInnen und AufseherInnen prägen die Arbeitssituation. Interessensvertretungen der Beschäftigten existieren entweder nicht oder werden vom Management kontrolliert. Die Position der Beschäftigten ist auch deswegen schwach, da die Arbeitsgesetze in Regionen mit überwiegend auslandschinesischem Kapital nach wie vor nur lückenhaft überwacht werden.<sup>4</sup>

## 2. „Made in China by Taiwan“ vs. Modell Samsung?

Die Krise 2008/09 offenbarte in drastischer Weise die Risiken des Produktionsmodells der Kontraktfertigung. Die Absatzrückgänge und die schwächelnde Konsumnachfrage aus den Industriestaaten heizten den Konkurrenzdruck unter den Herstellern weiter an und setzten die Firmen einem starken Veränderungsdruck aus. Das Resultat ist ein Verdrängungswettbewerb, der die Struktur der gesamten IT-Branche nachhaltig verändert hat. Die PC-Industrie, das Leitsegment der vergangenen Jahrzehnte, befindet sich im Niedergang, während neue Produktgruppen wie Smartphones und Tablet-PCs starke Absatzzahlen verzeichnen. Traditionell wichtige Hersteller wie Dell, Hewlett-Packard oder Nokia mussten in der Krise Federn lassen. Zugleich kam es zum rasanten Aufstieg neuer chinesische Hersteller wie Huawei oder ZTE, die das Produktionsmodell aus dem Silicon Valley imitieren und, gestützt auf ihre starke Stellung in China, starke Anteile auf dem Weltmarkt erobern. Auch die chinesischen Newcomer verfügen meist über keine oder geringfügige Eigenkapazitäten in der Fertigung.

Während damit die Kontraktfertigung seit der Krise 2008/09 weiter an Umfang und Bedeutung gewonnen hat, sind die stärksten Konkurrenten von Apple und anderen US-Leitfirmen solche Unternehmen, die eine starke Eigenfertigung und ein breites Spektrum

der Forschung und Entwicklung aufrecht erhalten haben. Die Rede ist hier vor allem von den großen vertikal integrierten Herstellern aus Südkorea, Samsung und LG, die heute bei Smartphones und einem breiten Spektrum von IT-Erzeugnissen eine Spitzenstellung auf dem Weltmarkt erreicht haben. Diese Konzerne, die ebenfalls hauptsächlich in China produzieren, verknüpfen integrierte Entwicklung, Produktion und Zulieferung mit niedrigen Löhnen und Produktionskosten. Von Vorteil ist dies gerade in Märkten, in denen ständig ein breites, ständig wechselndes Spektrum unterschiedlicher Produkte verschiedenster Preislagen angeboten werden muss, wie z.B. bei Smartphones.

Das Modell der Kontraktfertigung kommt dadurch gleich von zwei Seiten unter Druck. Zum einen üben die Markenfirmen angesichts des anhaltenden Verdrängungswettbewerbs fortgesetzten Preisdruck auf die Kontraktlieferanten aus, zum anderen müssen diese in puncto Effizienz, Qualität und Zuverlässigkeit mit den marktführenden Konzernen aus Korea mithalten. Unter diesen Vorzeichen sind in den letzten Jahren eine Reihe großer Kontraktfertiger aus den USA und Europa zusammengebrochen, so z.B. Solectron, der einstige Pionier der Branche aus Kalifornien oder Elcoteq. Die verbleibenden Firmen aus Nordamerika wurden von ihren taiwanesischen Konkurrenten überflügelt. Hinzu kommen neue Konkurrenten, u.a. chinesische Firmen, die für lokale Markenunternehmen produzieren.

## 3. Umbau der Kontraktfertigung in China

Für die verbleibenden, hauptsächlich taiwanesischen Kontraktfertiger hat sich die Kundenstruktur erweitert und zugleich die Vielfalt der Produkte erhöht. Umso schneller müssen die Unternehmen auf technologische Veränderungen reagieren, um ihre Marktanteile auszubauen. In China hat dies in den letzten Jahren zu zwei wesentlichen Veränderungen geführt:

<sup>4</sup> Hürtgen et al (2009), a.a.O., S.214-232.

**Erstens** investieren die Kontraktfertiger massiv in neue Großstandorte vor allem im Landesinneren Chinas. Insbesondere die Städte Chengdu und Chongqing sind Ziel einer Welle von Investitionen fast aller namhafter Unternehmen der Branche, vor allem der technologisch fortgeschrittenen so genannten „ODM“-Firmen aus Taiwan, die ihren Auftraggebern auch umfangreiche Produktdesignangebote liefern. An den neuen Standorten locken nicht nur niedrige Löhne, sondern auch massive Subventionen der lokalen Regierungen, wodurch die flachen Gewinnmargen im regulären Produktionsbereich aufgestockt werden können. Bei den neuen Fabriken handelt es sich primär um sehr große Betriebe oder Industrieparks, die mit den Stammwerken in den Küstenprovinzen vergleichbar sind. Zugleich aber werden die dort bestehenden Anlagen in nahezu unverändertem Umfang weiterbetrieben. Obwohl beispielsweise Foxconn noch 2011 angekündigt hatte, das Stammwerk in Shenzhen zu einem reinen Entwicklungszentrum umzubauen, kündigte das Unternehmen jüngst an, 90.000 ArbeiterInnen für die auftragsstarke Herbstsaison einstellen zu wollen.

Die **zweite** Tendenz in der Branche ist eine anhaltende Differenzierung der Produktion, um lukrativere Geschäftsfelder zu erschließen. Vor allem will man weg von der großvolumigen Serienproduktion hin zu so genannten „high mix/low volume“ Aufträgen. Manche Kontraktfertiger versuchen es auch mit dem Aufbau eines eigenen Markengeschäftes, wie z.B. das inzwischen als Hersteller von Notebooks gut bekannte Unternehmen Asustek. Oft wirken Kontraktfertiger dabei jedoch als Getriebene dieser Entwicklung: sie müssen den Konjunkturen der Branche folgen und gleichzeitig über die jeweiligen Kernfelder ihrer Kompetenz hinausgehen.

Foxconn zeigte sich in den letzten Jahren besonders agil in der Ankündigung strategischer Richtungswechsel: es verortete seine

Zukunft als Maschinenbauer, Autozulieferer, Retailer (in einem gescheiterten joint venture mit der deutschen Metro-Gruppe), Eigenmarkenproduzent (im LED Bereich) und ging zuletzt mit dem kriselnden japanischen Sharp-Konzern ein Joint Venture ein. Keiner dieser Ansätze scheint bisher erfolgreich. Auch die Ankündigung von 2011, die Zahl der Arbeitskräfte durch den Einsatz von einer Million im Unternehmen hergestellten Industrierobotern massiv zu senken, wurde bislang kaum in die Tat umgesetzt.

An Foxconn zeigt sich somit ein Widerspruch der Diversifizierungsstrategien in der Branche: die sukzessive technologische Aufwertung der Produktionsbereiche ist überlebensnotwendig, um auf den Märkten zu bestehen, aber der Sprung über das Geschäft mit großen Volumina und niedrigen Margen hinaus gelingt bislang kaum. Der Aufbau neuer Standorte ist Teil dieser krisengetriebenen Entwicklung. Es geht dabei nicht nur um niedrige Löhne, Ausnahmeregeln bei den Arbeitsgesetzen und staatliche Ansiedlungshilfen. Vielmehr setzt sich damit ein Trend zur Kapitalkonzentration fort, welcher die auf eine andauernde Steigerung der Produktionsmengen ausgerichtete Investitionslogik der Kontraktfertigung auf die Spitze treibt. Doch zugleich ist greifbar, dass die quantitative Ausweitung der vergangenen 15 Jahre an ihre Grenzen stößt, da die Märkte in den Industrieländern stagnieren und auch die Binnenmärkte Chinas und anderer großer Schwellenländer zunehmend erschlossen sind.

#### 4. Keine Reform der Arbeitsregimes

Seit der Selbstmordserie bei Foxconn gibt es innerhalb und außerhalb Chinas eine erhöhte Aufmerksamkeit für Arbeitsrechtsverletzungen in der Branche. Selbst die Unternehmensleitung von Apple, die zunächst eher zynisch auf die Vorwürfe von NGOs reagiert hatte, veranlasste 2012 eine umfangreiche

Untersuchung bei Foxconn, die erhebliche Arbeitsrechtsverletzungen belegte. In der Öffentlichkeit wird seitdem suggeriert, dass sich die Dinge zum Besseren veränderten.<sup>5</sup>

Die Entwicklungen in der Branche seit der Krise 2008/09 lassen allerdings Zweifel an solch optimistischen Prognosen aufkommen. So ist der Versuch von Foxconn, das in Shenzhen praktizierte Arbeitsregime an die neuen Standorte in den Inlandsprovinzen zu exportieren, von massiven Problemen gekennzeichnet. Innerhalb weniger Monate kam es in mindestens drei neuen Standorten, Wuhan, Zhengzhou und Tayuan, zu massiven Protestaktionen der Belegschaften oder schweren Tumulten in den Betrieben, zumeist gegen die autoritäre Kontrolle durch Vorarbeiter. Hinzu kommt eine Reihe von Konflikten anlässlich der Umstrukturierung von Betrieben. Insgesamt kam es seit Anfang 2012 zu zwölf dokumentierten Streiks bei Foxconn.<sup>6</sup> Das schnelle Herunter- oder Hochfahren von Betrieben sorgt für reichlich Konfliktstoff und unterminiert eine stabile Entwicklung der Arbeitsbeziehungen. Die Erhöhung der Produktionsvolumina potenziert dabei die schleichende Krise des Beschäftigungsregimes: immer mehr junge ArbeiterInnen müssen für die neuen Produktionskomplexe rekrutiert werden. Die zunehmende Aufsässigkeit dieser neuen Generation von ArbeitsmigrantInnen wird für Foxconn & Co zum Dauerproblem.

Unsere eigene, auf Arbeiterinterviews basierende Untersuchung bei drei Zweigstellen von namhaften Kontraktfertigern im Perflussdelta legt zudem nahe, dass sich die Grundprinzipien der Arbeitsregimes in diesen Firmen kaum verändert haben. Zwar wurden die Mindestlöhne in der Region deutlich an-

gehoben (auf umgerechnet ca. 130-170 Euro pro Monat), so dass auch die durchschnittlichen monatlichen Gesamtverdienste auf ca. 300 Euro anstiegen. Allerdings bleibt es gängige Unternehmenspraxis, ein Basisgehalt nahe dem Mindestlohn anzubieten, während Überstunden und leistungsabhängige Lohnkomponenten in allen Unternehmen über 40 Prozent des regulären monatlichen Einkommens betragen. Exzessive Überstunden von etwa 60 Stunden bei normaler Auftragslage bleiben die Regel, saisonal sind Arbeitszeiten von über 70 oder gar 80 Stunden pro Woche keine Seltenheit. Eklatant ist die extreme Fluktuation der Beschäftigung. In zwei der untersuchten Unternehmen beträgt die durchschnittliche Beschäftigungsdauer unter den befragten ArbeiterInnen weniger als zwei Jahre. In einem Unternehmen wurden sogar über 40 Prozent der Befragten erst nach dem chinesischen Frühjahrsfestival im Februar 2013 angeheuert. Dementsprechend bleibt die Bildung einer Kernbelegschaft von langfristig beschäftigten und gut ausgebildeten Arbeitskräften die Ausnahme. Die durchschnittliche Einarbeitungszeit beträgt in allen Unternehmen nur fünf bis neun Tage. Weniger als 10 Prozent der Produktionsarbeiter erhalten eine Ausbildung, die einen Monat oder länger dauert.

## 5. Arbeitspolitische Reformen von innen und von unten?

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die seit 2008/09 entstandenen veränderten Konstellationen des chronischen Verdrängungswettbewerbes in der IT-Industrie unter dem Strich zu einer weiteren Expansion der Kontraktfertigung nach China, einer Differenzierung des Produktspektrums und einer Erhöhung des technisch-organisatorischen Niveaus der Branche geführt haben. Die Kontraktfertigung entspricht damit scheinbar jener programmatischen Zielvorstellung von Partei und Regierung in China, die mit dem Begriff des „industriellen upgra-

<sup>5</sup> So der jüngste Bericht der von Apple beauftragten Organisation Fair Labor Association (FLA). Arbeitsrechtsorganisationen stellen allerdings die Glaubwürdigkeit der FLA in Frage, die maßgeblich von den Unternehmen der Branche kontrolliert wird. Die von der FLA attestierten Veränderungen betreffen außerdem bislang nicht die Kernfrage der Arbeitszeiten.

<sup>6</sup> Vgl. die Datenbank auf: <http://www.gongchao.org/en/islaves-struggles/list-of-labor-unrest-at-foxconn>

ding“ beschrieben wird. Ausgenommen von diesem „upgrading“ bleiben allerdings die Arbeitsbedingungen in den Betrieben und die Arbeitsbeziehungen, d.h. die in entwickelten Industrieländern gemeinhin übliche kollektive Interessenvertretung der Beschäftigten.

Umso mehr bleibt die Elektronikkontraktfertigung in der Region eine Herausforderung für die Ansätze zur Stabilisierung der Arbeitsbeziehungen, wie sie vor allem von der Provinzgewerkschaft in Guangdong vorangetrieben wurden. Diese spricht sich u.a. für die Einführung demokratisch gewählter Betriebsgewerkschaften und Tarifverhandlungen aus. Bislang konnten solche Ansätze in der IT-Industrie jedoch kaum Fuß fassen. Angesichts der Häufung von Arbeitskonflikten entsteht hier ein Feld der Auseinandersetzungen, bei dem ernst gemeinte Ansätze zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung die Unterstützung von internationalen Gewerkschaften und NGOs verdienen.

Ansätze betrieblicher Arbeitspolitik müssen jedoch durch Maßnahmen zu einer wirksamen sozial- und industriepolitischen Regulierung des Sektors begleitet werden. So könnte z.B. die Zulassung von neuen Produkten oder Investitionen an die Einhaltung von Arbeitsstandards gekoppelt werden - eine Forderung, die von kritischen Experten im Westen schon länger erhoben wird.<sup>7</sup> Dabei ist grundsätzlich die Einhaltung bestehender arbeitsrechtlicher Vorschriften in Ländern wie China einzufordern. Nicht nur Foxconn, sondern fast alle in China tätigen IT-Hersteller und -Kontraktfertiger verletzen z.B. die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der maximalen Arbeitszeiten. Eine französische NGO hat aus diesem Grund kürzlich vor einem Gericht in Paris eine Klage gegen Samsung eingereicht, zu der auch Zeugen aus China gehört werden. Die US-Stahlarbeitergewerk-

schaft United Steelworkers hat ähnliche Forderungen in den letzten Jahren zur Gesetzgebung im US-Kongress vorgeschlagen.

Solche Ansätze reichen sicherlich nicht aus, um die sozialen und politischen Machtverhältnisse in den und um die Großbetriebe der Kontraktfertigung in China wirksam zu verändern. Sie weisen aber darauf hin, dass Kontrolle der Arbeitsstandards nicht nur auf Kampagnen gegen einzelne Unternehmen abzielen darf. Gefordert sind vielmehr bindende rechtliche, politische und kollektivvertragliche Regeln. Die Vorschläge der Provinzgewerkschaft Guangdong sind in diesem Sinne sicher wegweisend in China, vor allem hinsichtlich des Aufbaus demokratisch legitimer Interessenvertretungen der ArbeiterInnen im Betrieb. Die Konkurrenzsituation zwischen den Giganten der Elektronikfertigung und die sich verbreiternde Konkurrenz zwischen verschiedenen Standortregionen im Land schaffen dabei Ansatzpunkte einer übergreifenden Wahrnehmung und Diskussion des Problems auf nationaler Ebene. Eine verstärkte nationale und internationale Regulierung der Branchenkonkurrenz wäre zumindest ein Gegengewicht zur faktischen Zusammenarbeit von globalen Markenfirmen und Kontraktfertigern mit lokalen Regierungen beim Unterlaufen bestehender Gesetze. ■

☞ Florian Butollo promoviert zum Thema „Harmonische Gesellschaft in der Krise. Staatliche Krisenpolitik und die Veränderung der Arbeitsbeziehungen in der südchinesischen Guangdong Provinz“ am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

☞ PD Dr. Boy Lüthje ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und Gastprofessor an der SunYat-Sen Universität in Guangzhou, China.

7 Vgl. Smith, Ted, David A. Sonnenfeld und David N. Pellow (2006): *Challenging the chip: labor rights and environmental justice in the global electronics industry*, Philadelphia: Temple University Press.

## Aus der Vorhölle der globalen Wertschöpfung

Ein Reisebericht durch Bangladesch, ein paar Wochen nach dem Kollaps des Rana Plaza

von Thomas Seibert

Foto: © Gordon Welters/medico international



Jahrelang kam es in Südasien Textilfabriken zu Unfällen mit drei, fünf oder fünfzehn Toten, ohne dass die Käufer\_innen der Jeans oder T-Shirts davon erführen. Heute wissen wir, wie teuer andere bezahlen, was wir billig erwerben. Wir wissen das in der Folge dreier großer Tragödien. Den Anfang machte Pakistans „Industrial 9/11“, September 2012, als in der 20-Millionen-Metropole Karatschi 300 Menschen bei lebendigem Leib verbrannten. Die Weltmarktfabrik Ali Textiles arbeitete ausschließlich auf Rechnung des deutschen Discounters Kik. Am 24. November 2012 verbrannten in Ashulia/Bangladesch wiederum über 100 Arbeiter\_innen von Tazreen Fashions, einem Unternehmen im Dienst von C&A, Dickies, Disney, Edinburgh Woollen Mills, El Corte Ingles, Enyce, Karl Rieker, wieder Kik sowie Li & Fung, Sears/Kmart, Teddy Smith und Walmart. Am 24. April diesen Jahres folgte dann der Zusammenbruch des neunstöckigen Fabrikkomplexes Rana Plaza in Savar, der Zwillingsstadt von Ashulia. Zugunsten der Geschäftsbilanzen von Be-

netton, Bon Marche, Camaieu, Cato Fashions, Children's Place, Cropp, wieder El Corte Ingles, Joe Fresh, wieder Kik, Mango, Manifattura Corona, Matalan, Premier Clothing, Primark, Texman und wieder Walmart starben jetzt über 1100 Arbeiter\_innen, mehr als 2500 wurden verletzt. Schnelle Antworten sind da nicht zu haben, aber erste Aufklärung kann geleistet werden: Einblicke in das Leben der Näher\_innen, in ihr Elend und in ihre Versuche, sich zu wehren. Vor dem Hintergrund dessen, dass jede\_r von uns pro Jahr durchschnittlich 40 bis 70 Kleidungsstücke kauft.

Gleich am frühen Morgen nach unserer Ankunft in Bangladesch machen der Fotograf Gordon Welters und ich uns auf den Weg nach Savar und Ashulia, 40 Kilometer nordwestlich der 14-Millionen-Metropole Dhaka. In der Zwillingsstadt gibt es nichts außer den meist mehrstöckigen Textilfabriken, den ärmlichen Wohnvierteln der Arbeiter\_innen und den Straßenmärkten, auf denen sie sich mit Lebensmitteln und billigen Plastikwaren ver-

sorgen. An der Hauptstraße Savars stand noch vor sieben Wochen das Fabrikhochhaus Rana Plaza mit Shoppingmall und Bank im Erdgeschoss. Am 23. April 2013 wurden am ganzen Gebäude tiefe Risse entdeckt, die Behörden ordneten die Evakuierung an, die Angestellten der Bank brachten umgehend Mobiliar, Computer und Geldreserven in Sicherheit. Die Chefs der Textilfabriken aber zwangen ihre Angestellten zur Arbeit, drohten mit Entzug des Lohnes.

Am nächsten Morgen unterbrach ein Stromausfall den Betrieb, sofort sprang auf jedem der Stockwerke ein wuchtiger, dieselgetriebener Notstromgenerator an. Das Gebäude hielt der Vibration nicht stand, Sekunden später lagen die neun Stockwerke eins auf dem anderen, „wie ein Sandwich“, sagt uns ein Augenzeuge.

Fast einen Monat lang gruben freiwillige Helfer, dann Rettungsmannschaften schmale Stollen in den Schuttberg, schleppten Verletzte und Leichen aus den Trümmern. Die letzte Überlebende wurde am 17. Tag nach dem Kollaps befreit, etwa 300 Menschen gelten noch immer als vermisst.

## Geraubte Zukunft

Unsere erste Station ist das Nationale Orthopädische Hospital in Dhaka. Hier werden jetzt noch siebzehn Patientinnen und Patienten betreut. Den meisten wurden ein oder zwei Gliedmaßen, Arme, Beine, Hände oder Füße amputiert, manchen noch während der Bergung, ohne Betäubung, mit Metallsägen oder Fleischermessern, weil man sie anders nicht befreien konnte. Die Ärzt\_innen mussten die Notoperationen chirurgisch korrigieren, oft lebensrettende Wundbrandbehandlungen vornehmen.

Die Luft ist stickig und vom Lärm der Ventilatoren, von vereinzelt Weinen oder Gemurmel, vom Klingeln der Handys erfüllt. Die

meisten sind gerade mal zwanzig Jahre alt, junge Frauen und Männer, die zutiefst verstört noch immer nicht verstehen, was ihnen widerfuhr. Viele von ihnen sind erst vor wenigen Jahren, manche erst vor wenigen Wochen nach „Greater Dhaka Area“ gekommen, weil es im ländlichen Bangladesch für sie wie für Millionen andere keine Zukunftsperspektive mehr gab. Die Plackerei bei Rana Plaza, das wussten sie schon nach ein paar Tagen, war zwar noch härter als die elende Fronarbeit auf dem Land. Doch gibt es in Savar und Ashulia wie in den Industriegebieten der Hauptstadt Schulen, auf die sie ihre Kinder schicken wollten: das, so hofften sie, wäre der Gewinn ihres Gangs in die Stadt. Jetzt wird kaum jemand von ihnen wieder arbeiten, einen Partner oder eine Partnerin finden, Kinder haben können.

Das eng umschlungene Paar im ersten Bett ist ein Geschwisterpaar. Shirina, 20, wurden beide Beine zerschmettert, infolge des Blutverlusts versagten ihre Nieren, sie wird immer schwerer krank bleiben. Imamul, 26, tröstet die Schwester auch wegen ihres Ehemannes, der sie bereits wenige Tage nach der Rettung verlassen hat.

Rechts neben Shirina liegt Rabia, sie ist etwas älter, wurde drei Stunden nach dem Unglück geborgen. Die Mutter von zwei Jungen und zwei Mädchen erlitt mehrfache Brüche an beiden Beinen, sechs gebrochene Rippen verursachen bei jedem Atemzug starke Schmerzen. Ihr zur Seite sitzt ihr Mann Mamun, ein Drucker. Die Familie lebt in Savar, ihr größtes Glück ist die älteste Tochter, die sich gerade zum Studium eingeschrieben hat.

Beiden gegenüber das Bett von Rebecca, 23, auch sie von ihrem Bruder betreut, dem Straßenhändler Emdi. Sie wurde zwei Tage nach dem Zusammenbruch befreit, die Retter mussten ihr das rechte Bein und den linken Fuß amputieren. Auch die Mutter der beiden Geschwister war Arbeiterin im Rana Plaza, sie kam ums Leben.

Schließlich bleiben wir noch am Bett Roginas stehen, heute wie jeden Tag harrt ihr Mann Paramja neben ihr aus. Der 23jährigen Arbeiterin wurden beide Beine zerschmettert, sie erlitt eine Fraktur des Schlüsselbeins. Zwei Tage war sie verschüttet, die Wunden an den Beinen haben sich entzündet, der Wundbrand ist noch immer nicht verheilt.

Wir verabschieden uns, versprechen, ihre Geschichten bei uns bekannt zu machen und setzen unsere Fahrt fort. In Savar angekommen, besuchen wir zunächst ein zweites Krankenhaus, das Enam Medical and College Hospital. Das Gebäude liegt unweit des Rana Plaza, hier wurde die Mehrzahl der Überlebenden versorgt, 1746 Arbeiter\_innen. 1000 konnten bald wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden, am Tag unseres Besuchs werden noch 14 Patientinnen und Patienten betreut. In den ersten Tagen und Nächten leisteten Ärzte, Pflegepersonal und Studierende ununterbrochen Dienst. Bald fehlende Medikamente und Verbandmaterial lieferten umliegende Apotheken, ungezählte Menschen brachten Lebensmittel oder Kleidung und spendeten dringend benötigtes Blut.

Wir treffen Shahinur, 21, ihr wurde ein Bein amputiert, sie wird gerade von ihrer ganzen Familie besucht. Das Bett daneben gehört Pakhi, 30, Mutter zweier Kinder. Bei der Bergung am zweiten Tag wurden ihr mit einer Eisensäge beide Beine amputiert. Der halbe Raum sieht zu, als die Mutter die Tochter im Bett dreht, den Kopf an die linke Bettkante zieht und eine Plastikmatte unterlegt, um ihr das Haar zu waschen. Pakhi, die sich zuvor vor Schmerzen wandte, bleibt nichts zu tun, als sich der Hilfe der Mutter zu ergeben: jetzt und für den Rest ihres Lebens.

## Am Rana Plaza

Nach kurzer Weiterfahrt sind wir am Ziel. Von dem Fabrikhochhaus mit Shoppingmall blieb nur noch eine Grube, die sich langsam

mit Wasser und Abfällen füllt. Auf ihrem Grund liegen drei Autos, die am Tag des Zusammenbruchs in der Tiefgarage standen, platt gedrückt, als ob sie in eine Schrottpresse geraten wären. Die Außenwände der Nachbargebäude wurden von innen aufgebrochen, von hier gruben sich die ersten Retter in den Schuttberg. „Die Leute schrieten um ihr Leben, schrieten vor Schmerzen und vor Angst, flehten uns an, sie rauszuholen“, sagt ein Augenzeuge. „Ununterbrochen klingelten Handys, wer sein Gerät bedienen konnte, rief Verwandte und Freunde an, die riefen zurück, das ging so weiter, bis die Akkus leer waren.“ Der Mann bricht ab, lässt uns stehen, verliert sich im Gewühl. An den Stacheldraht, mit dem die Grube zur Straße hin abgesperrt wird, haben Gewerkschaften schwarze und rote Transparente mit Losungen der Trauer und der Wut geknüpft. Davor verharren noch immer Passant\_innen, sehen bedrückt in die Grube. Andere haben auf längst zerknitterten DIN-A-4-Blättern Bilder vermisster Verwandter aufgeklebt, bitten, ihnen bei der Suche nach Vater, Schwester oder Tochter zu helfen.

Wir treffen Aktivist\_innen einer Menschenrechtsorganisation, die sich den bündigen Namen Forschungsinstitut für soziale Gerechtigkeit gegeben hat: das englische Kürzel RISE ist mit „Erhebung“, „Aufbruch“, auch mit „Auferstehung“ zu übersetzen. Sie haben für uns ein Treffen mit dreißig Rana Plaza-Überlebenden arrangiert. Auch von ihnen wurden viele verletzt, einige verloren oder vermissen engste Verwandte. Nilufar, 30, wurde erst am dritten Tag aus den Trümmern befreit, hat keine Erinnerungen an die Zeit, in der sie verschüttet war. Mumtaz, 35, hat sich am 24. April wie viele andere trotz schwerer Beklemmung an ihren Arbeitsplatz zwingen lassen, stand mehrmals unschlüssig auf, wurde genötigt, wieder Platz zu nehmen, traute sich nicht, zu gehen. Sie erlitt Verletzungen im Nacken und am Rücken, leidet ständig unter schweren Schmerzen. Shapna, 18, wurde erst am vierten Tag gerettet. Während dieser Zeit lag sie mit mehreren

anderen unter dem Schutt, blut-, kot- und urinverschmiert Leib an Leib. Eine nach der anderen starb, eine einzige Kollegin wurde mit ihr geborgen. Shurima, 30, wurde der linke Fuß amputiert, ihr Mann ist herzkrank und arbeitslos, sie muss sich nicht nur um ihn, sondern auch um seine Mutter kümmern. Kairul, 24, wurde unter einer Wand begraben, zeigt uns Narben an Rücken und Armen. Er kann sich jetzt nur sehr langsam und nur unter Schmerzen bewegen.

Alle sind ohne Anstellung, einige wollen nie mehr in einer Fabrik arbeiten, eine Frau wird von Panikattacken gequält, sobald sie ein größeres Gebäude betritt. Wer eine oder einen Toten als nahen Verwandten identifizieren konnte, bekam einen staatlichen Scheck von 20.000 Thaka, umgerechnet 200 Euro. Zwei hier im Raum erhielten zusätzlich einen Scheck der Ministerpräsidentin Sheikh Hasina über 100.000 Thaka. Niemand weiß, ob es weitere Zahlungen, ob es weitere Entschädigung geben wird. Niemand im Raum spricht aus, was auf der Hand liegen sollte: dass die Menschen hier nicht einfach Hilfe brauchen, sondern dass sie ein Recht auf Entschädigung haben, ein Recht wenigstens auf den finanziellen Ausgleich dessen, was in ihrem Leben nie wieder gutzumachen ist.

### Von Rana Plaza nach Tazreen Fashion

Gerade deshalb nimmt dieses Elend, dieses ungeheuerliche Unrecht auch uns in die nicht zu erfüllende Pflicht. Denn die Auftraggeber von Rana Plaza – wie die von Tazreen Fashions, Ali Enterprises und ungezählten anderen Weltmarktfabriken – betreiben ihre Läden in den Fußgängerzonen deutscher Städte. Einige haben jetzt ein Abkommen zur Arbeits- und Gebäudesicherheit unterzeichnet, ihr erstes Zugeständnis überhaupt. Eine freiwillige Verpflichtung ohne Gesetzeskraft, immerhin unter Einbindung von Gewerkschaften. Es gilt für Bangladesch, aber nicht für Pakistan, enthält kein Wort über die Missachtung der Arbei-

ter\_innenrechte, Löhne unter dem Existenzminimum, tägliche Überstunden, über fehlende Gesundheits- oder Altersversorgung, die gewaltsame Unterbindung gewerkschaftlicher Betätigung. Kein Wort zu der erbarmungslosen Konkurrenz, die den Produzenten in Asien von den Einkäufern aus Europa oder den USA aufgezwungen wird: eine Konkurrenz, die in den Chefs von Rana Plaza die Verbrecher fand, ohne die sie nicht funktionieren würde.

Wir sind mit unseren Fragen gerade am Ende, als unser Handy klingelt. Safia Pervin, Sekretärin der Textilgewerkschaft National Garment Workers Federation (NGWF), teilt uns mit, dass Kolleg\_innen von ihr uns jetzt in Ashulia erwarten, an der Ruine von Tazreen Fashion. Der ebenfalls neunstöckige Betonriegel brannte am 24. November 2012 aus, 117 Menschen starben, 300 glaubten, sich nur durch den Sprung ins Brackwasser einer benachbarten Baugrube retten zu können. Einige kostete gerade dieser Sprung das Leben.

Wir fahren sofort los, sind eine halbe Stunde später drüben. Das Fabriktor ist mit schweren Ketten verschlossen, es riecht nach Abfall – und noch immer nach Brand. Die NGWF-Kolleg\_innen führen uns an die Rückseite des Gebäudes, wo wir in schwarzumrandete Fensterhöhlen starren, deren Vergitterung sich durch die Brandhitze verbogen hat. „Für einen Moment“, sagt ein Gewerkschafter, „sah man im dritten Stock winkende Hände, dann nur noch Flammen und Rauch.“

Ein paar Schritte weiter und wir stehen an der mit Brackwasser gefüllten Baugrube. Man erzählt uns von den Stunden nach dem Löschen des Brandes, als man begann, vor der Fabrik die Plastiksäcke mit den geborgenen Leichen aufzubahren. „Wir hielten uns Tücher vors Gesicht“, sagt uns ein junger Mann, der seine Frau unter den Toten wieder fand. „Es waren die Menschen, die wir liebten. Doch der Gestank des verbrannten Fleisches war nicht zu ertragen.“

Die Gewerkschafter führen uns um das Gebäude herum zum Ortsbüro der NGWF. Drinnen warten 20 jungen Frauen und Männer, ehemalige Beschäftigte von Tazreen Fashion. Noch während wir uns vorstellen, fällt der Strom aus, wir sitzen im Dunkeln, zwei Taschenlampen machen wenigstens die Person sichtbar, die gerade das Wort ergriffen hat.

Die Leute erzählen von ihren Verletzungen, vom Tod von Freunden und Verwandten, dann vom Alltag vor dem Brand. Zur Kernarbeitszeit von acht bis fünf Uhr kamen fast täglich bis zu sechs Überstunden hinzu. Gearbeitet wurde sechs Tage die Woche, bezahlten Urlaub gab es nicht. Die Überstunden eingerechnet, lag der Lohn mit knapp 50 Dollar trotzdem unter der Armutsgrenze von zwei Dollar täglich. Wie überall stand auch in Tazreen Fashion Nähmaschine an Nähmaschine auf wackligen Einbautischen, der Lärm war ungeheuer, die stickige Luft von Textilfasern gesättigt. Die Fasern waren ein Grund dafür, dass es immer wieder zu Bränden kam: sie setzten sich auch auf den an vielen Stellen blanken Stromkabeln ab, die kreuz und quer durch den Raum führten. Bangladeschs Textilindustrie arbeitet fast ausschließlich auf Rechnung internationaler Unternehmen, als Zulieferer der globalen Einkaufsketten stets von der letzten Order aus den USA oder Europa abhängig. Die aber besagt immer nur eines: billiger werden, flexibler sein.

Die Familien stehen jetzt vor dem Nichts, einigen droht bereits die Kündigung des meist nur einen Raumes, in dem sie zu fünft, sechs oder acht wohnen: Eltern, Kinder, Schwiegereltern. Immerhin gab es vereinzelte freiwillige Zahlungen. Caritas Bangladesh hat im Auftrag von C&A monatlich Unterstützungsgeld gezahlt, jetzt aber wissen lassen, dass es mehr nicht geben wird. Bangladeschs Textilunternehmerverband hat einige Arzt- und Operationskosten übernommen. Auch bei Tazreen Fashion erhielt niemand eine Zusage für weitere Zahlungen - obwohl allein hier im Raum meh-

renen Personen metallene Nägel oder Platten implantiert wurden, die wieder herausoperiert werden müssen.

### **Workers Unity Council, Dhaka, Topkhana Road**

Zurück in Dhaka gehen wir ins Hauptbüro der NGWF an der Topkhana Road. Davor versammeln sich nach und nach 80 Männer und Frauen, die Transparente, rote Fahnen mit dem Frauenzeichen und die grün-rote Flagge Bangladeschs tragen. Der kleine Demonstrationzug setzt sich in Bewegung und endet schon nach wenigen hundert Metern am Verbandslokal der Journalistenvereinigung. Hier warten 20 Reporter und Fotografen, wir verstehen, dass wir einer dramatisch inszenierten Pressekonferenz beiwohnen. Amirul Haque Amin, Präsident der NGWF, spricht vom Recht auf Entschädigung, auf würdige Arbeits- und Lebensbedingungen, auf freie Organisation. „Wenn weiter nichts geschieht, werden wir uns die Straßen von Dhaka, Savar und Ashulia nehmen, und wir werden bleiben.“ Es ist dies keine leere Drohung. Zwei Tage nach dem 24. April zogen Hunderttausende durch die Straßen. Sie konnten erst nach Stunden auseinandergetrieben werden, durch Unmengen von Tränengas und unter brutalem Schlagstockeinsatz. Dhaka erlebt pro Jahr einen oder zwei solcher Ausbrüche, die Fahnenstangen der Gewerkschafter messen nur knapp mehr als einen Meter, das dient der Selbstverteidigung.

Zurück im Büro setzen wir uns mit Amin und den Vorsitzenden von vier anderen Gewerkschaften um den Tisch des Ladenlokals, das den Mitgliedern der NGWF als Anlaufstelle dient. Um mit einer Stimme sprechen zu können, haben die Gewerkschaften das Workers Unity Council gebildet, den „Rat der Arbeitereinheit“. Amin räumt unverblümt ein, dass der Titel eher beschwört, was er zu realisieren vorgibt. Tatsächlich gelingt es den Gewerkschaften nicht, die nur gelegentlich auf-

wallende Empörung von Hunderttausenden in organisierten Widerstand zu überführen. „In den 1950er Jahren hatte Dhaka 500.000 Einwohner\_innen, der Großteil der heute 14 Millionen ist in den vergangenen 60 Jahren zugewandert“, sagt Amin. „Das schnelle Wachstum der Textilindustrie hat diesen irrwitzigen, ungeplanten und auch gar nicht zu planenden Prozess noch einmal beschleunigt: der Textilsektor beschäftigt 3,5 Millionen Menschen, vom Wohl der rund 4000 Fabriken hängen insgesamt 20 Millionen ab. Doch weniger als ein Prozent der Arbeiter\_innen ist gewerkschaftlich organisiert, die NGWF schließt noch keine 40 Betriebsgruppen zusammen. Gelingt es uns, in einem Betrieb als Verhandlungspartner anerkannt zu werden, sind wir per Gesetz gezwungen, der Geschäftsführung die Namen unserer Mitglieder zu nennen. Das gehört zum Kalkül der internationalen Auftraggeber: eine willige Arbeitskraft, schwache Solidarstrukturen, ein Staat, der auch dann kaum eingreifen könnte, wenn er nicht so korrupt wäre.“

Das heißt nicht, dass es keine Perspektiven gibt – im Land selbst wie entlang der globalen Wertschöpfungskette. Das Brandschutzabkommen, wie unzureichend es auch immer ausgefallen ist, geht auf die jahrelange Wühlarbeit der internationalen Kampagne für Saubere Kleidung zurück und wurde von der ebenfalls internationalen Gewerkschaftsallianz IndustriALL ausgehandelt. Auf Einladung der Allianz wird es Mitte August erstmals Verhandlungen zur Frage der Entschädigung geben. Teilnehmen werden daran immerhin einige der Auftraggeber – andere, prominent etwa der US-Gigant Walmart, habe jede Verantwortung zurückgewiesen.

Der auf die starke Linke der 1970er Jahre zurückgehenden Gewerkschaftsbewegung stehen Aktivist\_innen wie die der Menschenrechtsorganisation RISE zur Seite, die aus der jungen Generation der erst in den letzten zwei Jahrzehnten entstandenen Mittelklasse stammen. Ihr politisches „Coming out“ hatte diese

Generation gerade in diesem Jahr, in der nach einem Stadtteil Dhakas benannten „Shahbag“-Bewegung. Wie in Kairo oder Tunis kam auch diese Bewegung auf Initiative einiger Blogger zusammen und brachte quasi über Nacht 500.000 Menschen auf die Straße. Ihr über Tage und Wochen aufrechterhaltener Protest galt in ihren Augen zu milden Urteilen in Prozessen zu Kriegsverbrechen, die im Unabhängigkeitskrieg des Jahres 1971 begangen wurden. Der politische Punkt daran gilt allerdings nicht nur einem historischen Geschehen: die Angeklagten des Tribunals, damals Verbündete der pakistanischen Armee, sind heute Führungspersonen des organisierten Islamismus, der in den letzten Jahren auch in Bangladesch zunehmend an Einfluss gewann.

Obwohl sie einen gemeinsamen Gegner haben, sind Berührungen zwischen der „alten“ Linken und den Demokratieprotesten der Jugend bislang sporadisch geblieben – während der Shahbag-Demonstrationen sammelten die Aktivist\_innen Geld für die Überlebenden von Rana Plaza. Nicht anders als Amin insistiert deshalb auch Tunazzina Sahaly von RISE zuerst auf der eigenen Schwäche: „An der Aushandlung des Brandschutzabkommens haben bangladeschische Menschenrechts-NGOs kaum Anteil nehmen können. Uns bleibt nichts übrig, als neu anzufangen: ganz von unten.“ Ein Grund, warum medico beide Organisationen, die NGWF wie RISE, in ihren Versuchen unterstützen wird, Überlebende von Rana Plaza und Tazreen Fashion zu Aktivist\_innen in eigener Sache auszubilden.

Eine Zusammenfassung der Äußerungen von Medico zur Textiltragödie in Bangladesh und zahlreiche Hintergrundinfos sind zusammengestellt unter <http://www.medico.de/themen/aktion/textil/>. ■

↳ Thomas Seibert, Südasienreferent von medico international, lebt in Frankfurt.

## Unternehmenssteuerung und Flexibilisierung in der Automobilindustrie: Von der geplanten Flexibilität zur Re-Hierarchisierung von Arbeit

von Hajo Holst



Foto: www.photocase.de, © rowan

### 1. Einleitung

Die meisten Autoren, die zur Reorganisation der Arbeit und dem Umbau der Corporate Governance von Großunternehmen forschen, sind sich darin einig, dass zwischen dem Wandel der Unternehmenssteuerung einerseits und der Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung andererseits ein enger Zusammenhang besteht. So plausibel diese These auch ist, nur wenige Studien machen sich die Mühe, die Beziehung zwischen der finanzialisierten Unternehmenssteuerung und der Organisation von Arbeit in Unternehmen und entlang von Wertschöpfungsketten genauer zu beleuchten. Hier setzt der Beitrag an. Am Beispiel des Wertschöpfungssystems ‚Automobil‘ werden die Auswirkungen der Verschiebungen in der Unternehmenssteuerung

von großen, global operierenden Konzernen auf Arbeit und Beschäftigung diskutiert.<sup>1</sup>

Analytischer Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die besondere Temporalität kapitalistischen Wirtschaftens: der radikale Zukunftsbezug unternehmerischer Entscheidungen. Es wird gezeigt, dass der in den 1970er Jahren als Antwort auf die Krise der fordistischen Produktionskonzepte ins Leben gerufene Flexibilisierungstrend mit

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert empirisch auf umfangreichen qualitativen und quantitativen Erhebungen, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Vorhabens „Externe Flexibilität und interne Stabilität im Wertschöpfungssystem ‚Automobil‘“ entstanden. Neben Intensivfallstudien bei drei deutschen Automobilherstellern konnten Untersuchungen in einem argentinischen Automobilcluster durchgeführt werden. Geleitet wird das Vorhaben, das am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena angesiedelt ist, von Klaus Dörre und dem Verfasser. An den Erhebungen waren zudem Madeleine Holzschuh und Ingo Matuschek beteiligt.

einem gewandelten Verhältnis der Unternehmen zur Zukunft einhergeht. Gehörte die Abschottung der internen Abläufe von der Umwelt für die fordistischen, vertikal integrierten und hierarchisch strukturierten Großunternehmen der Nachkriegsjahrzehnte zu den Voraussetzungen effizienter Produktion, wird der Markt – und mit ihm die Zukunft – heute permanent in die Organisation geholt. Durch die Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung versuchen die Unternehmen, die in der Zukunft lauenden Risiken gegenwärtiger Entscheidungen „vorausschauend“ zu adressieren. Allerdings verschiebt sich seit einigen Jahren durch die Einführung einer finanzierten Unternehmenssteuerung und die Ausrichtung der Unternehmensentscheidungen an den Rentabilitätskriterien die Logik der Flexibilisierung: von einer an den Absatzmärkten ausgerichteten geplanten Flexibilität zu einer unternehmenswertorientierten Flexibilisierung, die sich an dem zugeschriebenen künftigen Wertbeitrag der Arbeit orientiert und die mit einer umfangreichen Neubewertung und Re-Hierarchisierung von Arbeit in den Unternehmen und den (transnationalen) Wertschöpfungsketten einhergeht. Durch den Rückgriff auf externe Arbeit in Form von Leiharbeit sowie Werk- und Dienstverträgen werden auch in den Kernbereichen der Unternehmen neue Differenzierungen und Hierarchisierungen eingezogen, die quer zu den tradierten Statuskategorien wie Qualifikation und Seniorität liegen und die für die Interessenvertretungen und die Arbeitsregulierung erhebliche Herausforderungen mit sich bringen.

Entwickelt wird die Argumentation in folgenden Schritten: Zunächst wird das eng mit der besonderen Temporalität kapitalistischen Wirtschaftens verbundene spekulierende Moment unternehmerischer Entscheidungen diskutiert (2). Anschließend wird die Geburt des Flexibilisierungstrends als Antwort vor allem der Großunternehmen auf die Krisen der 1970er Jahre skizziert (3). Die Durchset-

zung einer finanzierten Unternehmenssteuerung seit den 1990er Jahren geht mit einer Verschiebung der Logik der Flexibilisierung einher: von antizipierenden Ansätzen zu risikoabwärenden Praktiken und der Neubewertung von Arbeit (4). Zum Abschluss werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst und auf ihre gesellschaftspolitische Relevanz für die Interessenvertretung befragt (5).

## 2. Der Zukunftsbezug kapitalistischen Wirtschaftens

Unternehmerische, auf Gewinn und Kapitalvermehrung ausgerichtete Entscheidungen stellen immer auch Wetten auf eine heute noch unbekannte Zukunft dar (Vogl 2010). Denn: In der Gegenwart werden Ressourcen, vorzugsweise Geld, eingesetzt, um zu einem späteren Zeitpunkt über ein Mehr an Ressourcen zu verfügen. In ihrem spezifischen Zukunftsbezug unterscheiden sich die unternehmerischen Entscheidungen der Handelsgesellschaften des 17. Jahrhunderts nicht von den Entscheidungen der Automobilhersteller des frühen 21. Jahrhunderts (Fulcher 2009: 7ff.). Ob eine Expedition in eine entlegene Region, der Aufbau neuer Fertigungsanlagen in China oder die Entwicklung neuer Antriebstechnologien den erhofften wirtschaftlichen Erfolg mit sich bringen, wird sich erst in einer künftigen – und damit erst noch hervorzubringenden – Gegenwart zeigen. Die basale Temporalität kapitalistischen Wirtschaftens stellt für die Wirtschaftssubjekte eine besondere Herausforderung dar: Sie sind gezwungen, permanent kalkulierend auf die Zukunft hin zu entscheiden – auf eine Zukunft, die aufgrund ihrer Offenheit jedoch nur spekulierend erschlossen werden kann (Vogl 2010, Keynes 1937: 213f.). Und genau in der Art des Umgangs mit dem spekulierenden Moment, das allen auf Gewinn und Kapitalvermehrung ausgerichteten Entscheidungen innewohnt, hat sich – dies zeigt sich in dem hier diskutierten Wandel in der Logik der Flexibilisierung – die Unternehmenssteu-

erung großer global operierender Automobilkonzerne in den letzten Jahren gewandelt.

### 3. Die Krisen der 1970er Jahre: „Vorausschauende“ Personalplanung und geplante Flexibilität

Die bis heute anhaltenden Flexibilisierungstrends setzten in den 1970er Jahren ein. Sie waren eine Reaktion der Unternehmen auf die damalige Krise – eine der ersten des Nachkriegskapitalismus in den westlichen Ländern. Vor allem die exportorientierten Unternehmen des Wertschöpfungs-systems ‚Automobil‘ mussten schmerzhaft erfahren, dass die Absatzmärkte nach Jahren nahezu ununterbrochenen Wachstums wieder zu relevanten Gefahrenzonen für die eigenen Gewinnziele wurden. Da sich die Märkte auch in der Folgezeit kaum erholten, bauten die Unternehmen zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg Personal ab (Köhler/Sengenberger 1983). Aus den hohen Kosten der Krisenreaktionen wurde in den Führungsetagen ein relativ simpler, rückblickend jedoch folgenreicher Schluss gezogen: Wenn sich die Entwicklung der Absatzmärkte nicht (mehr) mit Gewissheit prognostizieren ließ, mussten sich die Unternehmens- und die Arbeitsorganisation künftig stärker an die Marktentwicklungen anpassen können.

An dieser Stelle interessiert vor allem der Wandel in dem Umgang mit dem spekulierenden Moment unternehmerischer Entscheidungen, der mit der Umkehrung des Verhältnisses zwischen Produktions- und Marktökonomie einherging. Alfred Rappaport, der später zu einem der Vorkämpfer der Shareholder-Value-Bewegung werden sollte, wies bereits Mitte der 1970er Jahre darauf hin, dass die wirtschaftlichen Turbulenzen einen Bruch in der Beziehung der Unternehmen zur Zukunft anzeigten: „The future is not what it used to be“ (Rappaport 1975). Die von niemandem erwarteten Absatzeinbrüche führten das Bild einer prognostizierbaren

Zukunft, auf dem die fordistische Unternehmenssteuerung basierte hatte, ad absurdum. Vor allem in den Großunternehmen setzte sich sukzessive das Bild einer riskanten Zukunft durch. Künftige Gegenwarten galten zwar nicht mehr als zuverlässig prognostizierbar, der Korridor möglicher künftiger Ereignisse wurde jedoch als ex-ante antizipierbar wahrgenommen. Mit Hilfe von Szenario-Techniken und anderen Methoden der Zukunftsforschung sollten die in der jeweiligen Gegenwart angelegten möglichen Zukünfte vermessen und zum Gegenstand einer rationalistischen Flexibilitätsplanung gemacht werden (Bradfield et al. 2005).

Deutlich wird die auf die Absatzmärkte gerichtete antizipierende Logik dieser geplanten Flexibilität am Beispiel der Veränderungen der Personalpolitik innerhalb des Volkswagen-Konzerns. Schon Mitte der 1970er wurde in der Personalabteilung von Audi die Vision einer „vorausschauenden Personalplanung“ entwickelt, deren Aufgabe darin bestand, zukünftige Risiken bereits in der Gegenwart zu adressieren (Posth 1975). Ein Ausdruck der veränderten Planungslogik war die Personalpolitik der mittleren Linie. Die „mittlere Linie“, an der sich die Größe der eigenen Belegschaft orientieren sollte, bildete gewissermaßen die mittlere Nachfrage über einen Zyklus. In Phasen, in denen die reale Nachfrage über den eigenen Kapazitäten lag, stiegen die Wartezeiten für die Kunden an; war die aktuelle Nachfrage geringer als die eigenen Produktionskapazitäten, reduzierten sich die Lieferzeiten. Damit basierte die Personalpolitik der mittleren Linie auf der rationalistischen Vorstellung, dass sich – auch wenn die Zukunft nicht mehr verlässlich berechenbar war – die möglichen Nachfrageausschläge nach oben und nach unten über den Konjunkturverlauf zuverlässig antizipieren ließen. Anders formuliert: Die Planung der Flexibilität sollte sich am Möglichkeitsraum der Zukunft orientieren.

#### 4. Finanzialisierte Unternehmenssteuerung: Unternehmenswertorientierte Flexibilisierung

Auch wenn sich oberflächlich die Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung nicht nur in den großen deutschen Unternehmen, sondern auch in ihren transnationalen Wertschöpfungsketten bis heute ungebrochen fortzusetzen scheint: Schon seit einigen Jahren wandelt sich, angestoßen von einer Verschiebung im Umgang mit dem spekulierenden Moment unternehmerischer Entscheidungen, die Stoßrichtung der Flexibilisierungspraktiken. Die Ansätze einer auf Basis von verlässlichen Zukunftsszenarien geplanten Flexibilität werden durch Praktiken ergänzt und zum Teil sogar überlagert, die auf eine Abwälzung heute noch nicht identifizierbarer Risiken auf nachgeordnete Akteure zielen. Besonders deutlich wird die modifizierte Flexibilisierungslogik an der massiven Ausweitung von Leiharbeit sowie Werk- und Dienstverträgen auch in den Kernbereichen der Automobilunternehmen. Anders als das eigene Personal können die externen Arbeitskräfte jederzeit ausgesteuert werden, um die Personalkosten schnell zu reduzieren (Holst 2010). Legitimiert wird die Risikoabwälzung durch eine veränderte Zukunftswahrnehmung: Die künftigen Entwicklungen der Absatzmärkte erscheinen aufgrund der zunehmenden Volatilität und des intensivierten globalen Wettbewerbs auch den marktmächtigen Großkonzernen immer häufiger als nicht mehr zuverlässig antizipierbar. Selbst die Interessenvertretungen können sich der diffusen Macht der Konstruktion einer ungewissen Zukunft kaum entziehen: „Wir stellen erst wieder ein, wenn sich die Märkte stabilisiert haben“ (Betriebsrat). Die Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung in den inzwischen transnationalen Wertschöpfungsketten der Automobilwirtschaft zielt somit nicht mehr allein auf die Bearbeitung ex-ante identifizierbarer Risiken; eine mindestens genauso wichtige Rolle spielt die Absicherung künftiger Gewinne gegen heute

noch unbekannte, d.h. in der Gegenwart weder kalkulier- noch benennbare Risiken.

Durchgesetzt wird der Versuch, künftige Gewinne gegen die Wechselfälle einer als ungewiss konstruierten Zukunft abzusichern, durch eine fest in der finanzialisierten Unternehmenssteuerung verankerte Kennziffer: die Deckelung der Stammebelegschaftsgröße per Kopfzahl (Headcount) oder Budgetbeschränkung. Durch diesen auf den ersten Blick unscheinbaren Steuerungshebel schränken die Konzernzentralen die Autonomie der ergebnisverantwortlichen dezentralen Einheiten ein, zusätzlich benötigtes Personal kann ausschließlich extern über Leiharbeit oder Werk- und Dienstverträge in den Betrieb geholt werden. Auffällig sind vor allem zwei Dinge: Erstens haben wir die zentrale Deckelung der Belegschaftsgröße bei allen von uns untersuchten Endherstellern und großen Zulieferern gefunden und zweitens durchdringt dieser Hebel tendenziell alle Bereiche der Organisationen – von der Produktion über die Forschung und Entwicklung und bis in die entferntesten Standorte im globalen Süden. Dass Headcounts oder Budgetbeschränkungen weit verbreitete Steuerungsinstrumente in den unter starkem Rationalisierungsdruck stehenden Produktionsbereichen sind, hat die Forschung bereits in der Vergangenheit gezeigt (Holst 2010). Dass dieser Hebel jedoch in gleichem Maße auf hoch qualifizierte Angestelltenbereiche wie die F&E und vor allem auch auf die internationalen Standorte der Konzerne angewendet wird, hatten wir so nicht erwartet – schließlich ist dessen primär finanzielle Logik gewissermaßen blind gegenüber qualitativen Arbeitslogiken und auch der spezifischen Verfasstheit der lokalen Ökonomie. In den F&E-Bereichen produziert der massenhafte und dauerhafte Rückgriff auf externe Dienstleister neue Abhängigkeiten und Instabilitäten und damit neue Zukunftsrisiken. Hingegen zeigt der Fall eines argentinischen Automobilclusters (siehe Schmalz et al. in diesem Heft), dass die globalen Flexibilisierungsstrategien der

westlichen Konzerne strukturbildende Effekte auf dem lokalen Arbeitsmarkt haben: Erst der in den Steuerungssystemen verankerte Bedarf an externer Arbeit hat das Phänomen Leiharbeit – und damit auch eine neue Form der Prekarisierung der Arbeit – in der lokalen Ökonomie verankert.

Die Auswirkungen der veränderten Flexibilisierungslogik gehen jedoch noch deutlich über die Externalisierung ungewisser Risiken an bestimmte Beschäftigtengruppen hinaus. In unseren Fallbetrieben lassen sich zudem die Konturen einer neuer Wertigkeitsordnung von Arbeit beobachten, die die kapitalistische Investitionslogik auch auf Beschäftigungsentscheidungen überträgt: „Eine Festanstellung ist eine Investition für 30 Jahre“ (Management, F&E) und hat, so möchte man ergänzen, damit den gleichen Rentabilitätskriterien zu genügen wie andere Investitionen auch. Die durch Headcounts oder Budgets erzeugte Personalknappheit fungiert dabei als wirkmächtiger Rationalisierungshebel. Denn: Wenn die Anzahl der internen Arbeitskräfte so begrenzt ist, dass externes Personal fast dauerhaft im Betrieb eingesetzt wird, dann wird die Frage, welche Arbeiten von welchen Beschäftigtengruppen verrichtet werden sollen, fast automatisch zu einer zentralen Steuerungsaufgabe der dezentralen Einheiten:

*„Wir beschäftigten lieber unsere Kernmannschaft mit Dingen, die wirklich aufregend sind und atmen oder lassen auch andere abarbeiten, zu Stundensätzen, die wir einfach gar nicht halten können. Na, das ist einfach so. Und dann guckt man, was musst du unbedingt selber machen und was kann eigentlich auch ein anderer machen, im Sinne von seiner eigenen Kapazität so sinnvoll einsetzen, dass man sich um das Kerngeschäft kümmert, um Dinge, die strategisch wichtig sind, na und alles andere, was geht, das draußen zu machen.“  
(Führungskraft, F&E)*

Dauerhaft gebunden – so die Logik der wertorientierten Flexibilisierung – soll somit nur noch jene Arbeitskraft sein, die nachhaltig Wertbeiträge liefert, d.h. von den Ergebnisverantwortlichen als strategisch relevant und als für den langfristigen Markterfolg unabdingbar klassifiziert wird. Durch dieses Bewertungsraster fallen nicht nur vergleichsweise einfache Standardtätigkeiten in der Fertigung und Montage. Auch innerhalb hochqualifizierter Tätigkeitscluster werden durch den massiven Rückgriff auf Leiharbeit sowie Werk- und Dienstverträge neue Differenzierungen eingezogen. Selbst hochqualifizierte Ingenieure werden nur dann direkt fest angestellt, wenn ihre Tätigkeit als dauerhaft „wertgenerierend“ klassifiziert wird. Andernfalls werden diese Arbeiten von externen Arbeitskräften erledigt.

## 5. Fazit

Auf den ersten Blick setzt sich die in den 1970er Jahren angeschobene Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung bis heute ungebrochen fort. Auf den zweiten Blick wird jedoch deutlich, dass sich im Gefolge der Durchsetzung einer finanzialisierten Unternehmenssteuerung und der Ausrichtung der Unternehmensentscheidungen an den Rentabilitätskriterien der Finanzmärkte die Logik der „vorausschauenden“ Personalplanung sukzessive verschiebt: Neben die auf die Absatzmärkte gerichteten antizipierenden Ansätze treten Formen einer unternehmenswertorientierten Flexibilisierung, die sich am den einzelnen Arbeiten zugeschriebenen künftigen Wertbeitrag orientiert. Den Blick fest auf die zunehmend als ungewiss perzipierte Zukunft gerichtet, scheuen sich die Unternehmen vor Festanstellungen und greifen stattdessen auch in ihren Kernbereichen auf Beschäftigungsformen zurück, die wie Leiharbeit oder Werk- und Dienstverträge nicht auf langfristigen Bindungen basieren. Dass die auf diese Weise auf nachgeordnete Akteure abgewälzten Risiken keineswegs verschwin-

den, sondern von den Leiharbeitenden oder den kleinen, häufig lokalen Zulieferern und Dienstleistern getragen werden müssen, versteht sich von selbst.

Im Gefolge der veränderten Flexibilisierungslogik werden in den untersuchten Großkonzernen zugleich auch die Konturen einer neuen Wertigkeitsordnung von Arbeit sichtbar: Im Unternehmen soll nur noch jene Arbeitskraft gehalten werden, die strategisch relevante Tätigkeiten verrichtet und für den langfristigen Markterfolg des Betriebs unverzichtbar ist. Überall dort, wo sich eine in diesem Sinne am Unternehmenswert orientierte Ausrichtung der Flexibilisierung durchsetzt, bilden sich flexible und fragmentierte Netzwerkstrukturen heraus, in denen die Arbeitskraft entsprechend des ihr zugeschriebenen Wertbeitrags differenziert und kaskadenförmig re-hierarchisiert wird. An die Stelle der für den organisierten Nachkriegskapitalismus stilprägenden integrierten Großorganisationen tritt ein heterogenes, komplexes und nationale Grenzen überschreitendes Geflecht formal unabhängiger Organisationseinheiten und abgestufter Arbeits- und Beschäftigungsstandards.

Da die neuen Spaltungslinien quer zu statuszentrierten Kategorien wie Qualifikation, Seniorität oder Alter liegen und – wie der Einsatz von Leiharbeitenden in den Kernbereichen der Automobilfertigung oder der Einkauf von Ingenieursdienstleistungen per Werkvertrag zeigt – mitten durch statushomogene Beschäftigtengruppen laufen, steht die veränderte Logik der Flexibilisierung in einem direkten Widerspruch zu dem tradierten solidarischen Leitprinzip der Interessenvertretung („gleiches Geld für gleiche Arbeit“). Zwar sind die Kriterien, nach denen der Wertbeitrag einzelner Tätigkeiten bemessen wird, keineswegs eindeutig und in der Regel umkämpft; der Blick auf Arbeit verändert sich jedoch allein durch den zumindest in den hier untersuchten Fallbetrieben kaum in Zweifel

gezogenen Anspruch, die im Wertschöpfungsprozess erforderliche Arbeit entsprechend ihres Wertbeitrages zu klassifizieren und zu hierarchisieren. Nicht nur das Management nimmt Arbeit immer häufiger als Investitionsobjekt wahr, das an seinen künftigen Ertragsmöglichkeiten und den inhärenten Risiken bemessen werden soll. Dass sich der künftige Wertbeitrag der Arbeit genauso wie die künftigen Erträge anderer Investitionen nicht mit Gewissheit vorausberechnen und ex-ante letztlich nur spekulierend bestimmen lässt, ändert nichts an der Tatsache, dass insbesondere in den Großkonzernen gegenwärtig eine Neubewertung von Arbeit vollzogen wird, die erhebliche arbeitspolitische Herausforderungen mit sich bringt. ■

#### Literatur:

- Bradfield, R./Wright, G./Burta, G./Cairns, G./van der Heijden, K. (2005): The origins and evolution of scenario techniques. In: *Futures* 37(7), S. 795–813.
- Deutschmann, C. (2007): Unsicherheit und soziale Einbettung. Konzeptionelle Probleme der Wirtschaftssoziologie. In: Beckert, J./Diaz-Bone, R./Ganßmann, H. (Hg.): *Märkte als soziale Strukturen*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 79–94.
- Dörre, K./Holst, H. (2009): Nach dem Shareholder Value? Kapitalmarkt-orientierte Unternehmenssteuerung in der Krise. In: *WSI-Mitteilungen* 62(12), S. 667–674.
- Durand, J.-P. (2007): *The Invisible Chain – Constraints and Opportunities in the New World of Employment*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Fulcher, J. (2009): *Kapitalismus*. Stuttgart: Reclam.
- Holst, H. (2010): „Die Flexibilität unbezahlter Zeit“ – Die strategische Nutzung von Leiharbeit. In: *Arbeit* 19(2/3), S. 164–177.
- Keynes, J. M. (1937): *The General Theory of Employment*. In: *The Quarterly Journal of Economics* 51(2), S. 209–223.
- Köhler, C./Sengenberger, W. (1983): *Konjunktur und Personalanpassung. Betriebliche Beschäftigungspolitik in der deutschen und amerikanischen Automobilindustrie*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Posth, M. (1975): Personalabbau in der Unternehmung. In: *Personal* 8(3), S. 114–116.
- Rappaport, A. (1975): The Future is not what it used to be. In: *Journal of Contemporary Business* 4, S. 1–14.
- Vogl, J. (2010): *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich: Diaphanes.

☞ Dr. Hajo Holst ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie.

## Prekarität und Informalität im argentinischen Automobilsektor<sup>1</sup>

von Stefan Schmalz, Natalia Berti, Madeleine Holzschuh, Johanna Sittel und Claudia Tomadoni



Foto: www.fotolia.com, © fotomek

Auf einer Forschungsreise nach Argentinien im vergangenen Jahr besuchten wir die Zweigstelle eines europäischen Automobilzulieferers. Der Betrieb war im Industriegürtel außerhalb der Millionenstadt Córdoba an einer großen Straße gelegen. Der Weg zur Fabrik war kurz, aber steinig. Nicht weit vom Werkstor bot ein Salamiv Verkäufer seine Waren feil. Beim Gespräch mit dem Management des Unternehmens in einem kleinen Raum, der durch den Lärm eines Generators hin und wieder erbebt, überraschte man uns mit einer innovativen Kostensenkungsstrategie, um in der harten lokalen Konkurrenz

zu bestehen: Vor einigen Jahren hatte man den Standort verlagert. Die alte Halle auf der gegenüberliegenden Straßenseite wurde aufgegeben. Der Hauptgrund: Auf dem neuen Gelände gebe es keinen Wasseranschluss, darum seien die Mietkosten deutlich niedriger. Bei dem Rundgang durch die hohe Werkshalle, einem Bau in einem befremdlichen Metallverbundstoffstil, überzeugten wir uns von der hiesigen Produktion. Es war warm und stickig. Im Gebäude gab es kein Lüftungssystem oder gar eine Klimaanlage. Es war schwer vorstellbar, wie sehr sich die Halle im argentinischen Sommer aufheizen würde. Einige Funken sprühten, unsere Sicherheitsbrillen boten jedoch hinreichend Schutz. Die Arbeiter beäugten uns misstrauisch, als ob der Besuch europäischer Gäste im Regelfall wenig Gutes zu verheißen habe. Die relativ modernen Maschinen dröhnten. Die fertigen Auspuffsysteme schienen hochwertig zu sein, auch wenn sie, verpackt in grünen Plastikkisten, recht unübersichtlich bis unter die Decke gestapelt waren.

<sup>1</sup> Der Artikel fasst einige Ergebnisse des Argentinien-Teilmoduls des Projektes EFIS – Externe Stabilität und interne Stabilität im Wertschöpfungs-system Automobil (gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung) und des Projekts FlexTrans – Flexibility in Transnational Value Chains – Precariousness, Work and Territory in Germany and Argentina (gefördert vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst und dem argentinischen Wissenschaftsministerium Mincyt) zusammen. Grundlage für den Artikel sind 25 leitfadengestützte Interviews und Gruppengespräche mit Arbeitern, Managern, Gewerkschaftern und sonstigen Experten, die im Zeitraum von 2010-2012 geführt wurden. Bei der Forschungsarbeit waren im weiteren Umfeld auch Luciana Buffalo, Klaus Dörre, Noemí Fratini, Hajo Holst, Elsa Laurelli, Ingo Matuschek, Sebastian Ruarte, Ingo Singe, Regina Vidosa und Nico Weinmann beteiligt. An sie geht unser Dank.

Das Eingangsbeispiel verdeutlicht, dass sich multinationale Unternehmen in den Ländern des globalen Südens anderer Praktiken bedienen als in den Industrienationen Europas und Nordamerikas. Sie fügen sich oftmals nahtlos in den jeweiligen strukturellen und institutionellen Kontext ein. Dies betrifft auch die Arbeitsverhältnisse. Die transnationalen Wertschöpfungsketten, die heute für die Produktion von Autos notwendig sind, führen zu abgestuften Hierarchien von Beschäftigungsformen. Sie reichen im Fall von Argentinien von halbwegs gesicherten Jobs bis hin zur informellen Tätigkeit auf Subsistenzniveau. In diesem Beitrag wollen wir den fragmentierten Arbeitsmarkt genauer untersuchen. Die drei Argumentationsschritte, die wir im Folgenden andeuten, zielen darauf, den Zusammenhang von Prekarität und Informalität im stark transnationalisierten argentinischen Automobilsektor zu klären. Wir beschreiben zunächst die Rahmenbedingungen, unter denen vor Ort produziert wird. Dann kartieren wir die Arbeitsbedingungen im regionalen Wertschöpfungs-system Automobil in Córdoba. Zuletzt skizzieren wir einige Überlegungen zur subjektiven Verarbeitung der äußerst instabilen Erwerbsbiografien der Industriearbeiter. Wir kommen zum Schluss, dass sich die meisten Arbeiter dennoch in den unsicheren Verhältnissen einrichten, ja, diese sogar als Normalität empfinden.

### **Riche comme un argentin? Die Rahmenbedingungen**

„Riche comme un argentin“ – „reich wie ein Argentinier“ war eine gängige Redensart im Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Das Land, das damals durch Viehzucht und Getreideanbau zwischenzeitlich zu großem Wohlstand gelangt war, etablierte sich jedoch nie als ein Zentrum industrieller Produktion. Vielmehr ist Argentinien ein klassisches Beispiel für einen Staat der Semiperipherie: Es spielt in den internationalen Produktionsnetzwerken eine Mittlerfunktion zwischen

den Ländern des Zentrums und der Peripherie (Wallerstein 2004: Kap. 2). Anders ausgedrückt: Heute zeichnet sich Argentinien durch ein heterogenes Gefüge von Produktionsformen aus, die von kleinen Handwerksbetrieben über Fabriken mit Maschinen aus den 1960er Jahren bis zu einzelnen exportorientierten Hochtechnologieunternehmen und landwirtschaftlichen Monokulturen reichen. Die semiperiphere Volkswirtschaft liefert Halbfertigwaren und Primärgüter in die Länder des Zentrums und versorgt die Staaten der Peripherie mit einfachen Konsumwaren. Auch Córdoba, traditionell ein Treibhaus der Industrialisierung, ist eingebettet in diese Struktur. Der industrielle Sektor wird dort seit Mitte der 1950er Jahre durch transnationale Unternehmen dominiert, darunter Renault, Fiat, Volkswagen und IVECO. Heute besitzt der Standort eine strategische Stellung für Konzerne im Cono Sur, dem südlichen Südamerika, insbesondere um den dynamischen brasilianischen Markt zu beliefern (Tomadoni 2009: 87ff.). Daraus resultieren jedoch auch Abhängigkeiten: Viele Kraftfahrzeuge und Autoteile werden nicht aus Argentinien, sondern aus dem Großraum São Paulo oder Europa nachgefragt; umgekehrt werden große Mengen an Rohstoffen und Autokomponenten aus den verschiedensten Ländern der Welt eingeführt.

Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens – nicht zuletzt aufgrund der Abhängigkeit vom Primärgüterexport und der chronisch negativen Leistungsbilanz – von starken Zyklen geprägt. Beinahe alle 10 Jahre geriet das Land bislang in eine schwere Krise (Boris 2011: 23): Auf die Schuldenkrise 1982 folgte die Phase der Hyperinflation 1989, und die neoliberale Reformpolitik der 1990er Jahre mündete dann in die tiefe Finanz- und Währungskrise 2001/02. Nachdem das Land die Krise 2008/09 verhältnismäßig gut überstanden hatte, sieht sich Argentinien heute erneut Devisenmangel und Inflation ausgesetzt. Diese heftigen Schwankungen trafen immer auch den Automobilsektor: So baute etwa

das Renault-Werk in Córdoba infolge der Wirtschaftskrisen zeitweilig die Beschäftigung von rund 11.000 (1972) auf 1.350 (2002) ab (Tomadoni 2009: 245ff.). Erst mit der positiven Konjunktur in den 2000er Jahren und der stabilen Nachfrage aus Brasilien erreichte das Werk wieder den Stand von über 3.000 Beschäftigten. Mit der Krise 2001/02 verließen General Motors und Chrysler Córdoba sogar ganz.

Die zerklüftete Produktionsstruktur und die zyklischen Bewegungen spiegeln sich auch im argentinischen Arbeitsmarkt wider. So ist dieser – im Vergleich zu den großen westlichen Industrienationen – stark segmentiert. Langfristige, halbwegs gesicherte Vollerwerbslohnarbeit ist nur für eine Minderheit der Beschäftigten zugänglich. Auch heute – nach einer Phase der wirtschaftlichen Regeneration mit Wachstumsraten von zeitweise über 8 Prozent, in der nach Regierungsangaben rund 3 Mio. formelle Jobs geschaffen wurden – bezieht über ein Drittel der Bevölkerung ihr Einkommen aus dem informellen Sektor. Der Mindestlohn liegt aktuell ungerechnet bei rund 440 Euro. Doch selbst der Verdienst von Facharbeitern ist nicht hoch: So sind Löhne zwischen 600 Euro und 1100 Euro in Córdoba Normalität.

Dies sollte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass sich während des Peronismus (1946-1955) ein ungewöhnlich institutionalisiertes System industrieller Beziehungen herausgebildet hat, das im Wesentlichen bis heute besteht (Zapiola u.a. 2008). Die Lohnabhängigen verfügen über umfangreiche institutionelle Rechte (betriebliche Vertretungsstrukturen, Verwaltung von Sozialkassen, etc.), aber das korporatistische Gewerkschaftssystem ist in eine Vielzahl von kleineren, politisch heterogenen Organisationen zersplittert. Während etwa die Beschäftigten in den Automobilfabriken und einigen direkten Zulieferern von der betriebskorporatistischen Gewerkschaft SMATA vertreten werden, ist in kleineren Zulieferbetrieben und Werkstätten die eher kon-

fliktorientierte UOM aktiv. Die institutionellen Rechte der Lohnabhängigen wurden in den 1990er Jahren unter der neoliberalen Regierung Menem (1989-1999) durch Reformen wie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, den Umbau der Sozialversicherung und die Schwächung der Arbeitsaufsichtsbehörde massiv eingeschränkt. Zusammen mit tief greifenden Außenhandelsliberalisierungen, einer fixen Währungskoppelung an den US-Dollar und weit reichenden Privatisierungen wurde so die Grundlage für eine weitere Transnationalisierung des Automobilsektors und die Implementierung der Just-in-Time-Produktion gelegt.

Viele Reformen wurden wieder unter den Regierungen Kirchner (seit 2003) rückgängig gemacht. Außerdem folgten politische Interventionen zur Steigerung der Mindestlöhne, zum Ausbau des Sozialsystems und für eine aktivere Industriepolitik. Die Reformpolitik hat deshalb auch, so zumindest die Einschätzung der meisten argentinischen Wissenschaftler, wesentlich zu den spürbaren Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt beigetragen, fraglich bleibt jedoch, ob mit dem ökonomischen Modell der Vorkrisenzeit gebrochen wurde (vgl. z.B. Neffa 2011, Schorr 2012).

### **Informalität und Prekarität: Zwei Zahnräder in einem Getriebe**

Doch auch wenn in den vergangenen Jahren viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind, bleibt die Situation der meisten Industriearbeiter im flexiblen Kapitalismus der Semiperipherie prekär. Bereits ein Blick an die Spitze der Wertschöpfungskette Automobil in Córdoba, die Endmontagewerke und Komponentenhersteller der Automobilbranche, deutet darauf hin. Wer bei VW, Renault oder Fiat angestellt ist, gilt in Córdoba gemeinhin als privilegiert. Hier zu arbeiten sei, so einer unserer Interviewpartner, „wie bei Barcelona Fußball zu spielen“. Ein erfolgreicher Karriereweg besteht für viele (Fach-) Arbeiter deshalb oft darin,

den Sprung von einem der Zulieferer in einen der OEMs zu schaffen. Denn hier sind neben einem verhältnismäßig guten Einkommen am ehesten eine sichere Beschäftigung und eine berufliche Weiterqualifikation zu erwarten. Doch auch in den Automobilbetrieben äußert sich die Flexibilisierung der Produktion in einer Entsicherung der Arbeitsverhältnisse. Diese nimmt indes eine andere Form an als in Europa: So gelten Arbeitszeitkonten beispielsweise als Schimpfwort und werden von der Gewerkschaft bekämpft, da die Flexibilisierung einseitig zu Ungunsten der Beschäftigten erfolge. Leiharbeit wurde nach einer Phase der intensiven Anwendung, nachdem in den 1990er Jahren Regulierungen deutlich gelockert wurden, jüngst wieder aus vielen Automobilwerken – Fiat, Renault, VW – herausgedrängt. Schon zuvor waren der strategischen Nutzung der Leiharbeit Grenzen gesetzt. Zum Jahresende muss eine Übernahme erfolgen. Auch sind die Löhne der Leiharbeiter auf dem Niveau unerfahrener Festangestellter, so dass es sich oftmals nicht rechnet, eine Leiharbeitsfirma zu engagieren.

Gleichwohl existieren andere Flexibilisierungsmöglichkeiten, darunter befristete Beschäftigungsverhältnisse oder betriebliche Kurzarbeitsregelungen. Der laxer Kündigungsschutz ermöglicht es den Unternehmen, die Beschäftigten relativ einfach zu entlassen. Die Gesamtkonstellation trägt so dazu bei, dass sich die heftigen Konjunkturzyklen oftmals in den Erwerbsbiografien niederschlagen. Es kommt immer wieder zu Entlassungswellen, Unsicherheit wird auch für die vermeintlich Privilegierten zur Alltagserfahrung.

Ein langjähriger Arbeiter eines Automobilwerks fasst dies in seinen eigenen Worten zusammen: „Die Festeinstellung garantiert Dir nichts. Wenn das Unternehmen entlassen will, entlässt es halt: Festangestellte oder befristet Beschäftigte. Klar, wenn sie entlassen wollen, fangen sie mit den befristet Beschäftigten an. Doch wenn es sein muss, entlassen sie

## PapyRossa Verlag



**Peter Bathke  
Anke Hoffstadt (Hg.)**

### **Die neuen Rechten in Europa**

Zwischen Neoliberalismus  
und Rassismus

978-3-89438-507-1  
362 Seiten | 18,00 Euro

Namhafte Autorinnen und Autoren zeigen Ursachen für den kontinuierlichen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa. Dabei lassen sie die neoliberalen Rahmenbedingungen nicht außer Acht. Und sie skizzieren, welche Bündnisse gegen Rechts Erfolg versprechen.



**Phillip Becher**

### **Rechtspopulismus**

Basiswissen Politik/  
Geschichte / Ökonomie

978-3-89438-511-8  
123 Seiten | 9,90 Euro

Phillip Becher stellt die relevanten wissenschaftlichen Definitionen und Erklärungen zum Rechtspopulismus vor. Mit Profilen rechtspopulistischer Formationen in Europa und den USA sowie der Analyse ihrer Programmatik und Politik geht er ihren Perspektiven, ihrem Verhältnis zum Faschismus und den Folgen für die Demokratie nach.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de  
www.papyrossa.de

auch Festangestellte. Da gibt es keine Hemmungen.“ Das Arbeitsleben der meisten Automobilarbeiter ist deshalb – wenn sie keinen Job bei einem Zulieferer finden – von Phasen der Informalität geprägt: Sie schlagen sich zwischenzeitlich mit changas, kleineren Gelegenheitsarbeiten, durch, stets in der Hoffnung, bei einer Verbesserung der ökonomischen Lage wieder in das Automobilwerk aufrücken zu können. Doch auch das geregelte Einkommen in guten Zeiten erfüllt oftmals nur bescheidene Ansprüche. Um sich ein neueres Auto oder eine Wohnung in einem sicheren Viertel leisten zu können, arbeitet manch ein Automobilarbeiter nebenbei noch „schwarz“ – hin und wieder auf eigene Faust – in Werkstätten. Auch beziehen andere Familienangehörige – gerade die Ehegattinnen – oft informelle Nebenverdienste, um die Haushaltskasse aufzubessern.

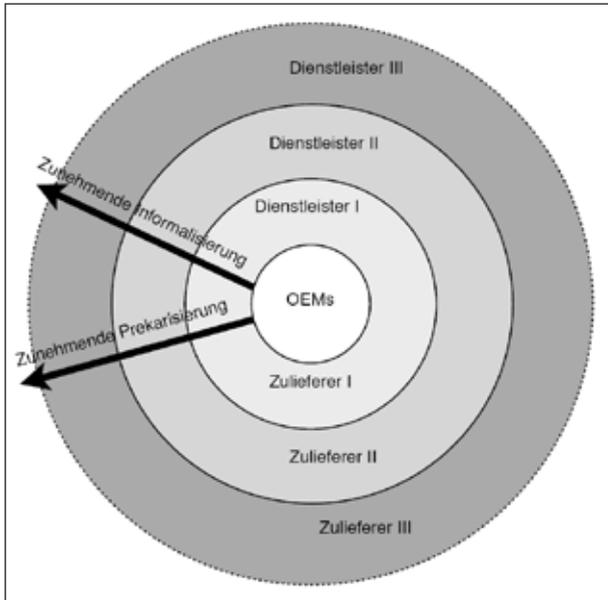
Das Bild ist zwiespältiger, sobald die Zulieferfirmen der OEMs hinzugezogen werden. Es existieren hier äußerst unterschiedliche Unternehmen, von lokalen Betrieben mit einer Monopolstellung über transnationale Unternehmen, die – wie in unserem Eingangsbeispiel – in hartem Konkurrenzkampf sogar hinter die Standards vieler lokaler Kontrahenten zurückfallen, bis hin zu Unternehmen, welche nur locker oder indirekt in das Wertschöpfungssystem integriert sind. Den meisten Firmen gemeinsam ist jedoch, dass sie immensen Druck durch die OEMs ausgesetzt sind. Die Flexibilitätsanforderungen sind oft sehr hoch. So berichtete das Management mehrerer Zulieferer von großen Schwankungen in der Nachfrage oder raschen Veränderungen bei den nachgefragten Produkten. Auch sind die Qualitätsansprüche eine Herausforderung, sodass sich nur ausgewählte Unternehmen als direkte Zulieferer etablieren können. Dies spiegelt sich in den Beschäftigungsverhältnissen wieder.

Zwar ist auch hier die Spannweite sehr groß: Die Löhne reichen hin und wieder mit

knapp über 1000 Euro an jene der OEMs heran, es gibt aber auch Fälle, bei denen sie um mehr als ein Drittel niedriger sind. Die Belegschaften sind deutlich fragmentierter: Beinahe alle der von uns interviewten Arbeiter kamen zunächst als Leiharbeiter in die Betriebe, wurden dann jedoch übernommen. Die Leiharbeitsanteile liegen oftmals deutlich über 20 oder 30 Prozent, befristete Verträge sind nicht ungewöhnlich. Unzureichende Arbeitsschutzmaßnahmen, geringe Mitbestimmungsmöglichkeiten, die ständige Gefahr von Entlassungen und Einkommensunsicherheit sowie eine eingeschränkte soziale Sicherung sind Normalität.

Die Leiharbeiter sind von diesen Problemen besonders betroffen. Aber dennoch nannten Gewerkschafter im Gespräch neben den Löhnen informelle Arbeit und illegale Praktiken als ihre „Hauptsorge“. Zwar existiert unter dem Druck der Arbeitsregulierungen der Regierung Kirchner in vielen Zulieferbetrieben ein Trend zur Formalisierung der Arbeitsverhältnisse, aber Praktiken wie schwarz gezahlte Überstunden, um etwa Sozialabgaben zu sparen, gezielte Verstöße gegen das Arbeitsrecht oder rechtswidrige Entlassungen kommen gerade bei kleineren Zulieferern immer wieder vor. Der Zwang zu informellen Nebenverdiensten wird durch die niedrigen Löhne, die kaum zum Leben ausreichen, noch verstärkt. Viele Beschäftigte können selbst einfache Konsumbedürfnisse nicht erfüllen: „Du musst Dich einschränken: Nicht ausgehen, Dir kein Bier gönnen, Dir keine neue Jeans kaufen, nicht ins Kino gehen [...]. Ich arbeite zehn Jahre und was hast Du davon? Einen Computer von 2003 [...] und auch einen alten Fernseher.“ So verwundert es nicht, dass informelle Arbeit neben dem eigentlichen Job für viele Beschäftigten zu einer Notwendigkeit wird.

Das volle Ausmaß der Entsicherung wird jedoch erst ersichtlich, wenn die Unternehmen hinzugezogen werden, die am unteren Ende der Wertschöpfungskette stehen. Verschie-



**Abbildung 1:**

dene Metall- und Plastikteile, die von den Zulieferfirmen verarbeitet werden, werden in kleinen Familienbetrieben mit einer Handvoll Arbeitskräften hergestellt. Sie konkurrieren um Aufträge und ringen oftmals darum, die laufenden Kosten und Investitionen für die Instandhaltung zu finanzieren. Deshalb stellen die Zulieferer ihnen manchmal – ähnlich wie im frühkapitalistischen Verlagssystem – die Rohstoffe für die Produktion zur Verfügung. Auch werden die Liquiditätseingänge der kleinen Unternehmen hin und wieder durch vorzeitige Zahlungen von Rechnungen überbrückt.

Es ist kein Wunder, dass unter diesen Bedingungen nicht nur ein hohes Maß an Prekarität herrscht, sondern auch Tür und Tor für informelle Arbeit geöffnet werden, um Kosten zu senken. Viele der Grundgehälter sind deshalb Teil eines gemeinsamen Familienbudgets oder bewegen sich nur knapp über dem Mindestlohn, informelle Zusatzzahlungen sind nicht ausgeschlossen. Letztlich herrscht also eine einfache Faustformel:

Je weiter die Betriebe in der Wertschöpfungskette von den Automobilherstellern entfernt sind, desto prekärer und informeller sind die Arbeitsbedingungen (vgl. Abb. 1). Eine ähnliche Logik lässt sich auch in den (industrienahen) Dienstleistungen vorfinden: Die meisten Bereiche (Sicherheit, Kantine, Reinigung, etc.) wurden outgesourcet und auf diese Weise dem Einfluss der vergleichsweise starken SMATA und UOM entzogen. In vielen Fällen herrschen deshalb in den Dienstleistungen eine niedrige Bezahlung und ein hoher Grad an Informalität. Manchmal werden diese Bereiche auch komplett vom informellen Sektor organisiert: So existiert zum Beispiel vor dem Werkstor des Renault-Geländes seit Jahren ein großer informeller

Straßenmarkt, auf dem viele Arbeiter fast täglich ihr Frühstück einkaufen.

### **Zur subjektiven Verarbeitung: Überlebenshabitus in der stabilen Instabilität**

Informalität und Prekarität wirken in der Wertschöpfungskette Automobil demnach wie zwei Zahnräder in einem Getriebe: Die schlechten Arbeitsbedingungen sind Teil von Strategien, um die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilhersteller und Zulieferer trotz teilweise veralteter Technologie, maroder Infrastruktur und schlecht ausgebildeter Arbeitskräfte aufrechtzuerhalten. Dennoch, so das Ergebnis unserer Interviews, nehmen die meisten Beschäftigten ihre Situation als verbesserungswürdig wahr, ja, sprechen teilweise sogar recht offen von einer Klassengesellschaft, richten sich aber in den unsicheren Verhältnissen – mangels Alternative – ein.

Dieses Verhalten äußert sich in einer Vielzahl von individuellen Überlebensstrategien zur Stabilisierung des eigenen Verdienstes und

Sozialeigentums. Sie reichen von informellen Praktiken über den gelegentlichen Arbeitsplatzwechsel bis hin zum Konsum auf Pump. Die meisten Arbeiter wollen einen (festen) Job, zeichnen sich durch eine gewisse Genügsamkeit aus und betonen ihren Willen, eigeninitiativ zu werden. Die subjektive Verarbeitung von prekären Bedingungen weicht also entschieden von dem ab, was die strukturellen Kriterien aus europäischer Perspektive eigentlich vermuten lassen. Denn die Verhaltensweisen der Arbeiter sind untrennbar mit der hohen Arbeitslosigkeit, der strukturellen Unterbeschäftigung und der Informalität am argentinischen Arbeitsmarkt verbunden.

Bereits Pierre Bourdieu hatte Vergleichbares an der algerischen Gesellschaft beschrieben: „Einfacher gesagt: man verstünde jene Praktiken, die oft allzu schnell dem Konservatismus der Proletarier (oder dem ihrer „Apparate“) zugerechnet werden, sehr viel besser, wenn man sich darüber im Klaren wäre, dass die recht bescheidenen Vorteile, die mit festen Arbeitsplätzen einher gehen, ebenso wie die effektive Solidarität ständiger von der Gefahr eines Unfalls, einer Krankheit oder Entlassung bedroht sind und dass [sie] vor allem Schutzwälle gegen mögliche neue Anstürme und Angriffe des Lebens sind“ (Bourdieu 2000: 103).

Der „Überlebenshabitus“ (Dörre u.a. 2013: 268ff.), der im Kontext des semiperipheren Kapitalismus entsteht, führt jedoch zu keiner statischen Struktur, in der weder sozialer Aufstieg noch Abstieg möglich ist. Vielmehr sehen einzelne Beschäftigte die stabile Instabilität auch als eine Möglichkeit, sich in der „großen Schule“ der Werkstätten und Automobilzulieferer immer wieder neue Fähigkeiten anzueignen und so innerhalb der Wertschöpfungskette einen besseren Job zu erhalten oder sogar den Weg in die Selbstständigkeit zu finden. Umgekehrt existieren jedoch auch Verlierer, die durch Wirtschaftskrisen, Arbeitsunfälle oder andere Schicksalsschläge aus der

Beschäftigung in der Automobilindustrie herausfallen und sich dauerhaft im informellen Sektor verdingen müssen. Hier zählt nur noch, sich über Wasser zu halten.

Das ältere Bäckerpaar, das vor dem Renault-Werk den Arbeitern den Kaffee ausschenkt und die Frühstücksbrote zubereitet, kann sich noch an die Zeit erinnern, als der Mann seinen Lohn im Werk verdiente. Heute wirken die beiden darum auch jenen Arbeitern, die weiterhin morgens durch das Werkstor gehen, als ein abschreckendes Beispiel, was droht, wenn die eigene Stelle verloren geht. Denn die nächste Krise kommt bestimmt. ■

#### Literatur:

- Boris, D. (2011): Argentinien und der „K-Faktor“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2011, 23-26.
- Bourdieu, P. (2000): Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der argentinischen Übergangsgesellschaft, Konstanz.
- Dörre, K.; Scherschel, K.; Booth, M.; Haubner, T.; Marquardsen, K.; Schierhorn, K. (2013): Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt a.M./New York.
- Neffa, J. C. (2011): El trabajo no registrado como modalidad límite de precariedad, in: Busso M., Pérez P. (Hg.) La Corrosión del Trabajo. Estudios sobre informalidad y precariedad laboral, Buenos Aires.
- Schorr, M. (2012): Argentina: ¿Nuevo modelo o „viento de cola“? Una caracterización en clave comparativa, Nueva Sociedad, 1/2012, 114-127
- Tomadoni, Claudia (2009): Los autos nunca compran autos. Territorio, reestructuración y crisis en la industria automotriz, Córdoba.
- Wallerstein, Immanuel (2004): World-Systems Analysis. An Introduction, Durham/London.
- Zapiola, A.; Álvarez, C.; Elffman, E.; Elías, M.; Fontana, J.; Rodríguez Mancini, B.; Sappia, J.; Simón, J.; Topet, J.; Valdovinos, P. (Hg.) (2008): Estado actual del sistema de relaciones laborales en la argentina, Santa Fé.

☞ Natalia Berti ist Promotionsstudentin am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Lehrbeauftragte am Institut für Soziologie der Universidad Nacional de Colombia (Bogotá) und am Institut für Humanwissenschaften der Universidad del Rosario (Bogotá).

☞ Madeleine Holzschuh ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

☞ Dr. Stefan Schmalz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

☞ Johanna Sittel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie und dem Kolleg „Postwachstumsgesellschaften“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

☞ Dr. Claudia Tomadoni ist Forscherin am Zentrum für Regionale und Städtische Studien des Nationalen Rates der Wissenschaft und Technologie CEUR-CONICET, Buenos Aires, Argentinien.

## Gemeinsam regeln, statt deregulieren

**Ein EU-Handelsabkommen mit den USA darf nicht auf den Abbau von Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherechten setzen**

von Florian Moritz

Die transatlantische Wirtschaft ist eng verflochten. So eng, dass es manchmal wehtut: Als 2007 in den USA die Immobilienblase platzte und in Wertpapieren verbrieft Kredite faul wurden, zeigte sich schnell, dass auch Banken in Europa viele dieser Schrottpapiere hielten. Die Krise wurde global. Heute ist es die europäische Kürzungspolitik, die nicht nur die Eurozone immer tiefer in die Rezession treibt, sondern eine Erholung der gesamten Weltwirtschaft behindert. Auch zu den strukturellen Ursachen der anhaltenden Krise haben die großen Wirtschaftsmächte USA und Europäische Union (EU) gemeinsam beigetragen: Durch die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte etwa. Und indem die Entstehung globaler Ungleichgewichte zugelassen wurde: Während der American Way of Life immer mehr darin bestand, Niedriglöhne durch kreditfinanzierten Konsum von Importwaren erträglich zu machen, lieferten Deutschland und andere EU-Staaten mit Handelsbilanzüberschuss (zusammen mit China) dafür Güter und Kapital, anstatt heimische Märkte zu fördern.

Was läge angesichts dieser transatlantischen Verflechtungen näher, als eine gemeinsame Anstrengung, die Weltwirtschaft wieder funktionsfähig zu machen, Ungleichgewichte abzubauen und den Finanzmarkt durch gemeinsame, strenge Regeln zu stabilisieren? Europa hat, wie die USA, mit zu geringen Staatseinnahmen zu kämpfen – ein Grund, Steuerflucht und -vermeidung gemeinsam und effektiv zu bekämpfen. Sowohl in der EU, als auch in den USA sinkt der Anteil der Beschäftigteneinkommen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). In der Folge stagniert entweder die Binnennachfrage oder sie wird

durch nicht nachhaltige Kreditexpansion aufrechterhalten – gute Gründe, die Lohnentwicklung beidseitig des Atlantiks durch Regulierung des Arbeitsmarktes und eine Stärkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten zu stützen. Eine Ursache für Unsicherheit in der Weltwirtschaft sind die stark schwankenden Wechselkurse – es wäre höchste Zeit, hier ein stabileres globales System zu schaffen. Wer könnte dazu besser beitragen, als der Kern des Dollarraums und die Eurozone? Es gibt also viele wichtige Punkte für eine fortschrittliche transatlantische Partnerschaft.

Die Politik setzt ihre Hoffnungen derzeit aber auf ein anderes Projekt: Begleitet von öffentlichkeitswirksamen Studien zu möglichen Wachstumswirkungen wurde ein transatlantisches Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) angekündigt. Die EU-Mitgliedsstaaten haben der Europäischen Kommission im Juni ein Verhandlungsmandat erteilt, Anfang Juli startete die erste Verhandlungsrunde. Bislang deutet wenig darauf hin, dass dabei tatsächlich gemeinsame Schritte in Richtung einer stabileren Weltwirtschaft unternommen werden. Das Mandat der EU-Kommission enthält vielmehr eine Agenda, die bereits aus früheren Handelsabkommen bekannt ist: Der Abbau von Zöllen wird angestrebt, steht aber wegen des bereits geringen Niveaus von Zollschranken nicht im Mittelpunkt. Stattdessen sollen vor allem „nichttarifäre Handelshemmnisse“ – also sonstige Regelungen, die den Handel verteuern könnten – abgebaut werden. Zweifelsohne kann eine Vereinheitlichung von Produkt- und anderen Standards Vorteile

bringen, Kosten senken und die Produktivität steigern. Wenn sich die Verhandlungen auf die richtigen Punkte konzentrieren, könnte die Wohlfahrt langfristig steigen.

Bislang werden die Pläne aber von Themen dominiert, die Gefahren mit sich bringen: Einen Schwerpunkt legen die Verhandlungspartner auf die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte. Hier besteht die Gefahr einer Intensivierung des Wettbewerbs auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Bevölkerung insgesamt. Deshalb müssen der Deregulierung in diesem Bereich aus Gewerkschaftssicht klare Grenzen gesetzt, öffentliche Dienstleistungen komplett aus den Verhandlungen ausgenommen werden. Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, aber auch Wasserversorgung, Postdienstleistungen, Kultur oder der öffentliche Nahverkehr dürfen nicht Gegenstand der Verhandlungen sein, auch wenn diese von einer oder von beiden Vertragsparteien bereits liberalisiert worden sein sollten. Bislang ist es nur gelungen, einen Sektor von den Verhandlungen explizit auszuschließen: Insbesondere auf Druck von Frankreich musste die Kommission hinnehmen, dass audiovisuelle Dienstleistungen nicht Bestandteil der Verhandlungen sein werden.

Auf keinen Fall darf es einen Automatismus geben, der das jeweils bestehende höchste Liberalisierungsniveau unumkehrbar festschreibt. Wenn negative Erfahrungen mit Liberalisierung und Privatisierung gemacht wurden, müssen falsche Entscheidungen auch korrigiert werden können. Freihandelsabkommen der EU regeln die Frage, welche Dienstleistungen liberalisiert werden dürfen bislang anders als Abkommen US-amerikanischer Prägung: Während EU-Abkommen klassischerweise einen so genannten Positiven-Ansatz beinhalten, bei dem nur Bereiche liberalisiert werden können, die explizit benannt werden, legen US-Abkommen

den im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) formulierten „Negativlisten-Ansatz“ zugrunde. Nach dem Motto „list it or loose it“, ist hier der freie Marktzugang zu jedem Bereich zu gewähren, der nicht explizit ausgeschlossen ist. Entsprechend ist die Gefahr einer zu umfassenden Liberalisierung bei der Verwendung einer Negativliste größer. Bei den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Kanada hat sich die EU zum ersten Mal auf einen Negativlisten-Ansatz eingelassen. Diesen Fehler darf sie beim TTIP nicht wiederholen.

In den Verhandlungen mit den USA wird es auch darum gehen, welche Regeln für US-Arbeitskräfte gelten, wenn sie Dienstleistungen in der EU erbringen und umgekehrt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es bei der grenzüberschreitenden Entsendung von Beschäftigten immer wieder zu Verstößen gegen am Arbeitsort gültiges Arbeitsrecht und gültige Tarifvertragsbestimmungen kommt. Auch die rechtsstaatliche Verfolgung dieser Verstöße gestaltet sich in solchen Fällen oft schwer. Aus Sicht des DGB sollte in diesem Bereich deshalb keine weitere Liberalisierung stattfinden. In jedem Fall muss garantiert werden, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Anfang an das Arbeitsortprinzip angewandt wird, wenn es für sie günstiger ist – dass also nicht etwa die Regeln des Herkunftslandes der betroffenen Beschäftigten gelten.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzkrise hat die UN-Expertenkommission zur Reform des internationalen Finanzsystems empfohlen, alle bestehenden Handelsabkommen darauf zu überprüfen, ob sie mit den Notwendigkeiten einer umfassenden, wirksamen Finanzmarktregulierung vereinbar sind. Makroökonomische Stabilität, ein effizientes regulatorisches Rahmenwerk und funktionierende Institutionen seien notwendige Voraussetzungen für eine Liberalisierung, so die UN-Kommission. In einem Han-

delsabkommen zwischen der EU und den USA muss deshalb auf Liberalisierungsschritte im Bereich der Finanzwirtschaft verzichtet werden.

Die USA und die EU haben sich eine weitere Öffnung der öffentlichen Auftragsvergabe zum Ziel gesetzt. Abgesehen davon, ob man es tatsächlich für sinnvoll hält, öffentliche Projekte weltweit ausschreiben zu müssen, lässt insbesondere die explizit geplante Überarbeitung jedweder Ausnahmen – beispielsweise für kleine und mittlere Unternehmen – schlechtes ahnen. Denn es gibt gute Gründe, bei der öffentlichen Beschaffung nicht immer das billigste Angebot zu wählen: Die öffentliche Auftragsvergabe ist ein mächtiges Instrument, sozial-ökologische Kriterien, insbesondere Tariftreue bei am Auftrag interessierten Unternehmen, durchzusetzen. Diese Lenkungswirkung muss gestärkt und darf keinesfalls durch falsche Liberalisierungsregeln erschwert werden.

Besonders umfangreich sollen nach dem Willen der EU die im Abkommen verankerten Regeln zum Investitionsschutz werden. Bedenkt man, dass sowohl die USA als auch die EU bereits heute einen umfassenden Schutz von Investitionen und privaten Eigentumsrechten gewährleisten, stellt sich die Frage, was mit einem umfassenden Investitionsschutzkapitel im TTIP eigentlich bezweckt wird. Eine Gefahr für investierende Unternehmen durch staatliche Willkür oder ähnliches besteht mit Sicherheit nicht. Das sehen auch Investoren bislang so und investieren bedenkenlos im jeweils anderen Wirtschaftsraum, wie sich am Ausmaß der bestehenden Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) im jeweils anderen Wirtschaftsraum zeigt: Rund 30 Prozent der europäischen ADI sind in den USA investiert. Der Bestand an ADI in der EU ist sogar zu rund 40 Prozent US-amerikanischen Ursprungs. Ein umfangreicher Investitionsschutz, wie er vor allem den EU-Verhandlungsführern vorschwebt, könnte

## Sozialdialoge in der EU



### Sektorale Sozialdialoge auf EU-Ebene

Supranationale und nationale  
Perspektiven

Von Sabrina Weber

2013, 283 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-0616-7

(Schriften zur europäischen  
Arbeits- und Sozialpolitik, Bd. 12)

[www.nomos-shop.de/21185](http://www.nomos-shop.de/21185)

Die Autorin widmet sich einer neuen Entwicklung in der europäischen Arbeits- und Sozialpolitik, so genannten implementationsorientierten Ergebnissen der Sozialdialoge zwischen europäischen Dachverbänden von Gewerkschaften und Arbeitgebern.



**Nomos**

allerdings die Rechte von Unternehmen deutlich über ein wünschenswertes Maß hinaus erweitern. Das gilt insbesondere für den Fall, dass wie in früheren Abkommen Klagerechte von Investoren gegen Staaten zugelassen werden. Diese Regeln zum so genannten Investor to State Dispute Settlement (ISDS) geben Unternehmen die Möglichkeit, gegen Staaten zu klagen, wenn sie ihre Rechte in irgendeiner Weise verletzt sehen. Dabei werden nicht die unabhängigen nationalen Gerichte angerufen, sondern ein spezielles internationales Schiedsgericht, das zum Teil aus Anwälten besteht, die an anderer Stelle die Interessen der Unternehmen vertreten haben. Intransparente ISDS-Verfahren haben bereits in der Vergangenheit zu einer Einschränkung von demokratisch legitimierten staatlichen Regulierungsmöglichkeiten geführt. Beispielsweise gibt es Berichte über den Versuch eines französischen Unternehmens, unter Rückgriff auf Investoren-Klagerechte unter anderem gegen Maßnahmen zur Erhöhung des Mindestlohnes in Ägypten vorzugehen. Ähnliche Regeln werden derzeit genutzt, um Entschädigungen in Milliardenhöhe wegen des in Deutschland erfolgten Atomausstiegs vor internationalen Schiedsgerichten durchzusetzen. Es ist nicht hinzunehmen, wenn der Schutz von Arbeitnehmerrechten oder der Umwelt oder andere staatliche Maßnahmen im Sinne der Bevölkerung den Interessen ausländischer Investoren untergeordnet werden. Unternehmen dürfen durch das TTIP deshalb auf keinen Fall Möglichkeiten bekommen, die europäischen Gerichte durch Anrufung von Schiedsgerichten zu umgehen.

Es deutet einiges darauf hin, dass den Verhandlungspartnern des TTIP eine umfassende Liberalisierungsagenda vorschwebt. Umso wichtiger ist es, dass Arbeitnehmerrechte im Abkommenstext explizit, umfassend und durchsetzbar geschützt werden. Dazu muss eine Klausel im Abkommen integriert werden, die einen Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialstandards ver-

bietet und den jeweils höchsten erreichten Standard absichert. Ausdrücklich muss der Abkommenstext festschreiben, dass die Vertragspartner in keiner Weise daran gehindert werden, jedwede Maßnahme zu ergreifen, um die Interessen der Beschäftigten und der Bevölkerung zu schützen, also etwa Gesetze in den Bereichen Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen, Umweltschutz, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Verbraucherschutz zu erlassen und zu verschärfen.

Die Vertragsparteien sollten sich zur Ratifizierung und zur vollständigen und wirksamen Umsetzung aller aktuellen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) bekennen. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass die USA sogar sechs der acht grundlegenden IAO-Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert haben, darunter die Konventionen 87 und 98 zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen. Tatsächlich kommt es in den USA auch immer wieder zu einer Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Eine wirksame Berücksichtigung und Umsetzung der IAO-Kernarbeitsnormen, die den Charakter von universellen Menschenrechten haben, muss eine Selbstverständlichkeit sein! Außerdem müssen EU und USA insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung für die Anwendung der OECD-Richtlinien für Multinationale Unternehmen und der dreigliedrigen Erklärung der IAO für multinationale Unternehmen und Sozialpolitik sorgen.

Diese Ansprüche müssen im Text des Abkommens gleichrangig mit anderen Regelungen und durchsetzbar festgeschrieben werden. Das bedeutet auch, dass der allgemeine Streitbeilegungsmechanismus für alle Regelungen mit sozialem und ökologischem Bezug anwendbar sein muss. Frühere Handelsabkommen der EU enthalten zwar in der Regel ein so genanntes Nachhaltigkeitskapitel, in dem die Vertragsparteien zur Beachtung und Förderung von Arbeitnehmerrechten,

Sozial- und Umweltstandards verpflichtet werden. Während allerdings in der Regel alle anderen Verpflichtungen – insbesondere hinsichtlich Liberalisierung und Marktöffnung – unter einen strengen Streitbeilegungsmechanismus fallen und jede Nicht-Beachtung mit schwerwiegenden Strafen geahndet werden kann, gilt für das Nachhaltigkeitskapitel ein anderer, unverbindlicherer Kontrollmechanismus. Diese Differenzierung muss grundsätzlich in allen Handelsabkommen beendet werden. Die kontinuierliche Verletzung von sozialen und ökologischen Mindestnormen muss künftig ebenfalls durch die Aberkennung von Handelsprivilegien oder durch Geldstrafen geahndet werden.

Streitbeilegung muss dabei auf einem unabhängigen und transparenten Beschwerdeverfahren beruhen, so dass Gewerkschaften und andere Vertreter der Zivilgesellschaft Beschwerden einbringen können. Der Internationale und der Europäische Gewerkschaftsbund haben für die Überwachung der Einhaltung von Nachhaltigkeitskapiteln bereits 2007 allgemeine Anforderungen definiert. Demnach sollen beispielsweise verbindliche Mechanismen eingeführt werden, die Regierungen dazu verpflichten, aufgrund von Beschwerden und Hinweisen der Sozialpartner binnen bestimmter Fristen tätig zu werden. Beschwerden über soziale Missstände sollen von unabhängigen, qualifizierten Experten behandelt werden. Ein mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Nichtregierungsorganisationen paritätisch besetztes Forum soll eingerichtet werden, das sich mehrmals jährlich trifft, entsprechende Probleme berät und Öffentlichkeit darüber herstellt.

Angeichts der Bedeutung eines Abkommens zwischen der EU und den USA und angesichts seines möglichen Vorbild-Charakters für weitere (auch multilaterale) Abkommen, schlägt der DGB vor, bei den anstehenden Verhandlungen noch einen Schritt weiter zu gehen: Zur demokratischen Überwachung

der Umsetzung und der Auswirkungen des Abkommens – hinsichtlich sozialer und ökologischer Auswirkungen, der Durchsetzung des Nachhaltigkeitskapitels, aber auch hinsichtlich anderer Bestandteile des Abkommens – sollte eine bilaterale parlamentarische Kommission (bestehend aus US- und EU-Parlamentariern) unter umfassender Einbeziehung der Sozialpartner eingerichtet werden.

Ein Abkommen, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Hinterzimmern verhandelt wird, kann nicht im Sinne der Menschen in den USA und Europa sein. Die Einbeziehung der Parlamente und der Sozialpartner muss deshalb bereits während des Verhandlungsprozesses umfassend sein. Und die Beteiligung darf nicht ohne Folgen bleiben und nur Alibi-Charakter haben. Bedenken müssen ernst genommen werden und im Abkommenstext ihren Niederschlag finden.

Ein gutes TTIP würde überall Standards für Arbeitnehmerrechte, die industriellen Beziehungen und die Mitbestimmungsrechte etablieren, die mindestens dem höchsten Niveau entsprechen, das bislang in einem Land erreicht wurde. Dazu bräuchte man ein Abkommen, das gemeinsame Regeln anstrebt – nicht Deregulierung. ■

⇒ Florian Moritz (geboren 1977) ist Referatsleiter internationale und europäische Wirtschaftspolitik bei der Bundesvorstandsverwaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dort ist er unter anderem zuständig für Fragen der EU-Krisenpolitik und für internationale Handelspolitik.

## Gerechte Steuerpolitik statt Steuerwettbewerb

von Wilfried Kurtzke

### Wertschöpfung und Steuerleistung sind teilweise entkoppelt

In jüngster Zeit haben Medienberichte über multinationale Konzerne, vor allem aus dem Bereich neuer Technologien, aufgeschreckt, die durch geschickte Geschäftsmodelle ihre Aktivitäten weitgehend am Fiskus vorbei gestalten. Im Gegensatz zur kriminellen Steuerhinterziehung, die im Rahmen der Aufkäufe von Steuer CDs aus der Schweiz in die Schlagzeilen kamen, handelt es sich in der Regel um eine legale Steuergestaltung. Die Grenzen zwischen diesen beiden Sphären sind allerdings unscharf.

Das Grundprinzip dieser Modelle ist immer das Gleiche: Gewinne werden in Länder mit günstigeren Steuerregelungen verschoben. Bei Google etwa funktioniert das so<sup>1</sup>: Der US-amerikanische Konzern hat eine Tochtergesellschaft auf den Bermudas, die über die Markenrechte verfügt. Diese hat wiederum zwei Tochtergesellschaften in Irland und den Niederlanden. In Irland finden geschäftliche Aktivitäten statt. Mit etwa 2.000 Beschäftigten werden Werbeaufträge in der EU und Japan bearbeitet. Es fallen in Irland aber kaum Gewinne an, da die irische Gesellschaft hohe Lizenzgebühren an die Tochter in den Niederlanden zahlt. Diese leitet die Lizenzgebühren, praktisch steuerfrei, an die Muttergesellschaft auf die Bahamas weiter. Das amerikanische Steuerrecht sieht die Steuerfreiheit solcher ausländischer Aktivitäten ausdrücklich vor.

Wie groß der gesellschaftliche Schaden ist, der durch solche Steuergestaltungen entsteht, lässt sich nicht genau beziffern. Statistiken oder Offenlegungspflichten existieren

nicht. Es bleibt letztendlich alles im Dunkeln. Es liegen nur Schätzungen vor, deren Güte aber nicht überprüft werden können. Baumhoff beziffert nach solchen Schätzungen die steuerfreien Gewinne der Bermuda-Tochter im Fall von Google auf 33 Milliarden US-Dollar. Insgesamt sollen so Gewinne in Höhe von 1,7 Billionen US-Dollar von amerikanischen Konzernen in Steueroasen schlummern. Der EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta schätzt die Verluste für Europa auf eine Billion Euro pro Jahr. Bei aller Schätzunsicherheit, es geht um erhebliche Beträge.

Grundlage der Steuergestaltungsmodelle sind fast immer Finanzierungen bzw. immaterielle Wirtschaftsgüter. Bei den Finanzierungsmodellen werden durch konzernneigene Fremdfinanzierungen mit Hilfe von Zinszahlungen Gewinne in andere Länder transferiert. Bei den immateriellen Wirtschaftsgütern geht es um Patente, Lizenzen und Markenrechte. Besonders im Bereich der digitalen Ökonomie lässt sich die Wertschöpfung oftmals nicht so einfach einzelnen Ländern zuordnen. Auch das Prinzip der Betriebsstätte, der Voraussetzung für eine Steuerpflicht, greift dabei oftmals nicht. Weitere Möglichkeit für die Steuergestaltung stellen hybride Instrumente dar. Das sind beispielsweise Wandelanleihen, die in einigen Staaten als Eigenkapital, in anderen dagegen als Fremdkapital bewertet werden. Bei geschickter Ausgestaltung einer Finanzierung mit Wandelanleihen werden dann weder in dem einen noch in dem anderen Land Steuern fällig.

In den meisten Ländern ist die Steuerpflicht so geregelt, dass Inländer (Personen genauso wie Körperschaften) ihr gesamtes Einkommen im Inland versteuern müssen. Das gilt prinzipiell unabhängig davon, wo sie es erwirtschaften. Da dies bei einer wirtschaftlichen

<sup>1</sup> Darstellung nach Hubertus Baumhoff, Protokoll der 132. Finanzausschusssitzung des deutschen Bundestages vom 20.03.2013.

Betätigung in verschiedenen Ländern zu einer Doppelbesteuerung führen würde, sorgen Doppelbesteuerungsabkommen dafür, dass dieser Fall ausgeschlossen wird. Deutschland hat mit über 75 Staaten solche Doppelbesteuerungsabkommen, die die überstaatliche Besteuerung von Einkommen und Gewinnen regeln, abgeschlossen. Nur leider wird in der Praxis aus der Vermeidung der Doppelbesteuerung oft eine doppelte Nichtbesteuerung.

Der rechtliche Rahmen für Steuersparmodelle wird nicht nur durch exotische Steueroasen wie den Bermudas gesetzt. Wie bereits erwähnt, verzichten auch die USA großzügig auf die steuerliche Berücksichtigung der im Ausland erwirtschafteten Gewinne. Doch selbst innerhalb der EU wird der Steuerwettbewerb damit angeheizt. Typische Steueroasen für ausländisches Kapital sind Länder, von denen man es vielleicht nicht unbedingt erwarten würde, etwa die Niederlande und Luxemburg. Mit so genannten „Dutch Sandwich-Konstruktionen“ ermöglichen die Niederlande, wie im eingangs erwähnten Google Fall, die Weiterleitung von Gewinnen in echte Steueroasen. Möglich wird dies, weil reine Lizenzdurchlaufgesellschaften ohne substantielle eigene Geschäftstätigkeit rechtlich erlaubt sind und Quellensteuern auf Lizenzgebühren nicht erhoben werden. Auch in Luxemburg sind Lizenzgebühren zu 80 Prozent steuerfrei. Solche Modelle nehmen in letzter Zeit sogar zu: aktuell richtet Großbritannien besondere Steuerregelungen für Patenteinnahmen ein.

Wie sehen die entsprechenden Besteuerungsregeln für Deutschland aus? Im Vergleich zu anderen Staaten in der EU erfolgt durchaus eine konsequente Steuererhebung und -eintreibung bei international agierenden Konzernen. Das geschilderte Steuermodell von Google wäre so in Deutschland nicht möglich. Eine reine Lizenzdurchlaufgesellschaft ist nach deutschem Recht nicht erlaubt. Zudem würde auf Lizenzgebühren, die den EU-Raum verlassen, eine Quellensteuer erhoben. Außerdem

ist es bei Steuerprüfungen Rechtspraxis, dass dem Lizenznehmer grundsätzlich zwei Drittel bis drei Viertel der Gewinne aus dem Lizenzgeschäft zugerechnet werden, die dann auch entsprechend in Deutschland steuerpflichtig wären.

Insbesondere mit der Unternehmensteuerreform 2008 wurde eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, die den Abfluss von Steuersubstrat aus Deutschland verhindern sollen. Vor allem mit der Zinsschranke werden Steuererlagerungen durch Fremdfinanzierungen eingeschränkt. Auch wenn die Regelungen mit der Wirtschaftskrise 2008/09 schon wieder gelockert wurden, stellen sie doch durchaus ein wirksames Instrument dar. Die Zinsschranke wurde auch von anderen Ländern (beispielsweise Italien und Frankreich) übernommen.

Das heißt aber nicht, dass Unternehmen mit Sitz in Deutschland überhaupt nicht an Steuergestaltungen beteiligt sind. Alle großen Konzerne haben Tochtergesellschaften in den klassischen Steueroasen. Es ist nicht davon auszugehen, dass damit vorrangig der Binnenmarkt beispielsweise auf den Cayman Islands bedient werden soll. Welche Geschäftsmodelle konkret damit betrieben werden und welche Dimensionen das Problem hat, ist aufgrund der nicht vorhandenen Datenlage aber schwer einzuschätzen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat Berechnungen durchgeführt, um den Unternehmensgewinn, der nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) anfällt und dem entsprechenden steuerrechtlichen Gewinn zu vergleichen<sup>2</sup>. Für das Jahr 2008 (neuere Zahlen lassen sich mit der aktuellen Datenlage nicht erstellen) wird eine Besteuerungslücke bei den Gewinnen von 90 Milliarden Euro ermittelt. Das ist ein Hinweis auf Steuergestaltung auch in Deutschland. Es

<sup>2</sup> Stefan Bach: Unternehmensbesteuerung: Hohe Gewinne – mäßige Steuereinnahmen, DIW Wochenbericht 22/23 2013.

ist mit dem vorliegenden Datenbestand aber nicht möglich zu ermitteln, wie die Gestaltung zustande kommt. Es muss sich dabei keineswegs um eine Steuerverschiebung ins Ausland handeln. Unterschiedliche Bewertungen nach VGR und nach Steuerrecht können die Ursache sein. Es ist auch nicht klar, ob mit dieser Methode überhaupt die Steuergestaltung im internationalen Rahmen vollständig erfasst werden kann. Viele Methoden der Steuerverschiebung führen sowohl in der VGR wie auch im Steuerrecht zu einer Minderung der inländischen Gewinnsumme.

### Politische Maßnahmen gegen internationale Steuergestaltung

Nicht nur in der öffentlichen Debatte hat das Thema internationale Steuergestaltung in letzter Zeit hohe Wellen geschlagen. Auch auf der politischen Bühne läuft inzwischen eine Reihe von Aktivitäten. Die EU hat sich mit einem „Aktionsplan zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung“ beteiligt. Dieser ist in der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament vom 06.12.2012 ausformuliert. Der Schwerpunkt liegt hier aber eindeutig bei der Steuerhinterziehung und weniger bei der formal legalen, aggressiven Steuergestaltung. Von den G 5 Staaten geht die Initiative FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) aus. Sie sieht einen verbesserten und teilweise automatisierten Datenaustausch mit den USA über Zinseinkünfte vor. Basis dafür ist die EU-Zinsrichtlinie. Die Informationen sollen zudem auf weitere Einkunftsarten ausgedehnt und somit bisherige Schlupflöcher geschlossen werden.

Die wichtigste Initiative zum Thema internationale Steuergestaltung geht allerdings von der OECD aus - ausgerechnet von der Organisation, die sich jahrelang auf die Fahnen geschrieben hatte, steuerliche Entlastungen für multinationale Konzerne zu erzielen. In der Vergangenheit hat die OECD Mustervereinbarungen für Doppelbesteuerungsabkommen entwickelt. Steuerliche Hürden für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten sollten so beseitigt werden. Jetzt hat die OECD das Projekt BEPS (Base Erosion and Profit Sharing) auf den Weg gebracht. Auf dem Treffen der G 20 Finanzminister am 19. und 20. Juli in Moskau wurde dieser Plan offiziell vorgestellt und gebilligt. Auf dem nächsten Gipfeltreffen der G 20 im September soll er von den Staatschefs verabschiedet werden.

ungen für Doppelbesteuerungsabkommen entwickelt. Steuerliche Hürden für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten sollten so beseitigt werden. Jetzt hat die OECD das Projekt BEPS (Base Erosion and Profit Sharing) auf den Weg gebracht. Auf dem Treffen der G 20 Finanzminister am 19. und 20. Juli in Moskau wurde dieser Plan offiziell vorgestellt und gebilligt. Auf dem nächsten Gipfeltreffen der G 20 im September soll er von den Staatschefs verabschiedet werden.

### Der Aktionsplan formuliert drei Kernanliegen:

1. Wertschöpfung muss dort versteuert werden, wo sie stattfindet.
2. Die weitgehende Vermeidung internationaler Doppelbesteuerung muss durch die Vermeidung der doppelten Nichtbesteuerung ergänzt werden.
3. Das internationale Steuerrecht muss verwaltungsmäßig vollziehbare rechtliche Anknüpfungspunkte für die Besteuerung digitaler Geschäfte in allen ihren Formen entwickeln.

Im Aktionsplan heißt es: „Es müssen neue internationale Standards geschaffen werden, um die Besteuerung von Unternehmenseinkünften auf internationaler Ebene abzustimmen. BEPS-Probleme können sich direkt aus dem Vorhandensein von Schlupflöchern sowie Regelungslücken, Widersprüchen oder Unstimmigkeiten beim Zusammenspiel der nationalen Steuervorschriften verschiedener Länder ergeben. Auf diese Art von Problemen ist in OECD-Standards oder bilateralen Abkommen bislang im Allgemeinen nicht eingegangen worden.“<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Zitiert nach der deutschen Arbeitsübersetzung des Bundesfinanzministeriums. [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales\\_Finanzmarkt/2013-07-23-G20Moskau.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/2013-07-23-G20Moskau.html)

Der Aktionsplan besteht aus einem Bündel von 15 konkreten Maßnahmen. Für die Umsetzung ist ein fester Zeitplan vorgesehen. In einem Zeitraum von 12 – 18 Monaten sollen Maßnahmen im Bereich hybrider Finanzierungen, Dokumentationspflichten für Verrechnungspreise und Berichte über notwendige Maßnahmen im Bereich der digitalen Ökonomie abgearbeitet werden. In den nächsten zwei Jahren sollen Fragen der Hinzurechnungsbesteuerung, Zinsabzugsmöglichkeiten, Betriebsstätten und die Verrechnungspreisgestaltung bei immateriellen Wirtschaftsgütern geregelt werden. Ferner auch Regelungen zu Datenerfassung, zu Offenlegungspflichten und zur Streitbeilegung. Länger als zwei Jahre werden nach dem Zeitplan für die Verrechnungspreisgestaltung bei Finanztransaktionen, ein Teil der Arbeit zu schädlichen Steuerpraktiken und die Entwicklung von Instrumenten zur Änderung der Abkommen in Anspruch nehmen.

In den BEPS-Prozess sollen möglichst viele Staaten aktiv eingebunden werden. Unter Beteiligung der UNO sind deshalb auch Entwicklungsländer eingeladen, sich an den Debatten und Regelungen zu beteiligen.

Insgesamt handelt es sich bei BEPS um ein ehrgeiziges politisches Projekt, das in die richtige Richtung weist. Auch wenn die Bundesregierung darauf verweist, mit den Regelungen zur Zinsschranke und zur Funktionsverlagerung bereits einiges in der Steuerpolitik BEPS-konform geregelt zu haben, so bleibt doch für alle Staaten noch eine Menge zu tun übrig. Wenn es tatsächlich gelingt, den Aktionsplan weitgehend umzusetzen, wird es substantielle Verbesserungen geben. Viele heute gebräuchliche internationale Steuergestaltungen werden dann nicht mehr möglich sein. Auf dem Weg dorthin wird es noch viele politische Widerstände geben.

Trotzdem reichen die beschlossenen Maßnahmen noch nicht aus.

## Steuerwettbewerb ist grundsätzlich schädlich

Das wichtigste, was zur Vermeidung von Steuergestaltung notwendig ist, ist umfassende Information. Bisher ist es schlicht nicht bekannt, in welchem Umfang und mit welchen Methoden Steuergestaltung betrieben wird. Es gibt immer wieder vereinzelte Informationen über Unternehmen oder über bestimmte Geschäftsmethoden. Einen wirklichen Überblick gibt es nicht. Um vollständige Transparenz zu ermöglichen, sind länderbezogene Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten (Country-by-Country Reporting) notwendig. Das ist derzeit in der Rechnungslegung so nicht vorgesehen. Dementsprechend liegen diese Informationen selbst in den Unternehmen nicht unbedingt vor. Eine solche Transparenzregelung geht weit über die Vorschläge der BEPS-Initiative hinaus. Der Vorschlag des Tax Justice Network<sup>4</sup>, eine solche Änderung in die laufende Überarbeitung der Richtlinie zur Rechnungslegung nach IFRS aufzunehmen, einschließlich Zahlen für Mitarbeiter und Lohnkosten, Kapitalgüter und Umsätze, ist sinnvoll und notwendig.

Eine solche Forderung findet sich auch in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen zur Bundestagswahl. Nur mit einer solchen vollständigen Transparenz können die Finanzbehörden und die politische Öffentlichkeit nachvollziehen, welche Wertschöpfungsanteile in welchem Land stattfinden und welcher Gewinn sich daraus ableitet. Die Unternehmerverbände werden dagegen kräftige Lobbyarbeit organisieren. Die derzeitige Präsenz des Themas Steuervermeidung in der öffentlichen Wahrnehmung muss dafür genutzt werden, eine solche Transparenz tatsächlich zu realisieren.

<sup>4</sup> Liebert/Henn: Stellungnahme des Tax Justice Network zum Fachgespräch im Finanzausschuss des deutschen Bundestages am 20.03.2013.

Die im Rahmen der OECD bisher angeordneten Maßnahmen leiden, bei allen richtigen Ansätzen im Detail, unter einer grundsätzlichen Inkonsequenz. Ähnlich wie die EU wird die Konzeption eines fairen Steuerwettbewerbs vertreten, der im Gegensatz zu einem unfairen Steuerwettbewerb steht. Unfairer Wettbewerb ist gekennzeichnet durch das Ausnutzen von Steuerschlupflöchern, von unterschiedlichen Gesetzen in verschiedenen Ländern. Im Gegensatz dazu wird der faire Wettbewerb mit unterschiedlichen Steuersätzen betrieben. Doch diese Unterscheidung ist eine Fiktion. Die Nichtbesteuerung von bestimmten Geschäftspraktiken, beispielsweise von Gewinnen, die im Ausland erwirtschaftet werden (USA) oder von durchlaufenden Lizenzentnahmen (Niederlande), ist in der Regel kein Betriebsunfall. Es ist ein bewusster politischer Akt der Nichtbesteuerung und Bestandteil einer aggressiven Wettbewerbsstrategie. Es unterscheidet sich damit prinzipiell nicht von einer anderen aggressiven Wettbewerbsstrategie, die wie in Irland mit einem Körperschaftsteuersatz von 12,5 Prozent Kapital anlocken will.

Steuerwettbewerb ist schädlich, er führt unmittelbar zu einem Steuersenkungswettlauf. Dabei ist es relativ unerheblich, ob die Steuersenkungen durch eine Verkleinerung der Berechnungsgrundlage oder eine Senkung der Steuersätze erfolgt. Allenfalls sind die Möglichkeiten, Steuersubstrat zu verschieben, im ersten Fall einfacher möglich. Das Ergebnis ist in jedem Fall die Aushöhlung der öffentlichen Finanzen. Länder, die sich nicht daran beteiligen, geraten unter Druck, dies ebenfalls zu tun. Führt dies zu einer geringeren Besteuerung von Kapital, fehlt dem Staat entweder das Geld für Infrastruktur, Sozialleistungen und Schuldendienst, oder die Arbeitseinkommen werden stärker belastet. Beide Varianten verringern den Wohlstand einer Gesellschaft.

Aber nicht nur die öffentliche Hand ist betroffen. Unternehmen, die nicht von einer Ver-

lagerung von Gewinnen oder der Produktion in Ländern mit geringeren Steuern profitieren können, erleiden im Wettbewerb einen Kostennachteil. Steuerwettbewerb bedeutet für viele Unternehmen eine Wettbewerbsverzerrung. Von der Logik müssten Niedriglohnstrategien innerhalb der EU unter das Beihilferecht fallen. Sie stellen faktisch eine nicht gerechtfertigte Subvention dar.

Neben der vollständigen Transparenz auf Länderebene stellt zumindest im Rahmen der EU eine Vereinheitlichung der Steuerregeln eine Möglichkeit zur Aushebelung schädlichen Steuerwettbewerbs dar. Ein solches Modell für eine Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung hat die EU Kommission im März 2011 vorgelegt: Eine Richtlinie über eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB). Politisch ist dieses Projekt seither nicht vorangekommen. Es stellt in der vorgelegten Fassung auch noch keine Lösung der Probleme dar. Zielsetzung für die EU-Kommission war nicht die Vermeidung von Steuerwettbewerb, sondern der Bürokratieabbau für Unternehmen, die sich nicht mehr mit vielen verschiedenen Steuersystemen auseinandersetzen sollten. In der bestehenden Fassung hätte es weitere Möglichkeiten kreativer Steuergestaltung eröffnet. Das kann nicht das Ergebnis einer solchen GKKB sein.

Grundsätzlich kann eine solche GKKB, die richtig ausgestaltet ist und mit Mindeststeuersätzen kombiniert wird, die Lösung der Probleme zumindest innerhalb der EU sein. Steuerwettbewerb durch Steuergestaltung würde konsequent ausgeschlossen, Steuerwettbewerb über Steuersätze würde begrenzt. Es lohnt sich, dieses Projekt politisch weiter zu verfolgen und zu befördern. ■

⇒ Wilfried Kurtzke ist Volkswirt und Politischer Sekretär in der Abteilung für Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall, dort zuständig für Makroökonomie und Steuerpolitik. Daneben ist er ein Mitsprecher bei der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

## Wachstum in Zeiten hoher Verschuldung

von Arne Heise



Man muss nicht Ökonomie studiert haben, um darüber verwundert zu sein, wie ein harter Sparkurs eine Volkswirtschaft wie die Griechenlands aus der tiefsten Krise seit über 80 Jahren führen soll. Und man braucht auch nur wenige Kenntnisse über gesamtwirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge, um verstehen zu können, dass eine massive Austeritätspolitik, wie sie Griechenland jetzt seit über 3 Jahren erlebt, diese Krise verschärft. Eine Konsolidierung des öffentlichen Haushalts wird so verfehlt, weil die Einnahmen weiter sinken und die Ausgaben bei steigender Arbeitslosigkeit und Armut nicht wie gehofft gesenkt werden können. Fraglos hat die Weltfinanzkrise in fast allen Ländern tiefe Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen und fast überall mussten (und müssen) Anstrengungen unternommen werden, um eine nachhaltige Finanzpolitik sicherzustellen. Dazu können Steuererhöhungen ebenso unvermeidlich sein wie Ausgabenkürzungen. Doch sollte eigentlich klar sein, dass hierbei größtes Augenmerk darauf gelegt werden muss, das Wirtschaftswachstum nach dem Einbruch während der Weltfinanzkrise schnellstmöglich wieder anzukurbeln. Wie geht dies mit den massiven Spar- und Austeritätsprogrammen zusammen, die Griechenland (und anderen Eurozone-Mitgliedsstaaten) von der EU unter deutscher Führerschaft, der EZB und dem IWF (der so genannten Troika) abverlangt werden?

Früher wurde behauptet, der negative Fiskalmultiplikator – also der über die direkten staatlichen Ausgabenkürzungen hinausgehende restriktive Nachfrageeffekt – sei bei staatlichen Austeritätsprogrammen eh nur gering. Eine Haushaltskonsolidierung könne

effektiver über Ausgabekürzungen als Einnahme- (ergo: Steuer-) erhöhungen durchgeführt werden. Diese frühere Begründung ähnlicher Finanzpolitiken wurden erst jüngst durch neuere Studien des IWF und der OECD widerlegt. Da kam eine neue Studie gerade recht – und es gibt Hinweise darauf, dass diese Studie die Argumentation der Troika in ihren Diskussionen mit hilfsbedürftigen Regierungen vielleicht nicht begründet, sie aber sicher legitimiert hat –, die eine Grenze für die öffentliche Verschuldung zu bestimmen glaubt, deren Überschreitung mit signifikanten Wachstumsverlusten bezahlt werden muss: Ende 2009 veröffentlichten die bekannten US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff ihre Schrift 'Growth in a Time of Debt', als Diskussionspapier. Anfang 2010 stellten sie es auf der Jahrestagung der American Economic Association vor und publizierten es in der Zeitschrift *American Economic Review*<sup>1</sup>. Die beiden Autoren von der University of Maryland und der Harvard University (also den Tempeln der US-Wirtschaftswissenschaft) bestimmen eine Verschuldungshöchstgrenze von 90 Prozent des BIP. Die Botschaft ist klar: Ist diese Grenze erst einmal überschritten, ist die Wachstumsoption unmöglich. Deshalb hilft in solchen Fällen nur ein scharfer Sparkurs – Austeritätspolitik eben –, um die Bedingungen für Wachstum in diesen Ländern wieder herzustellen. Ähnliches hat man im Zusammenhang mit den Konditionen der Liquiditätshilfen an Griechenland auch von Angela Merkel gehört.

<sup>1</sup> Reinhart, C.M. und Rogoff, K.S.; Growth in a Time of Debt; in: *American Economic Review, Proceedings and Papers* No.100, 2010, S. 573 - 578

Der Haken an der Sache ist nur, dass diese Studie nicht nur wissenschaftlichen Standards in keiner Weise standhält, sondern unglaubliche Berechnungsfehler beinhaltet. Zwar können auch renommierte Wissenschaftler, die regelmäßig bei der Vergabe des nächsten Nobelpreises ins Spiel gebracht werden, mal Fehler machen. Doch dass die Ergebnisse so ungeprüft und die Fehler so unbemerkt durch den Begutachtungsprozess der angeblich besten wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift liefen, ist schon an sich skandalös. Die Folgen einer dadurch begründeten, sehr wahrscheinlich fehlerhaften Konsolidierungspolitik sind in Griechenland, aber auch Portugal und Spanien mit einer Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent unübersehbar. Fast schon grotesk wird die ganze Sache, wenn man sich vor Augen führt, dass ein Student an einer als heterodox bekannten US-Universität den Stein ins Rollen gebracht hat: Er hatte schlicht versucht, die Ergebnisse der empirischen Arbeit von Reinhart/Rogoff zu replizieren – kam aber immer wieder zu gänzlich anderen Ergebnissen, die die 90 Prozent -Verschuldungsgrenze nicht bestätigten. Es stellte sich schliesslich heraus, dass Reinhart/Rogoff in ihrer vergleichenden Länderstudie, in der sie Daten über einen Zeitraum von bis zu 200 Jahren verwendeten, nicht nur einzelne Länder bzw. Zeitabschnitte, die das Ergebnis nicht stützten, mit dubiosen Begründungen unterschlugen, sondern auch eine kaum haltbare Aggregationsmethode anwendeten. Unglaublich, aber dennoch wahr ist zudem, dass sie bei der Berechnung von Durchschnitts- und Mittelwerten, auf die sich das Ergebnis der Studie wesentlich stützt, schlichtweg die im Computerprogramm 'Excel' eingebauten Definitionsbereiche falsch gesetzt hatten und damit wieder einige Länder – diesmal aber fälschlicherweise und ohne Begründung – unberücksichtigt gelassen hatten.

In Stellungnahmen versuchen Reinhart/Rogoff den entstandenen Schaden (natürlich

nur für sich, nicht für die von Austeritätspolitik betroffenen Ländern) zu begrenzen. Dabei konzidieren sie zwar ihre Fehler, halten am Ergebnis aber insofern fest, dass sie erklären auch die Kritiker würden einen Zusammenhang zwischen steigender Verschuldung und sinkenden Wachstumsraten nicht leugnen. – Doch wurde dies nie bestritten. Es dürfte vielmehr klar sein, dass es einen wahrscheinlich nicht-linearen Zusammenhang zwischen beiden Größen gibt, was sogar die Idee einer ominösen Höchstgrenze der öffentlichen Verschuldung nahelegt. Bestritten wird, dass diese Grenze – quasi objektiv und unabhängig von den jeweiligen Rahmenbedingungen und politisch-institutionellen Voraussetzungen einzelner Länder – in von vielen Ökonomen so gerne verwendeter 'one-size-fits-all'-Manier bestimmt werden kann. ■

↳ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

# Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

# 16

## Arsch huh, Zäng ussenander<sup>1</sup>

Fast **16** Stunden dauerte die längste Sitzung des Bundestags in dieser Legislaturperiode. Sie begann am Donnerstag, den 27.6.2013 um 9 Uhr und endete am darauf folgenden Tag um 0.51 Uhr. Es war die vorletzte Sitzung vor der Sommerpause. Und unter Hochdruck sollten noch schnell Beschlüsse gefasst werden. Es ist der Teil *der* Politik, der selbst für politisch Engagierte oder Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nur schwer nachvollziehbar ist. Denn wie erklärt man, dass in eben dieser Bundestagssitzung die CDU einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ablehnte, der die Länder ermächtigen sollte, in Gebieten mit Wohnraumangel bei Neuvermietungen nur noch Mietpreiserhöhungen von bis zu zehn Prozent im Vergleich zur ortsüblichen Miete zuzulassen, obwohl die Union genau so eine Mietpreiskontrolle in ihrem Wahlprogramm fordert?

Es werden also 16 Stunden lang Reden gehalten, deren Argumente niemanden überzeugen sollen oder können, da sich die Fraktionen längst – unter allen möglichen inhaltlichen, taktischen und sonstigen Erwägungen – ihre Meinungen gebildet haben. Auch die Medien berichten selten über die vorgetragenen Argumente. Wer kann es also verübeln, dass in der breiten Bevölkerung die Meinung vertreten wird, die Parteien machten keinen Unterschied und Politik werde ohnehin in den Hinterzimmern der Lobbyisten gemacht? Wie also in diesen Tagen für politische Ideen werben, wenn fast drei Viertel der Bundesbürger den politischen Parteien eher *nicht* vertrauen?

Mit Feuer! Denn nur wer selbst für die Ideen brennt, kann andere überzeugen. Die Vorstellung, dass es noch in diesem Jahr möglich sein könnte, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen und das überflüssige Betreuungsgeld wieder abzuschaffen, DAS muss der Wind unter den Flügeln der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sein.

Mit Aufrichtigkeit! Sachorientierte Politik in den Parlamenten, ja, die gibt es. Die NRW-SPD hat zu Zeiten ihrer Minderheitsregierung gezeigt, dass es die Stärke der Sozialdemokratie ist, mit allen Fraktionen an konkreten Sachfragen zusammenarbeiten zu können. Unterschiede zwischen den Parteien zu betonen, liegt in der Natur des Wahlkampfes. Themen statt personalisierter Schaukämpfe dabei ins Zentrum zu rücken, ist die große Herausforderung.

Mit Geduld! Vertrauen ist ein zartes Pflänzchen und muss kontinuierlich gepflegt werden. Es kann nur im persönlichen Miteinander erwachsen. Deshalb findet der Wahlkampf nicht nur unterm Sonnenschirm am Marktplatz statt, sondern täglich im Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, in der Familie und in Freundschaften.

Und vor allem: OHNE Zynismus. Der Versuch, die eigenen kognitiven Dissonanzen mit einem flotten Spruch aufzulösen, kann nur fehlschlagen. Dieser Wahlkampf ist anstrengender und unangenehmer als erhofft. Doch die Lage in Europa ist zu ernst, als dass wir riskieren können, dass es weitere vier Jahre so weiter geht wie zuletzt. Deshalb „**Arsch huh, Zäng ussenander**“ ■

<sup>1</sup> = Arsch hoch, Zähne auseinander auf Kölsch

☞ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

## Arbeit sicher und fair verlangt den politischen Kurswechsel

von Jan Machnig und Hans-Joachim Schabedoth

In schöner Regelmäßigkeit sonnt sich die schwarz-gelbe Bundesregierung an den positiven Arbeitsmarktdaten, lehnt sich entspannt zurück und proklamiert, dass sie „für die gute Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt“ verantwortlich sei. „Deutschland gehe es gut“. So lautet die sich in Endlosschleifen wiederholende Botschaft, die die Menschen im Schlafwagenabteil Richtung 22. September fahren soll.

Doch zu viel Sonne ist ja bekanntlich ungesund und kann den Blick für Realitäten auf dem deutschen Arbeitsmarkt schon mal erschweren. Wenn man die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland befragt, tut sich eine komplett entgegen gesetzte Welt auf. Mit großer Mehrheit fordern die Beschäftigten einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Das ist ein zentrales Ergebnis der größten Beschäftigtenbefragung, die es in Deutschland jemals gab. Insgesamt haben sich über 514.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der IG Metall-Befragung „Arbeit: sicher und fair!“ beteiligt und noch vor der Bundestagswahl im September 2013 ihr Votum über die drängendsten politischen Herausforderungen abgegeben.

Gute Arbeit in all ihren Facetten ist für die große Mehrheit der befragten Beschäftigten ein zentraler Bestandteil für ein gutes und gelingendes Leben. Die konkreten Arbeitsbedingungen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen dazu in krassm Widerspruch. Niedriglöhne, atypische Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsstress, psychisch belastende Arbeitsbedingungen, ungleiche Entlohnung, fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie mangelnder Respekt und fehlende Anerkennung sind Ausdruck dieser Entwicklung. Selbst aktuelle Studien des politisch unver-

dächtigen Statistischen Bundesamtes verweisen auf eine Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind auf dem Vormarsch. Insgesamt hat sich der Anteil der Leiharbeiter, Minijobber, befristet oder in Teilzeit Beschäftigten seit den 1990er Jahren von etwa 20 Prozent auf mehr als ein Drittel erhöht. Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind allein circa 7,4 Millionen Menschen geringfügig beschäftigt. Davon sind fast fünf Millionen in einem ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Der Rest, also etwa 2,5 Millionen Beschäftigte, hat neben seiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einen Zweitjob zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Hinzu kommt, immer mehr Menschen in Deutschland haben lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag. Etwa zehn Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sind zeitlich begrenzt. Im Jahr 2001 lag die Quote noch bei 6,1 Prozent. Drastisch bemerkbar macht sich das insbesondere beim Einstieg in das Erwerbsleben. Im Jahr 2011 erhielten 45 Prozent der neu eingestellten Arbeitnehmer lediglich einen befristeten Vertrag.

Immer öfter schützt Erwerbsarbeit nicht mehr zwingend vor Armut. Deutschland hat inzwischen den siebtgrößten Niedriglohnsektor in der EU. Etwa 6,8 Millionen arbeiten für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. 1,4 Millionen Menschen arbeiten sogar für weniger als 5 Euro die Stunde. Deutschland hat heute zwei Klassen von Beschäftigten. Während die einen in einem festen Arbeitsverhältnis mit einem zumeist ausreichenden Lohn sind, befinden sich die anderen in atypischen Arbeitsverhältnissen, in denen sie sich unter Wert verkaufen müssen. Selbst dort, wo die Arbeitsbedingungen keinen unmittelbaren Anlass dazu bieten, hat sich ein

erhöhtes Verunsicherungspotential, ein Gefühl des Ausgeliefertseins breit gemacht.

### Weckruf für die Politik

Wie die IG Metall Beschäftigtenbefragung zeigt, lehnen die Beschäftigten die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und die damit einhergehend Spaltungstendenzen ab. Sie fordern eine Neuordnung des Arbeitsmarktes, wobei gute und sichere Arbeitsbedingungen im Zentrum stehen. Die Beschäftigten wollen eine Politik, die sich für die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses einsetzt, also für eine unbefristete und angemessen bezahlte Arbeit. Niedriglöhne und atypische Beschäftigungsverhältnisse sollen dagegen eingedämmt werden.

Insgesamt 88 Prozent bezeichnen einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig“. Und 83 Prozent halten ein ausreichendes und verlässliches Einkommen für „sehr wichtig“. Der Trend zur Prekarisierung der Arbeitswelt wird als Fehlentwicklung empfunden. Über 90 Prozent der Befragten fordern, dass der Niedriglohnsektor eingedämmt wird. Für „sehr wichtig“ halten das insgesamt 62 Prozent. Die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ müsste ganz oben auf der Themenliste der Politik stehen, ginge es nach den befragten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im gleichen Maße befürworten die Befragten – unabhängig von der eigenen beruflichen Situation – einen allgemeinverbindlichen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.

### Handlungsaufträge für die Politik

Die Jahre schwarz-gelber Regierungsarbeit haben Fehlentwicklungen auf den Arbeitsmärkten geduldet und sogar gefördert. Regiert wurde auch auf diesem Handlungsfeld der Politik nach dem Muster, die Menschen durch Ankündigung zu beruhigen, aber ansonsten alles bei den alten Problemlagen

zu belassen. (Vgl. dazu: Hans-Joachim Schabedoth: Angela Merkel regiert, Deutschland verliert, Marburg 2013) Die Bank mit den unerledigten Arbeitsaufträgen ist immer länger geworden. Die Kanzlerin und ihre Arbeitsministerin kennen die Problemlagen. Über die Praxis des Lohndumpings durch den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen empören sich beide nicht minder wie ihre politischen Konkurrenten aus den Oppositionen. Während diese jedoch über keine hinreichende Entscheidungsmacht verfügen, verweigert das Regierungslager tatkräftige Hilfe des Gesetzgebers beim Auflösen der erkannten oder zumindest nicht geleugneten Problemlagen. Nicht anders wird verfahren mit der Frauenquote bei der Besetzung von Aufsichtsratsmandaten und auch auf den Feldern der Qualifizierung und Bildung. Man muss es ganz deutlich sagen: Sie wollen nicht! Die vorab skizzierten Wandlungsprozesse in der Arbeitswelt werden zwar zur Kenntnis genommen, aber ein Gegensteuern unterbleibt. Wie die IG Metall-Beschäftigtenbefragung einmal mehr dokumentierte, ist es trotzdem bei der Erwartung geblieben, die Politik dürfe nicht nur Zuschauer bleiben. Die Wandlungsprozesse in der Arbeitswelt vollziehen sich ja nicht im Selbstvollzug von Sachnotwendigkeiten und auch nicht alleine durch die viel beschworene Logik der Kapitalverwertungsprozesse. Auch hier sind es Entscheidungen oder Unterlassungen, die auf Förderer und Gegenkräfte, auf Nutznießer oder Opfer treffen. Eine Politik, die sich dem allgemeinen Ziel verpflichtet weiß, die Würde des Menschen zu respektieren, dem Gemeinwohl zu dienen, den Nutzen zu mehren und Schaden abzuwehren, kann sich nicht auf die Rolle des Beobachters von Wandlungsprozessen in der Arbeitswelt zurückziehen. Wenn es anerkanntes Ziel ist, die Voraussetzung für gutes Arbeit und Leben zu erhalten und auch zu verbessern, folgt daraus eine Verpflichtung auf steuernde Einflussnahme. Die Selbstblockade der drei Regierungsparteien und demonstrative Enthaltung bei regulierender Einflussnahme haben

die Ordnung in der Arbeitswelt nachhaltig zerstört. Gerade zu Wahlzeiten muss darüber die öffentliche Debatte geführt werden.

Auf der Liste der dringend geforderten Neuordnung des deutschen Arbeitsmarktes ganz oben stehen Anliegen wie die folgenden:

- Die längst überfällige Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50 Euro.
- Die Herabsetzung der Geringfügigkeitsgrenze bei Minijobs und das Vermeiden des Missbrauchs zu Lohndumpingzwecken.
- Die Abschaffung sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen. Ein Arbeitsvertrag sollte in der Regel unbefristet sein, damit die Menschen Planungssicherheit und Perspektiven erhalten. Leiharbeit muss endlich wieder auf ihre eigentliche Funktion begrenzt werden: als Ausgleich für Auftragspitzen, bei gleicher Entlohnung wie die Stammbelogschaft und nicht als Vehikel für Niedriglöhne. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss in den Betrieben für alle gelten, ob Mann oder Frau, Angestellter oder Leiharbeiter. Der Missbrauch von Werkverträgen zu Lohndumpingzwecken muss gestoppt werden.
- Durch die Kopplung mit Auflagen bei der Vergabe öffentlicher Fördergelder und Aufträge muss das Prinzip gute Arbeit befördert werden. In diesem Sinne hat auch der öffentliche Arbeitgeber eine Verpflichtung, die Muster für gute Arbeit neu zu akzentuieren, statt den Beschäftigten in öffentlichen Diensten die schlechten Praktiken aus der Privatwirtschaft überzustülpen, wie das leider immer noch vorkommt.

Staatliche Politik hat zudem erheblich ungenutzte Einwirkungsmöglichkeiten, um das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Es ist ein fundamentaler Irrtum, Arbeitsplatzsicherheit auf das Paradigma des Wettbewerbs mit Billiglohnländern ausrichten zu wollen, statt sich durch Förderung von Innovationen und Zukunftstechnologien für den Wettbewerb mit innovationskräftigen Volkswirtschaften zu rüsten. Unter diesem Aspekt erweisen sich nahezu alle Teilsegmente des deutschen Bildungssystems als nur eingeschränkt zukunftstauglich.

In den noch verbleibenden Tagen bis zur Wahl wird sich erweisen müssen, ob es möglich ist, die Anliegen der Menschen, wie sie beispielhaft die Befragung der IG Metall „Arbeit: sicher und fair“ einmal mehr erkennbar gemacht hat, in den Mittelpunkt von Wahlentscheidungen zu rücken. Die IG Metall wird ihre Möglichkeiten nutzen und ihren Teil tun, um die Notwendigkeiten eines politischen Kurswechsels einsichtig zu machen. Denn es reicht nicht, die Versäumnisse bloß zu beklagen. Gefordert ist eine Politik, die Probleme lösen statt nur verwalten will. Warum sollte es nicht möglich sein, dafür zu mobilisieren und zu begeistern? Auf Dauer kann sich eine Politik, die für die Interessen einer Mehrheit keinen oder kaum einen Nutzen hat, auch dann nicht behaupten, wenn ihre Repräsentanten gefälliger wirken als ihre Herausforderer. Denn was letztendlich schwerer wiegt als Popularitätswerte der politischen Akteure, das sind die Werte für das Zusammenleben der Menschen. Dabei zählen Maßeinheiten wie gute Arbeit oder gelingendes Leben mehr als die Entertainmentqualität des Politischen. ■

↳ Jan Machnig, geboren 1983, Politikwissenschaftler, arbeitet in der Abteilung Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall.

↳ Dr. Hans-Joachim Schabedoth ist Politikwissenschaftler und arbeitet in der Abteilung Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall. Er war bis 2009 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB Bundesvorstand ist SPD Bundestagskandidat im Wahlkreis Hochtaunus mit zahlreichen Veröffentlichungen zur Regierungsarbeit in den Jahren mit Kohl, Schröder, Schwarz-Rot und jetzt aktuell Chronik und Bilanz schwarz-gelber Politik (Schüren Verlag 2013).

## 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Die offizielle Geschichtsbild der SPD erscheint in ihrem 150jährigen Jubiläum häufig zu linear und eindimensional. Besonders das linkssozialistische Erbe der Partei ist darin unterrepräsentiert oder findet keine Erwähnung.

Ausgehend von dem spw-Schwerpunkt „Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken“ haben wir uns vorgenommen, über das gesamte Jahr hinweg an bekannte wie vergessene Akteure der SPD-Linken zu erinnern und die Bedeutung ihres politischen Denkens und Wirkens

für die Gegenwart zu diskutieren. Darüber hinaus nehmen wir die Fachpublikationen über die Parteigeschichte in den Blick unserer Rezensionen.

Es geht uns mit dieser Reihe nicht um eine andere, sondern um eine facettenreichere Geschichte der Sozialdemokratie.

In diesem Heft erinnern wir an Paul Levi, die mit ihm verbundene Geschichte der spw und den früheren Juso-Vorsitzenden Franz Lepinski. ■

### Paul Levi und die spw

von Michael R. Krätke



☞ Paul Levi,  
Paul Levi (1883-1930),  
Begründer der spw.

Foto: © FES, Archiv der sozialen  
Demokratie

Paul Levi, 1883, im Todesjahr von Karl Marx geboren, war eine herausragende Gestalt der Weimarer Sozialdemokratie. Weder Minister, noch Partei- oder Fraktionsvorsitzender, nur einfacher Abgeordneter der SPD. Jedoch eine geistige und moralische Macht, mit der man rechnen musste, der führende Kopf, die Integrationsfigur der SPD-Linken. In der großen Krise der ersten Republik, die er kommen sah, hätten große Teile der deutschen Arbeiter-

erschaft auf ihn gehört. Sein früherer Tod mit 47 Jahren, am 9. Februar 1930, drei Jahre vor dem Untergang der Weimarer Republik, war ein großes Unglück für die deutsche Linke. Klarer als andere sah er das Dilemma der Linken: In der ungeliebten Republik war die Demokratie „in der Sozialdemokratie fast allein zu Hause“; die Arbeiterbewegung musste eine Staatsform verteidigen gegen die Kräfte und Mächte von gestern und sie erfüllen mit dem Geist von morgen. Den Kampf um den sozialen Inhalt der demokratischen Republik konnte die Arbeiterbewegung nur gewinnen, wenn sie sich vereinigte. Im Bruderkampf verstrickt, müssten die feindlichen Arbeiterparteien zusammen mit der Republik zugrunde gehen.<sup>1</sup> Paul Levi sah die Gefahr, die von den aufsteigenden reaktionären, faschistischen Massenbewegungen im Nachkriegseuropa ausging, früher und klarer als viele andere.

<sup>1</sup> Vgl. Paul Levi, Die Einigung, in: Unser Weg, 4. Jg., 1922, H. 14, S. 296; ders., Warum gehen wir zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei?, in: Unser Weg, 4. Jg., 1922, H. 16, S. 335.

Lange war er vergessen. Für Anhänger des „Marxismus-Leninismus“ war der entschiedene Kritiker des Leninismus eine Unperson, für die SPD-Hausgeschichtsschreibung ein unsicherer Kantonist, ein „Quertreiber“, der unter vulgärdemokratischen Illusionen und sonstigem ideologischen Ballast litt.<sup>2</sup> Erst als die Studentenbewegung 1968 die verschütteten Traditionen der sozialistischen Bewegung in Deutschland für sich wieder entdeckte, fand sich ein Verlag bereit, eine Levi-Biographie und eine Auswahl seiner Schriften zu veröffentlichen. In dieser längst vergriffenen Auswahl fehlen allerdings viele, allzu viele seiner wichtigen Schriften, darunter die meisten der Artikel, die er von 1923 bis 1928 in der wichtigsten seiner Zeitschriften, der „Sozialistischen Politik und Wirtschaft“ schrieb.<sup>3</sup> Die spw war Levi Organ, sie erschien in einigen Tausend Exemplaren als Korrespondenz; viele ihrer Artikel, vor allem Levis Artikel zur Weltpolitik, zur deutschen Außen- und Innenpolitik und zur Sowjetunion, wurden in der sozialdemokratischen Presse nachgedruckt. In der spw, ab 1928 mit dem „Klassenkampf“ fusioniert, führte Levi seinen Kampf um Geist und Seele der Sozialdemokratie. Auf den Parteitag der SPD hatte die Linke einen schweren Stand. Im Reichstag ließ die SPD Fraktion Levi, ihren anerkannten Experten für Rechtspolitik, ihren besten, weithin bewunderten und gefürchteten Redner, selten zu Wort kommen. Dennoch wuchs sein Einfluss, auch dank der Resonanz, den er in der linksliberalen, bürgerlichen Öffentlichkeit fand. Levi war ein Politstar der Weimarer Republik, als Anwalt, als Publizist, als Redner bekannt, gefürchtet und bewundert.

Levi wurde vor kurzem auch in der PdS bzw. der PdL als Kritiker des Leninismus wieder entdeckt und gilt heute als eine zentrale Gestalt des Linkssozialismus.<sup>4</sup> Vor kurzem erschien die erste Auswahl von Paul Levis Schriften in englischer Sprache. Für englischsprachige Leser sieht es so aus, als habe Levis politisches Leben sich nur in der KPD und Komintern abgespielt; als Vordenker der Sozialdemokratie tritt er kaum in Erscheinung.<sup>5</sup>

Richard Löwenthal nannte ihn den „ersten Eurokommunisten“.<sup>6</sup> In der Tat war Paul Levi, der linke Sozialdemokrat, kurze Zeit, knapp zwei Jahre lang, Vorsitzender der KPD. Als führendes Mitglied des Spartakusbunds, einer der drei „L“, die auf der Mordliste der Freikorps obenan standen, überlebte er nur, weil er im Gefängnis saß, während Luxemburg, Liebknecht und Leo Jogiches ermordet wurden. So fiel ihm, dem schwäbisch-jüdischen Anwalt, dem intellektuellen Bourgeois, der so gar nicht in die Rolle des Arbeiter- oder Revolutionsführers zu passen schien, die Führung der kurz zuvor gegründeten Partei zu. Im April 1921, nach seiner öffentlichen und schonungslosen Kritik an der Putsch- und Katastrophenpolitik der Komintern, wurde er ausgeschlossen. Als unabhängiger Sozialist, als oppositioneller Kommunist blieb er mit einer kleinen Gruppe im Reichstag, 1922 kehrte er zur Sozialdemokratie zurück, erst zur USPD, dann mit den Resten der USPD zur SPD.

2 Vgl. Georg August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin / Bonn 1985, S. 555.

3 Vgl. Charlotte Beradt, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1969; Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, herausgegeben von Charlotte Beradt, Frankfurt a.M. – Wien 1969. Diese Auswahl enthält einige der zentralen Schriften Levis, andere fehlen, so z.B. seine Broschüre über das Sachverständigengutachten (eine der wenigen politisch-ökonomischen Analysen von Levis Hand) oder seine Skizzen zur antiken Geschichte, über Sokrates, Scipio Africanus und Catilina, damals wie heute lesenswerte Proben von Levis herausragendem Talent zur historischen Analyse. Eine halbwegs vollständige „Gesammelte Werke“ Ausgabe fehlt bis heute.

4 Vgl. Jörn Schütrumpf, Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: Utopie kreativ, H. 150, April 2003, S. 330 – 342; Uli Schöler, Der unbekannte Paul Levi?, in: Utopie kreativ, H. 165/166, Juli/August 2004, S. 737 – 751; Michael R. Krätke, Paul Levi – eine Idealfigur des Linkssozialismus?, in: Klaus Kinner (Hrsg.), Die Linke – Erbe und Tradition, Bd. 2, Wurzeln des Linkssozialismus, Berlin 2010.

5 Vgl. In the Steps of Rosa Luxemburg. Selected Writings of Paul Levi, Edited and introduced by David Fernbach, Brill: Leiden 2011. Eine Paperbackausgabe erschien 2012 bei Haymarket. Diese verkehrte Wahrnehmung passt in eine politisch-theoretische Szene, in der allerlei Experten für Kommunismus, in der Regel des Deutschen nicht mächtig, bis heute über die Möglichkeiten einer Machtergreifung durch die KPD in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, von 1919 bis 1923, fabulieren und an Legenden über den Verrat der Sozialdemokratie weiterbasteln.

6 Vgl. Richard Löwenthal, Eine Entscheidung gegen Lenin, in: Vorwärts, Nr. 18, 23. 4. 1981.

Wie Rosa Luxemburg, mit der er seit 1913 in enger Freundschaft verbunden war, hielt Paul Levi gar nichts vom Leninschen Konzept einer Avantgardepartei von Berufsrevolutionären. In Westeuropa, in Deutschland sei nur eine demokratische Massenpartei der Linken Erfolg versprechend, eine Partei, die als Teil der breiten Arbeiterbewegung wirke und dem korrigierenden Einfluss großer Massenorganisationen neben und hinter ihr (Organisationen der „Zivilgesellschaft“, wie Gramscianer sagen) unterliege. Nur der „Geist der Demokratie“ halte diese Bewegung als Volks- und Massenbewegung lebendig.<sup>7</sup> Daher scheute er weder den Kampf gegen das Sektierertum der linksradikalen Avantgardisten noch den Kampf gegen den Putschismus und Kontrollwahn der Kommunisten und brach mit der KPD, als sie sich unter dem Einfluss von Komintern-Emissären mit der blutigen Märzaktion des Jahres 1921 neben, über und gegen die reale Arbeiterbewegung stellte. Er griff die KP-Führung und die Komintern öffentlich an, nicht nur weil sie taktische und strategische Fehler machten, sondern weil sie sich an Geist und Tradition der sozialistischen Bewegung versündigten als sie Arbeiter als „Kanonenfutter der Revolution“, für reine Machtergreifungsphantasien sinnlos verheizte. In Levis Augen ein Verrat, ein politisches Verbrechen. Lenin tobte, obwohl er wusste, dass Levi der einzige Kopf in der deutschen Partei war und völlig Recht hatte. Die Parteidisziplin, das Prinzip einer autoritären Kaderpartei verlangte Levis Demütigung, zu Kreuze kriechen sollte er. Undenkbar für einen Mann wie Levi, der seine Überzeugung nicht verkaufte, sich von keiner Obrigkeit, keiner Parteiinstanz oder Tscheka den Mund verbieten ließ. „Geistig frei und niemandes Knecht“, Paul Levi meinte, was er sagte.

7 So Paul Levi an seine kommunistischen Parteigenossen gerichtet in seiner Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“ von 1921 (wieder abgedruckt in: Paul Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Reden, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. von Charlotte Beradt, Frankfurt a.M. – Wien 1969, S. 71ff).

Nach seiner Abkehr von der KPD veröffentlichte Paul Levi 1922 Rosa Luxemburgs Kritik an der Politik der Bolschewiki. Die Broschüre „Die russische Revolution“, mit der Einleitung von Paul Levi, ist bis heute einer der Schlüsseltexte des demokratischen Sozialismus. Rosa Luxemburg hatte diesen brillanten Text 1917/18 im Breslauer Gefängnis geschrieben, allerdings auf Levis Drängen nicht veröffentlicht. Sie schrieb ihre Kritik für ihn: „Ich schreibe diese Broschüre für Sie [...] und wenn ich nur Sie damit überzeugt haben werde, so habe ich diese Arbeit nicht vergeblich geleistet.“<sup>8</sup> Sie hatte ihn überzeugt, Levi fand, dass der Gang der russischen Revolution seit Oktober 1917 Rosa Luxemburgs Kritik voll bestätigt habe.

Luxemburgs Kritik schlug ein. Lenin tobte, die KPD, die ganze Komintern schrie und suchte zu beweisen, dass Luxemburg sich geirrt bzw. Levi ihre Schrift gefälscht habe. Es traf sich, dass das Originalmanuskript nicht vorhanden war und erst einige Jahre später wieder auftauchte. Felix Weil untersuchte es genau und verglich es mit Levis Ausgabe. In der Tat fanden sich kleinere Unterschiede, weil Levi statt des 1922 unauffindbaren (handschriftlichen) Originals eine Schreibmaschinenabschrift benutzt hatte. Von Fälschung jedoch keine Spur.<sup>9</sup>

In seiner Einleitung zu Luxemburgs Kritik legte Paul Levi seine Auffassung von Demokratie und Klassenherrschaft dar. Denn das war damals, in den Anfangsjahren der NEP (der Neuen Ökonomischen Politik) für Lenin und seine Anhänger das entscheidende Argument: Wir können zwar keine sozialistische Politik machen, wir müssen den Kapitala-

8 Paul Levi zitiert dies Schreiben Rosa Luxemburgs an ihn im Vorwort zu seiner Ausgabe der „Russischen Revolution“ (vgl. Paul Levi, Vorwort, wieder abgedruckt in: Paul Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. von Charlotte Beradt, Frankfurt a.M. – Wien 1969, S. 96).

9 Vgl. Felix Weil, Rosa Luxemburg über die russische Revolution. Einige unveröffentlichte Manuskripte, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Jg. 8, 1928, S. 285 – 298.

lismus wieder zulassen und mit allen Mitteln fördern, aber wir behaupten die Staatsmacht, wir haben eine neue, eine andere Staatsform begründet, in der die Arbeiterklasse herrscht. Levi bestritt das. Form und Inhalt, die Gestalt der politischen Institutionen und die reale Machtverteilung sowie die Herrschaftsverhältnisse in einem Staat sind zu unterscheiden, sie können sich verschieden entwickeln. Auch wenn die „Decke der proletarischen Form des Staates“ mehr oder minder gleich bleibt, kann sich unter dieser Decke ein Wandel vollziehen, der den sozialen Inhalt, den Charakter des Staates völlig verändert. Und genau das war in der Sowjetunion geschehen. Es musste geschehen, weil der Aufbau, die Form des neuen proletarischen Staates durch die Bolschewiki nach dem Leninschen Parteikonzept gemodelt wurde. Wie nach Lenins Vorstellung (und im Gegensatz zum Konzept der demokratischen Massenpartei) die Avantgardepartei die Klasse im Klassenkampf führt und kommandiert, so regiert die Partei nach der Machtergreifung für die Klasse, aber an ihrer Stelle, also ohne und notfalls gegen sie. Die Partei bzw. ihre Führung, das Zentralkomitee, entscheidet über das Maß an Demokratie, über die jeweilige Regierungsform, die ein Mehr oder Weniger an politischer Freiheit, politischen Rechten für die Arbeiterklasse wie für andere soziale Klassen erlaubt. Wenn eine Leninsche Kaderpartei sich anmaßt, ganz allein über das Ob und das Maß an politischer Demokratie zu entscheiden, verwandelt sich der Staat, der die politische Form der sozialen Herrschaft der Arbeiterklasse (der „Diktatur des Proletariats“, so wie man sie im 19. Jahrhundert, zu Lebzeiten von Marx und Engels verstand) in etwas ganz anderes, in eine Parteidiktatur, die politische Form der Herrschaft bürokratischer Eliten, einer politischen Klasse, die sich auf wechselnde soziale Klassen (die Bauern, eine neue, staatskapitalistische Bourgeoisie) stützen kann. „Selbst im Sowjetsystem kann dann die Diktatur der Bourgeoisie (oder der Bauern) über das Proletariat sich

erheben“, die „proletarische Staatsform“ also zur politischen Form einer anderen Klassenherrschaft mutieren.<sup>10</sup> Immer wieder stellt Levi in dieser Einleitung, seinem politischen Glaubensbekenntnis, der Leninschen Konzeption seine und Luxemburgs Vorstellung einer demokratisch sozialistischen Massenbewegung entgegen, die als „erste in der Geschichte der Klassengesellschaften“ in allen ihren Momenten, als Opposition, als Regierung, als Minderheit wie als Mehrheit, im bürgerlichen wie im proletarischen Staat auf die selbständige, eigene Aktion, die Selbstbestimmung und Selbstregierung der großen Masse des Volks ausgerichtet ist.<sup>11</sup>

In der spw setzte Levi seinen Zweifrontenkampf gegen den Bolschewismus und beginnenden Stalinismus und gegen die sich mit allen Mächten der alten Gesellschaft arrangierende sozialdemokratische Rechte fort. Kaum einer hat den Grundfehler des so genannten „Leninismus“, der mit Lenins „seltsamen Ideen“ selbst begann, so scharf attackiert wie Paul Levi: Aus jeder taktischen Wendung, aus jedem Hasardspiel, aus jedem politischen Fehler und jedem Desaster eine „Theorie“, ein neues Dogma zu basteln, vertrug sich nicht mit der von Marx und Engels begründeten Tradition eines „wissenschaftlichen“, d.h. sozialwissenschaftlich aufgeklärten, kritischen, methodenbewussten, und „demokratischen“, d.h. im Blick auf das Ergebnis offenen Sozialismus. Kaum einer hat die fatale Illusion einer „Entwicklungsdiktatur“ als Weg zum Sozialismus so entschieden kritisiert. Über die „schmähliche russische Wirtschaft“, die das Resultat der verfehlten Leninschen Politik war, machte er sich keine Illusionen, über jene bitterböse „Karikatur des Kommunismus“ wie über jene falsche Lesart Marxismus, die die Bolschewiki zur Staatsdoktrin erhoben und der sie alle guten

<sup>10</sup> Vgl. Paul Levi, Einleitung, wiedergedruckt in: Paul Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a.a.O., S. 119, 125, 129 (das Zitat steht auf S. 129).

<sup>11</sup> So Paul Levi, ebd., S. 115 u.ö.

Geister der russischen Sozialdemokratie geopfert hatten, ebenso wenig.<sup>12</sup>

Den Kurs der Weimarer SPD kritisierte er ebenso entschieden. Die Staatsform der Republik habe die realen Machtverhältnisse in der Gesellschaft, die Klassen und Klassenlage nicht grundlegend verändert, auch wenn die deutsche Arbeiterklasse diesen Staat, die erste deutsche Republik geschaffen habe. Staatsform und Staatsinhalt seien verschieden, die demokratische Staatsform garantiere noch lange keinen Sozialstaat (auch wenn die Weimarer Republik dem Wortlaut ihrer Verfassung nach eine „soziale Republik“ war) und sei mit der Herrschaft der bürgerlichen Klassen sehr wohl vereinbar. Parlamentarische Macht und soziale Macht seien zweierlei und Koalitionen der Arbeiterparteien mit bürgerlichen Parteien daher nur ausnahmsweise möglich und sinnvoll, etwa zur Verteidigung der Republik, des legalen Kampfbodens, auf dem die Arbeiterbewegung ihre Kräfte, ihre soziale Macht in wechselnden „Einflusssphären“ erst voll entfalten könne. Opposition, wie Levi sie im Gegensatz zur sinnlosen Verweigerung der Kommunisten sah, bedeutete in der Republik gerade höchste politische Aktivität, die ständige Erweiterung und Steigerung einer sozialen Massenbewegung, die ihre Ziele eben nicht im Bestehenden der bürgerlichen Gesellschaft, sondern erst jenseits des Kapitalismus verwirklichen konnte. Sozialistische Opposition im bürgerlichen Staat, das war Klassenkampf, allerdings nicht im bis heute beliebten Heugabel- oder Polizeisinn, sondern im Sinne einer geistigen, kulturellen Reformpraxis, die das Alltagsleben und Alltagsdenken der Masse des Proletariats nachhaltig verändere.<sup>13</sup> Die sozialdemokratische

Reformpolitik im roten Wien, die Praxis der Austromarxisten in Österreich, die Praxis der Reformsozialisten in deutschen Großstädten hatte er dabei im Auge.

Im Fieber stürzte er aus dem Fenster seiner Berliner Wohnung zu Tode. Als Levi im Reichstag die übliche Ehre erwiesen wurde, als Paul Löbe eine kurze Gedenkrede auf ihn hielt und alle, auch seine erbittertsten Gegner in der SPD und in den bürgerlichen Parteien, aufstanden, marschierten die Abgeordneten zweier Parteien, im Hass vereint, demonstrativ zum Ausgang: die Nazis und die Kommunisten. ■

<sup>12</sup> Vgl. Paul Levi, Die Donezkverschwörung, in: spw Nr. 12, 23. März 1928; ders., Das grosse Rätsel, in: spw, Nr. 19, 11. Mai 1928; ders., Einleitung, in: ders., Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a.a.O., S. 106f.

<sup>13</sup> Vgl. die kurze, zusammenfassende Darstellung von Levis Kritik der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und seiner alternativen Vorstellung von sozialdemokratischer Oppositionspolitik bei Sybille Quack, Geistig frei und niemandes Knecht, Köln 1983, S. 178–184.

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

## Der Juso-Vorsitzende Franz Lepinski

von Thilo Scholle

*„Die jungsozialistische Bewegung ist von der Partei nicht erfunden.“<sup>1</sup>*

*„Je mehr sich die Jungen in die politischen Probleme versenkten und die Motive für die politischen Handlungen der Partei zu ergründen versuchten, um so mehr tauchten auch Zweifel auf, ob jene Handlungen immer aus tiefstem sozialistischen Erkennen und Wollen entsprungen waren. Und wo diese Zweifel ausgesprochen wurden, reagierten die älteren Parteigenossen mit einer Unduldsamkeit, wie sie sonst nur in konservativen Parteien bräuchlich ist.“*

Franz Lepinski (19.07.1896 – 21.09.1977) gehört zu den interessantesten Akteuren der Jungsozialisten in der Weimarer Republik, deren Vorsitzender er von 1925 bis 1931 war.<sup>2</sup>

Lepinski wurde in Ostpreußen geboren. Nach einer kaufmännischen Ausbildung arbeitete er u.a. als Gehilfe in einem Anwaltsbüro. Seit 1914 engagierte er sich in der Gewerkschaftsbewegung, erst im Verband der Büroangestellten, und dann im Zentralverband der Angestellten. Im Jahr 1921 begann er in der Berliner Zentrale als Sekretär zunächst in der Rechtsabteilung und dann in der Reichsfachgruppe Sozialversicherung zu arbeiten. Für die Weimarer Zeit prägend sollte neben seinem gewerkschaftlichen Engagement jedoch sein Einsatz bei den Jungsozialisten sowie in der Sozialistischen Arbeiterjugend werden.

### Im Kampf gegen den Chauvinismus

Bereits im ersten Jahrgang der „Jungsozialistische Blätter“ 1922 taucht Lepinski als Autor auf. Die Jungsozialisten der frühen

Weimarer Republik waren vor allem von Einflüssen der (bürgerlichen) Jugendbewegung, dem Streben nach einem neuen Menschen und einer neuen Kultur geprägt. Im Verband bildet sich vor allem die Frage nach dem Verhältnis von Sozialismus und Nation als entscheidende politische Trennlinie heraus. Lepinski positioniert sich in dieser Frage zunächst eher indirekt, indem er sich sowohl von den „Metaphysikern“ einer neuen Kulturbewegung wie auch den „Dogmatikern“ eines schablonenhaften Marxismus abgrenzt, und den Jungsozialismus als das Zusammentreffen zweier geistiger Strömungen der Zeit bezeichnet, in dem die sozialistische Arbeiterbewegung und die „Jugendbewegung mit dem Willen zu einer neuen Kultur“ zusammengetroffen seien.<sup>3</sup> Deutlicher positioniert er sich wenig später, als er zum Thema „Volk und Kunst“ vor „jeder völkischen Beschränkung“ warnt, und die enge Bindung von Kulturströmungen an eine bestimmte Nation ablehnt.<sup>4</sup> Die Besetzung des Ruhrgebiets führte im Jahr 1923 zum Aufwallen starker nationaler Gefühle. Lepinski schlug hier leise Töne an, indem er schrieb: „Noch ist das Wort ‚deutsch‘ nicht von dem Beigeschmack

1 Franz Lepinski, Jungsozialisten und Partei, Jungsozialistische Blätter 9 (1926), S. 262ff.

2 Zu den Weimarer Jungsozialisten vergleiche zuletzt Thilo Scholle/Jan Schwarz, „Wessen Welt ist die Welt?“, Berlin 2013, S. 46–108.

3 Franz Lepinski, Besinnung und Klarheit!, Jungsozialistische Blätter 11 (1922), S. 173ff.

4 Ders., Volk und Kunst, Jungsozialistische Blätter 1 (1923), S. 24f.

gesäubert, mit dem man es jahrelang verunreinigt hat. Man kann es immer noch nicht ohne jene klirrenden Nebengeräusche hören, die dem Deutschtum in der Welt so schwer geschadet haben. Es täten ihm wieder einige Jahrzehnte Schonzeit not, soll es wieder blank und sauber klingen, soll es wieder die Völker aufhorchen lassen – wie ehemals.<sup>5</sup> Die Suche nach der „deutschen Idee“ sei sinnlos: „Andere entdecken vielleicht beim Absingen des Deutschlandlieds in sich ein Gefühlen, das sie dann als ‚nationale Idee‘ in sich heranzüchten und zur Flamme schüren, von der gewöhnlich ihre Denkfähigkeit versengt wird. Noch andere wiederum glauben, dass sich ihnen beim Anblick deutscher Wälder, Berge und Seen die ‚deutsche Idee‘ offenbare. Sie bedenken nicht, dass die Welt hinter den deutschen Grenzpfählen noch unendlich mehr, vielleicht auch unendlich tiefere Schönheiten birgt.“<sup>6</sup> Letztlich sei das Verhältnis zur Nation Privatsache. Politisch müsse es darum gehen, überstaatliche Zusammenfassungen der Nationen zu erreichen. In einem weiteren Beitrag kritisiert Lepinski, dass im Rahmen der offiziellen Feierlichkeiten zu Immanuel Kants 100. Todestag in Königsberg ausgerechnet Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ nicht erwähnt wurde, sondern im Gegenteil ein Grußtelegramm des ehemaligen Reichsmarschalls von Hindenburg der Auslöser für Beifallsstürme des Publikums gewesen sei.<sup>7</sup>

### Aufstieg bei den Jungsozialisten

Zunächst schließt sich Lepinski nicht der linken innerverbandlichen Opposition an. Ob er an der Tagung in Hannoversch Münden 1924 teilgenommen hat, ist nicht verbürgt. Auch das Protokoll der Reichskonferenz der Jungsozialisten in Jena 1925 vermerkt keine Stellungnahmen Lepinskis in Bezug auf die

5 Ders., Wider den Chauvinismus, Jungsozialistische Blätter 12 (1923), S. 229ff.

6 Ebenda.

7 Ders., Der Kampf um den Frieden, Jungsozialistische Blätter 9 (1924), S. 213ff.



Foto: © Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

zentrale Diskussion der Konferenz zum Verhältnis von Jungsozialisten und Staat. Im Vorfeld der Konferenz hatte Lepinski für eine starke Verbandsführung plädiert, die allerdings zu Toleranz und der Zusammenarbeit mit Andersdenkenden fähig sein müsse.<sup>8</sup> So wird Lepinski auf der Konferenz als Vertreter Berlins und damit als strömungsungebunden in die Reichsleitung gewählt. Dort bekennt sich Lepinski zur durch die Mehrheit des Hannoveraner Kreises beschlossenen Resolution, wirbt aber zugleich für Mäßigung und die Zusammenarbeit aller Verbandsteile. Bereits 1926 muss die Leitung neu gewählt werden, da zum einen Maria Hodann durch den Ausschluss der Nelsonianer verloren gegangen ist, zum anderen aber auch die Vertreter des Hofgeismarkreises ihren Rücktritt erklärt hatten. Mit diesen Abgängen endete

8 Ders., Vorbemerkungen zur Reichskonferenz, Jungsozialistische Blätter 4 (1925), S. 107f.

auch die Zeit der großen Richtungsauseinandersetzungen im Verband.

Neben den innerverbandlichen Debatten spielte das Verhältnis der Jungsozialisten zur Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und zur Mutterpartei die gesamten 1920er Jahre über eine wichtige Rolle. Die ursprüngliche Vorstellung, die Jungsozialisten als Verbindungsglied zwischen SAJ und Partei zu entwickeln, gelang nur zum Teil. Ein Großteil der Jugendlichen, die die SAJ verließen, pausierte mit ihrem Engagement oder setzte seine politische Arbeit in anderen Teilen der Arbeiterbewegung fort. Andere engagierten sich bei den Jungsozialisten. Lepinski wies hier der Partei Mitverantwortung zu: „Die Partei in ihrer heutigen Struktur ist nicht geeignet, die aus der Jugendbewegung kommenden jungen Menschen aufzunehmen. Ihre Funktionäre haben nur selten die geistige Lebendigkeit, um junge Menschen für den politischen Kampf und die sozialistischen Ideen zu begeistern. (...) Die Partei muss den Standpunkt aufgeben, dass der junge Mensch sich ohne Rücksicht auf seine Eigenart in seine zuständige Abteilung einreihen lassen müsste. (...) Sie muss in ihren Reihen solche Gemeinschaften dulden, in denen die Jungen auf ihre eigene Art an ihrer geistigen Fortbildung und menschlichen Weiterentwicklung arbeiten (...)“<sup>9</sup> Für den Jungsozialisten-Verband entwickelte Lepinski ein Organisationsverständnis, das erstaunlich auch den heutigen Aufgaben ähnelt: Aufgaben der Jungsozialisten seien „Schulung“ (der eigenen Mitglieder), „Werbung“ (von Mitgliedern für Jusos und Partei), und „politische Gestaltung“ (unmittelbares Einwirken auf die bürgerliche Gesellschaft). Der Verband solle sich „nicht in sich selbst erschöpfen“, sondern müsse stärker in die „Verbände der Arbeiterbewegung als tätige und entschiedene Mitkämpfer einströmen und dort ihre Gesinnung, ihre Einsicht und

ihren Willen einsetzen (...)“ – wenn man so will eine frühe Form der „Doppelstrategie“.<sup>10</sup> Gerade dieser eigenständige Anspruch auf politische Einflussnahme bildete den Kern der Auseinandersetzung mit der SPD-Partei-führung. Die entscheidenden Wegmarken der Entwicklung der Jungsozialisten fasste Lepinski in einer auch heute noch lesenswerten Broschüre der „Jungsozialistischen Schriftenreihe“ zusammen.<sup>11</sup>

## Das Ende des Verbandes

Die Auseinandersetzungen zwischen Parteiführung und Jugend blieben nicht auf die Jungsozialisten beschränkt. Auch innerhalb der SAJ sammelte sich zunehmend Widerstand gegen die stark zentristische und auf den SPD-Parteivorstand und seine Vorgaben orientierte Verbandsführung. Auf der Reichskonferenz 1930 trat Lepinski gegen Erich Ollenhauer um den Vorsitz an, unterlag aber mit 50 zu 93 Stimmen.

Die zunehmend bitterer werdenden Auseinandersetzungen mit der Parteiführung spitzten sich im Laufe des Jahres 1930 immer weiter zu. Nach Auseinandersetzungen um einen jungsozialistischen Ordnerdienst in Berlin wurde für den Leipziger Parteitag 1931 die Auflösung des Verbandes der Jungsozialisten beantragt. Lepinski begann vor diesem Hintergrund eine Debatte um die Neuorientierung der Jungsozialisten. Sein vom Reichsausschuss der Jungsozialisten beschlossener Vorschlag sah vor, sämtliche Parteimitglieder unter 25 Jahren automatisch zu Mitgliedern der Jungsozialisten zu machen. Geleitet werden sollten die örtlichen Gruppen dann durch einen gewählten Obmann sowie je einen Vertreter von SAJ und Partei. Überregionale Strukturen bis hin zu einer Reichsleitung sollten erhalten bleiben. Erkennbares

<sup>9</sup> Ders., Jungsozialisten und Partei, Jungsozialistische Blätter 9 (1926), S. 262ff.

<sup>10</sup> Ders., Schulen, Werben, Gestalten!, Jungsozialistische Blätter 3 (1928), S. 66ff.

<sup>11</sup> Ders., Die Jungsozialistische Bewegung, ihre Geschichte und ihre Aufgaben, Berlin 1927.

Ziel war, die organisatorische Eigenständigkeit teilweise aufzugeben, dafür aber ein Fortbestehen des Verbandes vor allem auf überregionaler Ebene zu sichern.

Die Reichskonferenz der Jungsozialisten lehnte Lepinskis Vorschlag an Ostern 1931 ab und beschloss ein wesentlich radikaleres Papier, das die aktuellen Strukturen im Prinzip unangetastet lassen sollte. Lepinski trat daraufhin nicht mehr bei den Vorstandswahlen an. Die neue Reichsleitung versuchte, mit dem Parteivorstand zu verhandeln, wurde aber nicht mehr angehört. Der Leipziger Parteitag machte mit dem Verband der Jungsozialisten dann kurzen Prozess, löste die Organisation nach einem Referat des SAJ-Vorsitzenden Ollenhauer auf, ohne Vertreter der Jungsozialisten zu Wort kommen zu lassen.

Darüber hinaus spaltete sich nach dem Leipziger Parteitag ein Teil der SPD-Linken um Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld von der Partei ab und gründete die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Sowohl aus den Reihen der SAJ wie auch der Jungsozialisten wechselten viele Mitglieder zur neuen Partei. Ein Großteil der (ehemals) führenden Funktionäre der Jungsozialisten blieb jedoch in der SPD. Lepinski gehörte mit anderen zu den Gründern der Zeitschrift „Marxistische Tribüne“, die die mit zur SAP gewechselte Parteilinkenzeitschrift „Der Klassenkampf“ ersetzen sollte. Lepinski machte dort auch den Vorschlag zur Einrichtung von „Arbeitskreisen junger Genossen“, mit denen er offensichtlich an seine alten Reorganisationsvorstellungen für die Jungsozialisten anschließen wollte.<sup>12</sup>

## NS-Diktatur und Nachkriegsjahre

Im Frühjahr 1933 gehörte Lepinskis Schrift zur Geschichte der Jungsozialisten zu den

Texten, die auf den Listen der Nazis für die „Bücherverbrennung“ vorgesehen waren. Im selben Jahr verlor er seine berufliche Basis als Gewerkschaftssekretär. Soweit ersichtlich, blieb Lepinski während der NS-Diktatur in Deckung und von weiterer unmittelbarer Verfolgung verschont.

1945 schloss er sich wieder der SPD an, und wurde zunächst Referent, dann Leiter der Abteilung Arbeitsrecht bei der Thüringischen Landesregierung in Weimar. 1946 wurde er Kulturdezernent der Stadt Erfurt. Dass die Zeit in der Arbeiterjugend für ihn nach wie vor prägend war, zeigt sich u.a. in einem Text von 1946, in dem er mehrfach auf die „sozialistische Jugendbewegung“ verwies. Zugleich schloss er wieder an Überlegungen aus den frühen 20er Jahren zu Kultur und Nation an, in dem er die Kultur als ein einigendes Band aller Völker hervorhebt.<sup>13</sup>

1950 wegen „Sozialdemokratismus“ aus der SED ausgeschlossen und aus seinem Amt beurlaubt, floh er nach Westdeutschland. Hier wurde er zunächst Sachbearbeiter für Sozialpolitik und dann ab 1956 Pressesprecher des DGB-Bundesvorstands. 1959 wurde er noch für zwei Jahre in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt. ■

↳ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

<sup>12</sup> Ders., Die Arbeitskreise jüngerer Parteigenossen“, *Marxistische Tribüne* 4 (1932), S. 125ff.

<sup>13</sup> Ders., Die Arbeiterbewegung als die Erbin der großen deutschen Kultur, in: *Thüringer Volksschriften* Heft 3, Weimar 1946, S. 5–18.

## Rezension:

### Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und Gesellschaftlicher Wandel 1959 – 1969

von Thilo Scholle

In der populären Geschichtsschreibung wird die Entwicklung der SPD mit derjenigen der „68er“-Bewegung oft in eins gesetzt, vor allem dann, wenn über die Entwicklung der Jusos berichtet wird. Wie bei vielen anderen Fragen und Entwicklungen, die unter der Chiffre „68“ verhandelt werden, ist auch diese Darstellung zu pauschal. In Bezug auf die SPD fällt zudem auf, dass meist nur der Juso-Verband in den Blick genommen wird. Die Beziehungen von Sozialistischem Deutschen Studentenbund (SDS) sowie des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) zur Sozialdemokratie werden kaum beachtet, auch wenn beide die eigentlichen Akteure im sozialdemokratischen Umfeld an den Universitäten waren.

Die Dissertation von Robert Philipps stößt vor diesem Hintergrund in eine echte Forschungslücke. Ziel der Arbeit ist, die Veränderungen aufzuzeigen, die sich in der SPD im Zusammenhang mit dem „politikkulturellen Wandel“ und dem Auftreten der 68er-Bewegung ergaben. Der gewählte Zeitausschnitt ist auch deshalb wichtig, weil so deutlich wird, dass „68“ keineswegs vom Himmel fiel, sondern einen zeitlichen Vorlauf hatte, in dem auch etablierte Parteien und Verbände eine Rolle spielten. Insgesamt gelingt Philipps eine dichte und gut geschriebene Darstellung der Organisationsgeschichte von SDS und SHB sowie deren interner Debatten. Neu ist vor allem – hier gewissermaßen als Spiegel – die Wahrnehmung des Parteivorstands der SPD sowie von führenden Funktionären. Deutlich wird, wie schwer sich die Parteiführung mit der Einordnung der neuen Entwicklungen an den Hochschulen tat. Neben dem fehlenden Interesse an einer inhaltlichen Auseinander-



setzung macht Philipps hier zudem eine – unbegründete – Angst vor Unterwanderung bei vielen Funktionären aus. Interessant ist vor allem der Blick auf die Entwicklung des SHB, der bei Darstellungen der Studentenbewegung oft in den Hintergrund gerät. Von der Parteiführung als „neuer“ Studentenverband der SPD angenommen, kehrten nach Philipps Darstellungen bereits Mitte der 60er Jahre vor allem in der Ostpolitik wieder die Themen und Positionierungen in die Mitte des Verbandes zurück, die von der Partei in Bezug auf den SDS so massiv kritisiert worden waren.

Philipps zeichnet dabei kein eindimensionales Bild der Organisationen. Interne Debatten sowie Versuche des Ausgleichs mit der Partei werden ernst genommen. Gerade Mitte der 60er Jahre war es eher die SPD-Führung, die Versuche von Kompromissfindungen ablehnte, weniger eine intransigente Haltung

des Studentenverbandes. So wurde beispielsweise von fehlenden Informationen des SHB über die politische Lage ausgegangen und die Zusendung von Informationsmaterial angeboten. Philipps schlussfolgert hier überzeugend, im SHB habe sich das politische Aufbegehren der 68er bereits angekündigt, dies sei in seinen Dimensionen vom Parteivorstand aber überhaupt nicht begriffen worden. Letztlich hätte die SPD erst im Jahr 1969 die APO als gesellschaftlich relevant wahrgenommen.

Der Darstellung des Hauptthemas der Arbeit vorangestellt sind zwei längere Abschnitte zur Partei- und Theorieentwicklung, die einige problematische Wertungen enthalten. So spricht Philipps davon, die Zunahme hedonistischer Wertorientierungen habe dazu geführt, dass „traditionelle bürgerliche Basiswerte“ abnehmen, die für „das Funktionieren einer Demokratie unabdingbar seien“, wie Aufschub von Befriedigung, Selbstkontrolle, Rationalität und Pflichtbewusstsein. Die politische Kultur sei dadurch nicht gerade liberaler geworden, weil in den politischen Auseinandersetzungen nun oftmals Subjektivität, Emotionalität, Ungeduld und Intoleranz anstelle von Rationalität, Sachlichkeit und Toleranz vorherrschten. Einen tatsächlichen Nachweis dafür, dass Selbstkontrolle und Rationalität „bürgerliche“ Tugenden sind, führt der Autor allerdings genauso wenig wie den Nachweis, dass die in den 1950er Jahren in Deutschland herrschende politische Kultur von „Sachlichkeit und Toleranz“ geprägt gewesen sei - denkt man beispielsweise an die Denunziation von Willy Brandts Exiljahren durch die CDU/CSU oder die spätere erbitterte Ablehnung der neuen Ostpolitik.

Diskussionswürdig ist auch Philipps These, „politischer Verbalradikalismus sowie ein Politikstil, der viele Reminiszenzen an die Traditionen der Arbeiterbewegung bewahrte“ hätten zu andauernden Niederlagen der SPD bei Bundestagswahlen geführt. Mit der Godesberger Wende habe die SPD die gegebene po-

litische, soziale und wirtschaftliche Ordnung akzeptiert. Schief gerät auch die Skizzierung der „marxistischen Traditionen“ in der SPD am Beispiel des „Revisionismusstreits“. Zum einen zeigt schon die wiederholte Wortwahl von „marxistischer Ideologie“ einen pejorativen Zug, zum anderen gerät auch die Darstellung der unterschiedlichen Varianten und Sichtweisen innerhalb sowohl von Parteilinker wie auch von marxistischem Zentrum arg vereinfacht. So bleibt letztlich eine recht platte Darstellung von Revisionismus als der Wertschätzung parlamentarischer Demokratie auf der einen und des Marxismus als die Partei zusammenhaltender „Ersatz-Religion“ übrig. Letztlich zieht der Autor so eine Verbindungslinie vom Revisionismusstreit der Jahrhundertwende bis zur Godesberger Wende der 50er Jahre. Die Einschätzung, die SPD habe sich als reformorientierte linke Volkspartei verstanden und das Bild der radikal systemüberwindenden marxistischen Klassenpartei hinter sich gelassen, hält der Autor allerdings nicht bis zum Schluss durch. Hier gelingt es dem Autor nicht, überzeugend die Verbindungslinie zu seinem eigentlichen Thema herauszuarbeiten: Welche Bedeutung die marxistische Theoriegeschichte für die Positionierung der 68er in der SPD gehabt haben könnte, wird nicht angesprochen. Im Gegenteil, in Bezug auf den SHB und damit auf einen sich ausdrücklich marxistisch verstehenden Verband äußert der Autor durchaus Sympathien für einzelne Einschätzungen, beispielsweise in der Forderung nach mehr gesellschaftlicher und innerparteilicher Demokratie – die der SHB schließlich auch unter Bezug auf die marxische Theorie begründete.

Der Autor hat damit insgesamt ein interessantes Buch vorgelegt, das einen wichtigen Abschnitt der Entwicklung von Partei und Parteilugend sorgfältig beleuchtet. ■

☞ Thilo Scholle, Lünen.

## Rezension:

### Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie.

von Bernd Röttger

„Demokratisierung in Bereichen mit asymmetrischen Machtverhältnissen muss von denen, die unter undemokratischen Verhältnissen leiden, Schritt für Schritt erkämpft werden.“ Und: „Die Demokratisierung der Arbeit kann nur das Werk der Arbeitenden selbst sein.“ – so lautet die von den Herausgebern (10, 15; auch: Fricke, 150) bereits in der Einführung formulierte Quintessenz des Buches. Es ist ein Produkt des auf Initiative der IG Metall 2009 gegründeten *Arbeitskreises Arbeitspolitik und Arbeitsforschung*.

Den thematischen Hintergrund bilden die zunehmend undemokratischen Formen herrschender Krisenregulierung auf der einen und die Wiederentdeckung von „Wirtschaftsdemokratie“ durch Gewerkschaften und kritische Ökonomen auf der anderen Seite. Demokratiedefizite in der Krisenpolitik paarten sich mit restaurativen Tendenzen der Krisenregulation, die strukturelle Reformen im Sinne eines „sozial-ökologischen Umbaus der Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen“ (Schwitzer/Urban im Vorwort, 7) blockierten. Zudem erschien in den Betrieben – gerade in der Krise – der Markt als „quasi naturgegebene Ausgangsgröße“, der darüber entscheidet, „was im Betrieb geschieht und an Gestaltung möglich ist“ (Wagner, 23).

Bisherige Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie trugen aufgrund der ausgebliebenen demokratischen Transformationen und der darüber offensichtlich gewordenen Kräfteverhältnisse einen überwiegend normativen Charakter und wurden vor allem mit

**Fricke, Werner u. Hilde Wagner (Hg.)**

**Demokratisierung der Arbeit.  
Neuansätze für Humanisierung  
und Wirtschaftsdemokratie.**



Mit einem  
Vorwort von  
Helga Schwitzer u.  
Hans-Jürgen Urban

VSA, Hamburg 2012  
288 Seiten, br.,  
19,80 €

makroökonomischen Argumenten unterfüttert. „Wer gesamtgesellschaftlicher Rationalität Raum schaffen will, muss Politik aus der Umklammerung und das Gemeinwesen von der Vereinnahmung durch private Interessen befreien“ (Hensche, 240). Wirtschaftsdemokratische Forderungen verkörperten – auch historisch – immer einen „gesamtwirtschaftlichen Steuerungsansatz“ (Dechmann/Peter, 200); sie basierten im Kern auf „Modellvorstellungen“, durch die „der gesellschaftliche Prozess, der zur Wirtschaftsdemokratie führen kann“ eher verschüttet blieb (Fricke/Wagner, 9). Deutlich formuliert Hensche im vorliegenden Band die eigentliche Herausforderung, nämlich wirtschaftsdemokratische Ziele mit alltäglicher Interessenpolitik zu verknüpfen: „Der um ihre Existenz kämpfenden Belegschaft mit dem Argument zu kommen, im Zielland der Betriebsverlagerung sei die Not noch größer und seien die

Arbeitsplätze noch wichtiger, muss zynisch wirken. Und den Automobilarbeiter gewinnt man kaum mit der Belehrung, das Ergebnis seiner Arbeit belaste die Umwelt, er möchte aber die Werkschließung hinnehmen“ (246). Auch weil alle bisherigen Konzepte der Wirtschaftsdemokratie scheiterten, sei es Zeit, sie endlich „vom Kopf auf die Füße zu stellen“ (Detje/Sauer, 69).

In der vorliegenden Veröffentlichung werden den aktualisierten wirtschaftsdemokratischen Forderungen daher vor allem durchsetzungs- und machtpolitische Argumente zur Seite gestellt. Die Herausgeber betrachten Demokratisierung als voraussetzungsvollen Prozess, der an Strategien der Demokratisierung am Arbeitsplatz („Produzentendemokratie“) und der Selbstveränderung der „lebendigen Arbeit“ (Marx) ansetzen muss – ein Grundgedanke, der sich durch viele der 12 Beiträge zieht. In Strategien „beteiligungsorientierter Arbeitspolitik“ und der Kooperation der Arbeitenden am Arbeitsplatz wurzeln eine „die Machtressource, die die Gewerkschaften befähigt, der Macht des (Finanz-)Kapitals entgegenzutreten und [...] in Wirtschaft und Gesellschaft eine Alternative zu den vorgeblich alternativlosen Zwängen des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus zu schaffen“ (Fricke/Wagner, 15). Erst die „Aktivierung der Belegschaften schafft [...] die lebendige Basis für einflussreiche Gewerkschaften und Betriebsräte“ (Fricke, 129).

Beteiligungsorientierte Ansätze gewerkschaftlicher Betriebspolitik werden von Fuchs am Beispiel der IG Metall-Strategien „Gute Arbeit“ analysiert, die die Beschäftigten „mutiger“ machen und die „Kultur der Betriebsratsarbeit“ verändern (163). Gerst klopft die Beteiligung von Betriebsräten an Innovationsprozessen auf ihre Potentiale für eine „arbeitsorientierte Strategie“ jenseits von Wettbewerbspakten ab (173). Solche Ansätze werden in den Kontext eines Prozesses

gestellt, der historische Alternativen zum Festhalten an einer restaurativen Krisenpolitik ermöglichen soll: als „innovatorische Qualifikation“ der Beschäftigten, die sie dazu befähigt, „Alternativen zu einer vorgefundenen Situation zu denken, zu entwickeln und zu realisieren, d.h. Möglichkeiten über das Faktische hinaus zu denken“ (Fricke, 46); als Demokratisierung „von unten“ im Sinne eines „Kampfs gegen Ausbeutung und Entfremdung, Umgestaltung und damit Neuausrichtung der eigenen Arbeitsbedingungen, soziale Bündnisprozesse um das Wofür der Produktion“ (Detje/Sauer, 66); als „Überschusskraft“ der lebendigen Arbeit, „die die Grundlage nicht nur für die Reproduktion von Arbeits- und Lebenskraft ist, sondern eine kulturelle Erweiterung und Höherentwicklung im Sinne der Solidarität ermöglicht“ (Peter im Anschluss an Karl Liebknecht, 114).

An krisentheoretische Überlegungen schließen vor allem Detje / Sauer an, die die Krise der kapitalistischen Weltökonomie seit 2007 als „Große Krise“ deuten, weil „Gesellschaft und Staat für die systemischen Defekte der Kapitalakkumulation in Haftung genommen sind“ (55). Bei der Analyse einer solchen „großen Krise“ sei aber ihre arbeitspolitische Dimension „vollständig ausgeblendet“ geblieben (61). Die Unternehmen verschärften die Zumutungen für die lebendige Arbeit gerade im Zuge der Krisenbewältigung. Hier zeige sich, dass die diagnostizierte „Krise der Demokratie [...] einen Formwandel von Herrschaft in der Arbeitswelt [bezeichnet], der einen Einschnitt in der Geschichte der Arbeiterbewegung bedeutet“ (63): Die „Grenzziehungen“ kapitalistischer Herrschaft durch tarifdemokratische und sozialstaatliche Institutionen greifen nicht mehr. „Wo Grenzziehungen in der alten Form nicht mehr möglich sind, beginnt die Auseinandersetzung um die Festlegung der Rahmenbedingungen“ (64) – für Detje/Sauer Anlass, die in der Konversionsdebatte der

1970/80er Jahre aufgeworfenen Fragen nach „dem“ „Wie“ und dem „Was“ und „Wofür“ von Produktions- und Dienstleistungsarbeit“ (76) neu zu stellen und neue „Übergänge“ von betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen Strategien hierfür zu entwickeln. Die Klaviatur der institutionalisierten Arbeiterbewegung muss neu geordnet werden.

Demokratiethoretisch versuchen Brinkmann/Nachtwey „Postdemokratisierung in den industriellen Beziehungen“ (89) bzw. den „verborgenen Charakter von Postdemokratisierungsprozessen“ (106) jenseits der rhetorisch suggerierten Kontinuität der Institutionen der Mitbestimmung aufzuspüren. Mitbestimmung erscheint ihnen als integraler Bestandteil des deutschen Produktionsmodells und als „integratives“ Moment der Beziehungen von Lohnarbeit und Kapital (89). Im Anschluss an die von Colin Crouch geprägte Formel von den „intakten Institutionen der Demokratie“, die faktisch jedoch „ausgehöhlt“ werden, zeichnen die Verfasser die bekannten Erosionstendenzen fordistisch geprägter Beziehungsmuster von Arbeit und Kapital nach (nachlassende Bindekraft von Tarifverträgen; neue Unternehmenssteuerungen; Prekarisierungstendenzen der Arbeit usw.), um zu dem Schluss zu gelangen, den bereits Alex Demirovic 2007 formulierte: „Auf der Betriebsebene erodiert die soziale Basis, aus der die Mitbestimmung ihre integrative Kraft zieht“ (zit.100). Für die Verfasser zeigen sich insbesondere in der „Zentralisierung/Dezentralisierung“ von Unternehmen Verschiebungen im innerbetrieblichen Machtgefüge, die die einst geronnenen Verhältnisse von „Legitimation [der Interessenvertretung] und Regulation [des Kapital- und Lohnarbeitsverhältnisses]“ aushebeln und deren „Neujustierung“ erzwingen (107). Konkreter wird es aber nicht. Hier rächt sich die Orientierung an einem theoretischen Schema, das – ausgehend von einem Idealzustand („Demokratie“) – nur Erosion konstatieren kann („Post...“), nicht

aber die „inhärenter Möglichkeiten“ aufzeigt, die Alternativen „im Schoße“ des Alten generieren zu können.

Zu den Schwächen des Buches gehören die Redundanzen, die in einem Sammelband, in dem die Beiträge um sachlich ähnliche Themen kreisen, wohl nicht zu vermeiden sind. Dazu gesellen sich Ungereimtheiten, etwa wenn immer wieder positive Bezüge zur *Humanisierung der Arbeit* der 1970er/80er Jahre hergestellt werden (Fricke, 41ff; Detje/Sauer 73; Peter 118ff; Gerst 181; Dechmann/Peter 183ff), die mangelnde gewerkschaftliche Unterstützung von Ansätzen „demokratischer Beteiligung“ (Fricke) aber kaum thematisiert wird, die dann dazu führte, dass „Beteiligung“ zu einem Moment neuer Managementkonzepte degradiert werden konnte.

Auf der anderen Seite entfaltet der Band auch deutliche Stärken, da Verknüpfungen zwischen den einzelnen Argumentationsfiguren der Beiträge immer wieder hergestellt werden können: etwa wenn Fricke davon spricht, dass Beteiligung „nicht voraussetzungslos“ zu haben ist (49) und Lehdorff am Beispiel der „besser statt billiger“-Strategien der IG Metall in Nordrhein-Westfalen fragt, „welche Voraussetzungen von Gewerkschaften und Betriebsräten zu schaffen sind, um in Auseinandersetzungen um die Demokratisierung der Arbeit gehen zu können“ (204). Lehdorff stellt zunächst fest, dass – im Unterschied zu den 1960er/70er Jahren solche Ansätze betriebsnaher Tarifpolitik aus „einer strategischen Defensivkonstellation“ (vor allem: erzwungene Tarifabweichungen) entwickelt werden (206) und leitet eine stärkere Integration von „fachlich fundierter Beteiligung“ und „politisch motivierter, demokratischer Beteiligung“ (209) ab. Erstere sichere die „Einbeziehung von Angestellten“ (die für das, was mal „unmittelbares Produzentenwissen“ genannt wurde, heute unabdingbar ist und die Erweiterung über Fragen der Arbeitsorganisation hinaus ermöglicht),

zweitere, die vor allem „gegen Billiger“ funktioniere, garantiere, dass die Betriebsräte nicht doch nur zu „besseren Managern“ des Unternehmens degradiert werden.

Das Verdienst des Buches besteht darin, angesichts des Beharrungsvermögens restaurativer Krisenpolitik Durchsetzungsbedingungen von Alternativen zu thematisieren. Die Beiträge eint die Vorstellung, dass sie an die betrieblichen Realitäten und die dort beschäftigten Menschen anknüpfen müssen. „Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es ohne Folgen“, wusste schon Peter Weiss. Aktuell haben Gewerkschaften und Betriebsräte nur noch die Möglichkeit, interessenpolitische Rückschritte hinzunehmen oder kompromissgestützte Zugeständ-

nisse zu machen. Alternativen kommen lediglich normativ daher. Fertige Lösungen, um aus diesem Dilemma einer „postdemokratischen“ Befestigung des Verharrens im *status quo* herauszukommen bietet der Band jedoch nicht. Es werden aber die Voraussetzungen diskutiert, unter denen um „Lösungen“ gestritten werden kann. Auch und vor allem in den Gewerkschaften – und das ist gut so. ■

☞ Bernd Röttger ist Sozialwissenschaftler, Autor, Lehrbeauftragter an der Universität Wien und Redakteur der Zeitschrift D

## DL 21 Aktuell

### Friedenspolitik und Menschenrechte: Diskussion in Münster und Köln

Unter dem Titel „Friedenspolitik und Menschenrechte in Zeiten des Umbruchs“ diskutierten die DL21 und der AK Frieden am 20. Juli 2013 in Münster und Köln.

In Münster debattierten DL21-Vorstandsmitglied Christoph Strässer und der Co-Vorsitzende des Beirates für zivile Krisenprävention der Bundesregierung, Dr. Jörn Grävingsholt, über die Verbesserung von Krisenprävention. Beide kritisierten unter anderem, das Konzept der „Responsibility to Protect“ (RtoP) werde zu oft auf militärische Einsätze verkürzt. Tatsächlich haben 90 Prozent der RtoP-Fälle einen präventiven Charakter. Interventionen erfolgen in der Regel auf zivilem Weg. Damit präventive Politik wirksam sein könne, müssten Politiker die Erfolge präventiver Maßnahmen glaubhaft würdigen, so Grävingsholt.



Erst wenn Prävention zur „Chefsache“ werde, habe sie Aussicht auf Erfolg. Das habe bereits für die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr gegolten.

In Köln referierten der örtliche Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich und der Kölner Politikwissenschaftler Dr. Siebo Jansen. Thematisiert wurde unter anderem das Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Ausgaben. So liegen die finanziellen Mittel, die für Rüstung aufgewendet werden, derzeit dreimal über den Mitteln für zivile Maßnahmen. Einvernehmlich forderten alle Anwesenden, Entscheidungen über Rüstungsexporte transparenter zu gestalten und zu demokratisieren. Außerdem wurde der Vorschlag gemacht, im Auswärtigen Amt eine Abteilung „Friedensförderung“ zu schaffen, wie sie in der Schweiz bereits besteht.

Einig waren sich alle in der Forderung, Friedenspolitik viel intensiver einzufordern und sich nicht – wie beim Start von rot-grün – von den Ereignissen der internationalen Politik überraschen zu lassen.

Vor Beginn der beiden friedenspolitischen Diskussionen konnten sich die Mitglieder der DL 21 auf Einladung der Vorsitzenden Hilde Mattheis in regionalen Treffen austauschen. In Münster verabredeten die Teilnehmer eine Folgeveranstaltung zum Thema Wirtschaftspolitik.

### DL21 beim Deutschlandfest der SPD

Auf dem Deutschlandfest der SPD am 17./18.08. war die DL21 mit einem großen Stand vertreten. Dort konnten unsere Besucher in ungezwungener Atmosphäre mit Edelgard Bulmahn, Sigmar Gabriel, Manuela Schwesig und vielen weiteren Vertretern unserer Partei diskutieren. Und auch an die Kleinen hatten wir gedacht: Kinder konnten sich auf einer Hüpfburg neben unserem Stand austoben. Ein Bericht zum Deutschlandfest findet sich auch auf unserer Homepage [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de).

### DL21-Mitgliederforum am 28.09.2013

An dieser Stelle möchten wir auch auf unser Mitgliederforum hinweisen, das am 28.09.2013 in Berlin stattfinden soll. Auf diesem Forum wollen wir über die Ergebnisse der Bundestagswahl beraten. Eine Einladung werden wir in Kürze versenden.

### Neubesetzung der DL21-Geschäftsstelle

Einige haben es bestimmt schon mitbekommen: Es hat Veränderungen in der Geschäftsführung der DL21 gegeben. Veit Swoboda hat sich beruflich verändert. Der Vorstand sieht dies mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Wir bedauern sein Ausscheiden und freuen uns mit ihm über die neue berufliche Herausforderung. Wir danken ihm noch einmal ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit und seine erfolgreiche Arbeit. Die Geschäfte der DL21 werden nun von Myriam Riedel und Deniz Schirin geführt. Sie sind unter 030 / 4692-238 und 030 / 4693-236 telefonisch sowie per Email unter [myriam.riedel@forum-dl21.de](mailto:myriam.riedel@forum-dl21.de) und [deniz.schirin@forum-dl21.de](mailto:deniz.schirin@forum-dl21.de) zu erreichen. ■

## Tagungsankündigung:

### ProMS Nord Sommertagung

31.08.-01.09.2013 in Kiel

Vom 31.08. bis zum 01.09.2013 findet in Kiel die Sommertagung „Hegemonie und (Gegen)Öffentlichkeit“ des Projekts Moderner Sozialismus Norddeutschland statt. Ausgehend von der Hegemonie-Theorie Antonio Gramscis soll der Umgang der Medien mit linken Politikansätzen diskutiert werden. Es geht auch um die Frage, welche Einflussmöglichkeiten die politische Linke in der Medienöffentlichkeit entfalten und wie eine

linke Medienpolitik aussehen kann, die auf gesellschaftliche Mehrheiten für fortschrittliche Politik abzielt. Als Gast wird unter anderem der Vorsitzende des DGB-Nord, Uwe Polkaehn, erwartet. Er ist seit 2012 Mitglied des NDR-Rundfunkrats.

### Ablauf der Tagung:

#### Samstag, 31.08.2013

- |                   |                                 |
|-------------------|---------------------------------|
| 10:00 - 13:00 Uhr | Grundlagen der Hegemonietheorie |
| 13:00 – 15:00 Uhr | Mittagspause                    |

15:00 - 18:00 Uhr Medien und Öffentlichkeit aus linker Perspektive

ab 19:00 Uhr gemeinsames Grillen

**Sonntag, 01.09.2013**

9:30 - 13:00 Uhr Perspektiven linker Medienpolitik  
 Gast: Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB Nord und Mitglied des NDR-Rundfunkrates

► **Tagungsort:**

Hofholzallee 262, 24109 Kiel

► **Anmeldung:**

Geschäftsführer Patrick Lange,  
 Telefon: 0163-9839624,  
 E-Mail: pl130690@aol.com,  
 Postanschrift: Munketoft 84,  
 24937 Flensburg.

---

**Publikationen**

Am 15. Juli 2013 ist unter dem Titel „Roadmaps 2020. Wege zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie“ die aktuelle Publikation des Denkwerk Demokratie erschienen: Wie dem Titel zu entnehmen ist, geht es um die Frage, wie im Jahr 2020 eine „bessere“ Welt aussehen könnte. „Woher kommen frische Ideen und Konzepte für Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt? Wie sollen die „Roadmaps“ in die Zukunft organisiert sein? Welche neuen Institutionen, welche gesellschaftlichen Allianzen benötigt Deutschland?“, fragt das Denkwerk in seiner Ankündigungsmeldung.

In dem Sammelband finden sich neben Beiträgen von prominenten VertreterInnen aus Politik und Gesellschaft, wie Sigmar Gabriel, Claudia Roth und Frank Bsirske auch

Vorschläge von AutorInnen, die der jüngeren Generation angehören.

► **Roadmaps 2020. Wege zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie**, Herausgeber: Denkwerk Demokratie, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2013, 273 Seiten, Preis: 19,90 Euro

Sechs Jahre nach Ausbruch der Finanzmarktkrise hat das Institut Solidarische Moderne das Buch „Solidarisches EUropa“ herausgegeben. Darin werden Diskussionen und Ergebnisse der letzten Summer Factory des Instituts zusammengetragen. Zu Wort kommen WissenschaftlerInnen, VertreterInnen linker Parteien sowie AktivistInnen aus NGOs und sozialen Bewegungen, die konkrete Alternativen für ein solidarisches Europa ergründen.

► **Sonja Buckel / Lukas Oberndorfer / Axel Troost / Andrea Ypsilanti (Redaktion):** Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven, Herausgeber: Institut Solidarische Moderne, VSA Verlag, Hamburg 2013, 240 Seiten, Preis: 16,80 Euro

---

**Mindestlohn-Datenbank**

Schon seit mehreren Jahren fordern SPD und Gewerkschaften in Deutschland die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Aber wie steht es eigentlich bei unseren europäischen Nachbarn in Sachen Mindestlohn? Das WSI der Hans-Böckler-Stiftung hat jetzt eine Mindestlohn-Datenbank erstellt, in der Daten zu sämtlichen Staaten Europas abgerufen werden können.

► **Weitere Informationen:**

[http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv\\_43610.htm](http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_43610.htm)

## Fünf Fragen an... Yasmin Fahimi



↳ Yasmin Fahimi

Foto: © IG BCE

*Zur Person: Yasmin Fahimi, Dipl.-Chemikerin, geboren 1967 in Hannover, ist seit 1986 Mitglied der SPD. Bei den Jusos übte sie verschiedene Funktionen aus. Zuletzt war sie bis Mitte der 90er Jahre Mitglied im Juso-Bezirksvorstand Hannover und in der Juso-Linken-Leitung im Bund. In der SPD war sie u. a. im Parteirat und zuletzt von 2009 – 2013 stv. Vorsitzende des SPD-Stadtverbands Hannover. Seit April 2000 arbeitet sie als Gewerkschaftssekretärin bei der IG BCE und ist zurzeit tätig im Stab des Vorsitzenden als Ressortleiterin Politische Planung, zuständig u. a. für die Projektleitung Gute Arbeit sowie die Koordinierung der Modernisierungs- und Reorganisationsprozesse in der IG BCE. Außerdem ist sie Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Innovationsforums Energiewende e. V. sowie Vorstandsmitglied des Denkwerk Demokratie e.V.*

**spw:** Welche politischen Debatten haben Dich inhaltlich am meisten geprägt?

» **Y.F.:** Mich hat die Friedensbewegung ursprünglich aufgerüttelt, der große Ostermarsch 1985 in Hamburg. Das ging quasi nahtlos über in ein Interesse an den Revolutionen in Latein- und Südamerika. Mit der Konsequenz, dass man sich logischerweise mit dem Thema Gewalt und Verhältnismäßigkeit der Mittel auseinandersetzen musste.

Ich denke aber, dass mich letztlich die Arbeit in der politischen Theorieentwicklung sehr geprägt hat. Was sind die Treiber von Menschheitsgeschichte? Wie funktionieren Gesellschaften? In welchem Verhältnis stehen die geistigen zu den weltlichen Dingen? Und auf der Grundlage politischer Theorie, vor allem Karl Marx' Entwicklung einer historisch-ökonomischen Weltanalyse und deren Übersetzung in einen politischen Auftrag, wurde mir auch ein Zugang zu den klugen Betrachtungen eines Antonio Gramsci möglich. Gramsci ist für mich, mehr als alle anderen Theoretiker der Arbeiterbewegung, bis heute prägend. Und zwar nicht nur hinsichtlich des Verstehens von Gesellschaft, sondern auch im strategischen Verständnis des alltäglichen Politikmanagements.

Nach den Tendenzen des nationalen Abschottens im historischen Schweif des deutsch-deutschen Mauerfalls rückten Themen wie das Asylrecht und die antifaschistische Arbeit ebenfalls ins Zentrum meiner politischen Aktivitäten. Feministische Betrachtungen und Bewertungen sind für mich selten zum eigenständigen Politik- und Handlungsfeld geworden. Vielmehr habe ich meine politische Arbeit immer als grundsätzliche Linie verstanden, die sich durchzieht. Aus meiner Sicht bedürfen solche grundsätzlichen Widersprüche unserer Gesellschaft einer immer fortlaufenden Neujustierung der Reformen und Maßnahmen. Was ist noch Stabilisieren der Errungenschaften oder schon technokratische Politikverwaltung und Bewahrung der Machtverhältnisse? Was ist schon eine Gesellschaft verändernde Reform oder doch nur ideologisches Ereifern ohne Folgen?

**spw:** Gibt es Inhalte aus Deiner Juso-Zeit, die Dir auch heute noch wichtig sind?

» **Y.F.:** Die permanente Aufgabe, all diese Ideen, Erkenntnisse und Anforderungen in einen politischen Korridor zu übersetzen, der nicht nur Reformpflaster verteilt, sondern Gesellschaft konkret verändert und Menschen mehr Freiheit und soziale Gerechtigkeit verschafft.

**spw:** Du bist u.a. Vorstandsmitglied des „Denkwerk Demokratie“. Welche Ziele verbindest Du mit diesem Projekt?

» **Y.F.:** Das Denkwerk Demokratie ist aus meiner Sicht eine kluge Konsequenz aus den derzeitigen Gesellschaftskonstellationen in mehrerlei Hinsicht:

1. Es hat zum Ziel, konstruktive Akteure zusammen zu bringen. Also handelnde und entscheidungsfähige Personen des politischen Raums, die nicht sektieren oder belehren, sondern die „zusammen-denken“ wollen.
2. Es hat zum Ziel, ein politisches Lager stärker zu verbinden, das sich mindestens darin einig ist, dass der Neoliberalismus ein intellektuelles und politisches Gegengewicht braucht. Und ein Ausbau an emanzipatorischen und demokratischen Zielen entlang eines Leitbildes von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit notwendig ist.
3. Es hat zum Ziel, das Potenzial der Akteure und deren Wunsch nach einer neuen Hegemonie in gemeinsame Projekte und Aktivitäten zu übersetzen und damit neue Diskurse zu unterstützen oder anzuregen.

**spw:** Welche politischen Akteure müssten zusammen finden, um ein neues hegemoniales Projekt für die politische Linke zu gestalten? Welche Rolle müsste die SPD dabei einnehmen?

» **Y.F.:** Die Grünen haben die Ausweitung des zivilgesellschaftlichen Geschehens, das gesellschaftsstrukturelle Aufbrechen der noch jungen BRD in den 70/80er Jahren, aufgesogen und institutionalisiert. Eine Bewegung, die bis heute Unterschiede zur Entstehung der Arbeiterbewegung und der SPD aufweist. Nicht widerspricht, aber eben doch ein neues, politisches Konstrukt mit Satelliten geschaffen hat.

Für die Sozialdemokratie ist das bis heute eine große Herausforderung, weil sie versuchen muss, zwischen der Einbindung neuer sozialer Bewegungen und ihrer Themen einerseits und dem Erhalt als Volkspartei gegenüber einem konservativen Lager andererseits die Balance zu halten. Die Sozialdemokratie hat aber eben auch die Chance, die Themen unserer Zeit nicht alleine als moralischen Anspruch zu formulieren, sondern sie einzubetten in einen größeren gesellschaftlichen Kontext und Reformanspruch. Wenn die SPD will, könnte sie einen weiterentwickelten Diskurs von Befreiung, Emanzipation und Gerechtigkeit in die Gesellschaft tragen. Sie wird beweisen müssen, dass sie dazu in der Lage ist und sich so von Sammelbecken diverser „ein-Punkt-Bewegungen“ absetzen kann.

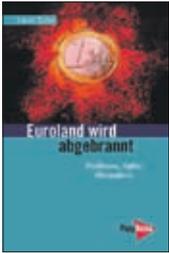
Die Einbindung der Gewerkschaften und Kirchen oder Verbände und Wissenschaftsinstitute in das Denkwerk Demokratie ist dabei die Chance, einen diskursorientierten Austausch aufzubauen und eben nicht in parteipolitisches Konkurrenzverhalten oder Ersatzkoalitionen zu verfallen. Eine „Koalition der Vernunft“ in diesem Sinne ist dann nicht das Finden eines Minimalkonsenses, sondern das Entwickeln eines größtmöglichen Diskurses.

**spw:** Welche Diskurse hältst Du für eine Zeitschrift wie die spw für besonders wichtig?

» **Y.F.:** Die spw greift viele wichtige Themen und Aspekte bereits auf. Aus meiner Tätigkeit heraus würde ich mir eine kontinuierliche Debatte über ein tragfähiges und aufgeklärtes Erwerbsarbeitsverständnis in unserer Gesellschaft wünschen. Ich könnte mir aber auch eine Art Kurzrubrik gut vorstellen über „aktuelle Denkerinnen und Denker unserer Zeit aus allen Kontinenten“. Unabdingbar ist für mich allerdings die Aufarbeitung der ökonomischen und kulturellen Aspekte einer neuen Weltordnung. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

## Leser/in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

**Lucas Zeise**  
Euroland wird abgebrannt. Profiteure, Opfer, Alternativen  
Neue Kleine Bibliothek 174  
142 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-483-8,  
Papyrossa Verlag

**Ceren Türkmen**  
Migration und Regulierung  
Einstiege Band 18  
171 S., € 14,90, ISBN: 978-3-89691-684-6,  
Westfälisches Dampfboot



### Prämienpaket 2

**Frank Deppe**  
Gewerkschaften in der großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute – Eine Einführung  
Neue Kleine Bibliothek 184  
148 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-497-5,  
Papyrossa Verlag

**Susanne Feustel / Jennifer Stange / Tom Strohschneider (Hrsg.)**  
Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen  
160 Seiten, € 12,80, ISBN 978-3-89965-539-1,  
VSA Verlag



### Prämienpaket 3

**Beat Ringer**  
Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović  
218 Seiten, € 24,90, ISBN: 978-3-89691-875-8,  
Westfälisches Dampfboot

**Ulrich Brand / Bettina Lösch / Benjamin Opratko / Stefan Thimmel (Hrsg.)**  
ABC der Alternativen 2.0.  
Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft  
In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.  
dietaleszeitung  
352 Seiten, € 15,00, ISBN 978-3-89965-500-1,  
VSA Verlag



## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: \_\_\_\_\_
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.